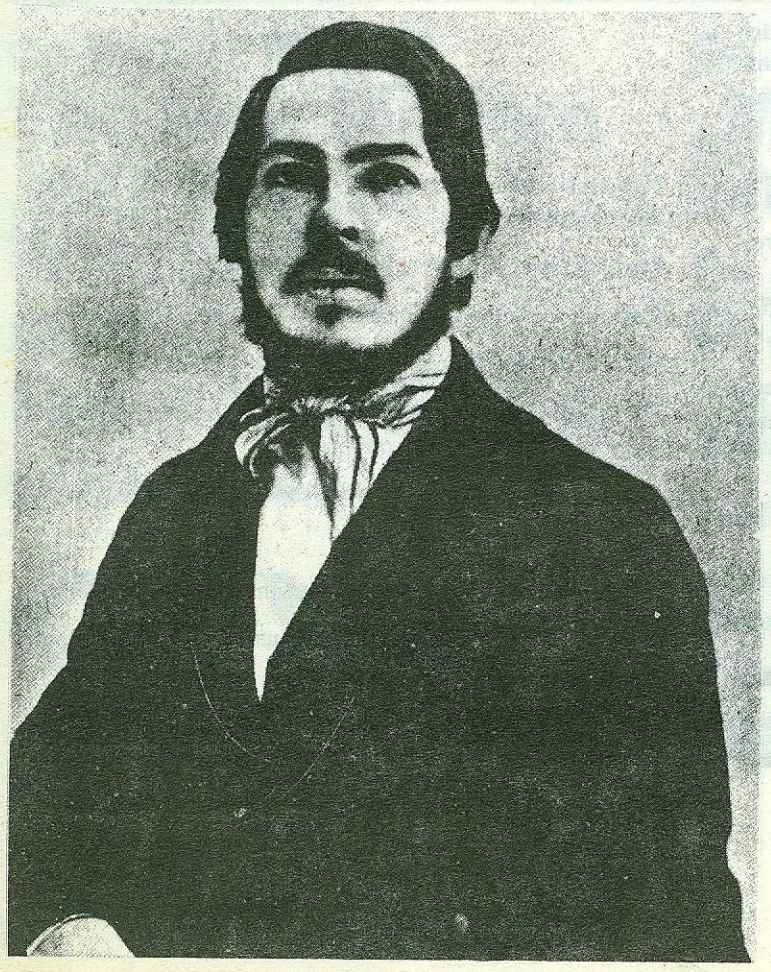
NEUES ROTES FORUM

1.-DM 16.11.70 2/70



Jochen Noth
Arabischer Nationalismus, Palästinensische Befreiungsbewegung und die Demokratische Revolution in Jordanien S. 3

Joscha Schmierer
Bauern, Befreiungsbewegungen und die proletarische Revolution bei Marx und Engels S. 24

Richard Vahrenkamp
Technischer Fortschritt und konstantes Kapital S. 45

FRIEDRICH ENGELS

28. 11. 1820
1970

150. Geburtstag

Erklärung des Trikont-Verlags

Das "Rote Forum" war eine überregional verbreitete und gelesene theoretische Zeitschrift der Westdeutschen Linken. Als Organ des Heidelberger SDS wurde diese Zeitschrift von der Verbotsverfügung des Baden-Württembergischen Innenmisteriums gegen den Heidelberger SDS mitbetroffen. Da wir der Meinung sind, daß die Arbeit der früheren Redaktion des "Roten Forum" nicht durch den hinterwäldlerischen Verbotsakt einer stockreaktionären Landesregierung lahmgelegt werden darf, geben wir dieser Redaktion die Möglichkeit, in unserem Verlag eine neue, auf die ganze Westdeutsche Linke bezogene Zeitschrift zu publizieren.

Trikont-Verlag, München

NEUES ROTES FORUM 2/70

Dieses Heft enthält, im Gegensatz zum letzten, lediglich drei längere, zudem fragmentarische Artikel. Bloß der Artikel von Jochen Noth kann auf unmittelbare Aktualität Anspruch erheben, insofern er eine Analyse der Palästinensischen Widerstandsbewegung einleitet. Der Artikel über die theoretische Einschätzung der Bauernfrage, der Befreiungsbewegungen und der russischen Revolution durch Marx und Engels von Joscha Schmierer ist der erste Teil einer längeren Untersuchung über dieses Thema, die auf den Artikel von Fritz Kramer "Über den Sozialismus in China und Rußland und die Marxsche Theorie der Geschichte" in Rotes Forum 3/70 antwortet. In einem der nächsten Hefte wird sie mit einem Aufsatz über die russische Revolution fortgesetzt werden.

Zwei angekündigte Themen mußten für dieses Heft entfallen. Der zweite Artikel über die Italienische Streikbewegung wird auf ein späteres Heft verschoben. Die wesentlichen Dokumente zum SDS-Verbot sind inzwischen in der Kritischen Justiz, Heft 3 (Juli-September)S. 345 ff veröffentlicht worden.

Für das nächste Heft, das etwa Anfang Dezember erscheinen wird, sind u.a. ein Artikel über die Tarifverhandlungen in der Metallindustrie und der bereits angekündigte über die DKP vorgesehen.

Red.

RECHTSHILFEFONDS

volksbank, Heidelberg **9980**

Impressum:

Das Neue Rote Forum erscheint 6 mal im Jahr.
Es umfasst jeweils mindestens 52 Seiten und hat eine Auflage von 5 000.

Erscheint im Verlag:
Trikont-Verlag, 8 München 80, Josephsburgstr. 16

Redaktion:
Joscha Schmierer (verantwortlich), Jürgen Sendler, Gerd Steffens
unter Mitarbeit von:
Gabi Ripke, Brigitte Steinmüller, Dietrich Hildebrandt

Anzeigenverwaltung:
Frank Pohlers, 69 Heidelberg, Hans-Thoma-Platz 38
Tel: 06221/40812

Anschrift: Redaktion und Vertrieb des Neuen Roten Forum
c/o Politische Buchhandlung Jörg Burkhard, 69 Heidelberg, Schiffgasse 3, Tel: 06221/46153

Druck:
Caro-Druck, Heidelberg

Nach Möglichkeit sollte das Neue Rote Forum über die linken Buchhandlungen bezogen werden.

NEUES ROTES FORUM 1/70

12.10.70

Friedliche Lösung und blutige Liquidierung - Zur Funktion des Rogers-Plans

Nayef Hawatmeh zur "friedlichen Lösung"

Zukunft des Imperialismus-Zur Analyse des Pearson-reports

Das Schuldenproblem der"Entwicklungsländer"

Das internationale Kapital gegen die Befreiung von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique

Legitimationsversuche des deutschen Kapitals

The world of SIEMENS

SIEMENS-Konzern - Elektroimperium in der Expansion

Brief an die Genossen von der RPK und die "Projektgruppe Afrika"

Gewerkschaftlicher und politischer Kampf in den italienischen Streikbewegungen seit Frühjahr 69

ARABISCHER NATIONALISMUS, PALÄSTINENSISCHE BEFREIUNGSBEWEGUNG UND DIE DEMOKRATISCHE REVOLUTION IN JORDANIEN (I)

Vorbemerkung

In den Diskussionen um die Vorbereitung von Solidaritätsdemonstrationen für die palästinensische Widerstandsbewegung aus Anlaß des Bürgerkriegs in Jordanien gab es in einigen westdeutschen und westberliner Gruppen Auseinandersetzungen über die Frage, ob die Parole "Für die demokratische Revolution in Jordanien" korrekt sei oder die Parole "Für die palästinensische Revolution". Der Hintergrund dieses Streites sind die Differenzen in der palästinensischen Widerstandsbewegung über das Verhältnis zwischen dem Kampf gegen den Zionismus und der Notwendigkeit, den antiimperialistischen Kampf auch auf die arabischen Marionettenregimes auszudehnen.

"Für die palästinensische Revolution" entspricht der von der stärksten Organisation innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), der Nationalen Befreiungsbewegung für Palästina - Al Fath, vertretenen Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten und der ausschließlichen Konzentration aller Kräfte auf den Kampf gegen den Zionismus. Diese Gruppe forderte auch noch nach der Errichtung der Militärdiktatur am 16.9.70 nur den Sturz der Regierung, nicht aber den des Königs. Nach der vorläufigen Beendigung der Auseinandersetzungen schloß der Führer von Al Fath am 27.9.70 in Kairo ein Abkommen, in dem er die Souveränität des jordanischen Königs auf seinem Territorium anerkannte und erneut dem Prinzip der ausschließlichen Orientierung des Kampfes gegen Israel für die Widerstandsorganisationen zustimmte. Die Bedingungen dieses Abkommens wurden von anderen Organisationen in der Widerstandsbewegung nicht akzeptiert und am 13.10.70 durch ein relativ günstigeres Abkommen in Amman ersetzt. In ihm wird vor allem die politische und militärische Aktionsfreiheit der Feddayin wiederhergestellt. Die Parole "Für die demokratische Revolution in Jordanien" benennt den Prozeß, der durch die Beendigung der Doppelherrschaft in einigen Gebieten Jordaniens in der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen der jordanischen Monarchie und den nationalen Befreiungsorganisationen der Palästinenser auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Schon kurz nach Beginn der Kämpfe erklärten alle Organisationen den Sturz der Monarchie zum Ziel des Kampfes. In den befreiten Gebieten Nordjordaniens wurde die königlich-jordanische Verwaltung abgeschafft und Kommissare der Widerstandsbewegung eingesetzt. In Irbid und an anderen Orten bildeten sich Sowjets, die die Verteidigung und Verwaltung der Städte übernahmen. In der Polarisierung angesichts des Versuchs der Zerschlagung der Widerstandsbewegung wurden die Positionen derjenigen Organisationen zur Grundlage der Politik der ganzen Bewegung, die den Angriff auf die Positionen des Imperialismus in den arabischen Ländern als eine Bedingung des Sieges über den Zionismus ansehen.

Der Parolenstreit der deutschen Gruppen war also überholt, als er geführt wurde. Angesichts der offenen Widersprüche, in die die Führung der palästinensischen Widerstandsbewegung unter den politischen und militärischen Attaken des jordanischen Regimes geraten ist, und angesichts der Entwicklung der palästinensischen Linken, deren Parolen sich im Moment der Krise durchsetzten, wäre es notwendig gewesen, nach dem Klassencharakter der Führung der PLO und ihrer Beziehung zu den Massen zu fragen, und danach, ob die von der palästinensischen Linken, an erster Stelle von der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP) betriebene Politik geeignet ist, diese Widersprüche durch den antiimperialistischen Kampf auch in den arabischen Ländern zu lösen.

In diesem Artikel wird eine Einschätzung der palästinensischen Widerstandsbewegung und ihrer verschiedenen Organisationen versucht. In dem in dieser Nummer des Neuen Roten Forum veröffentlichten ersten Teil soll dabei zunächst zusammenfassend die Entwicklung des arabisch-palästinensischen Nationalismus dargestellt werden, in dessen Tradition die Widerstandsbewegung steht. Diese Darstellung ist lückenhaft, die Politik der Großmächte und die genaue Entwicklung der nationalen Bewegungen in den arabischen Staaten werden lediglich berührt. Der Akzent wird auf die Wandlungen gelegt, die die palästinensisch-arabische nationale Bewegung unter der Führung von verschiedenen Gruppen des Bürgertums bis heute durchgemacht hat.

Den Strömungen des arabisch-palästinensischen Nationalismus, die in verschieden Perioden vorherrschten, ist gemeinsam, daß sie sich auf den Widerstand des ganzen Volkes gegen die Herrschaft des Imperialismus stützten. Diese nahm in Palästina politisch zwei Formen an: die Schaffung "einer jüdischen Heimstätte in Palästina", aus der die Araber bis auf eine Minderheit vertrieben wurden, und die Schaffung von staatlichen Organisationen für die Araber (britisches Mandat, Königreich Jordanien), die diese Vertreibung ermöglichten und sicherten. Wegen des bedrohlichen Charakters der zionistischen Kolonisation für alle Klassen des palästinensischen Volkes blieb die Führung der nationalen Bewegung bis heute in der Hand solcher Gruppen, die selber ihre Entstehung und ihre Macht der Zerstörung der traditionellen Gesellschaft durch den Imperialismus und der ökonomischen und politischen Abhängigkeit verdanken. Die Schranken, auf die die palästinensische nationale Bewegung in ihrem Kampf gegen die imperialistischen Institutionen und Agenturen immer wieder stieß, wurden durch ihre Führungen selber gebildet. Deren Nationalismus versuchte vor allem ihren eigenen Anspruch auf Teilhabe an der Macht über das palästinensische Volk durchzusetzen. In ihrem zwiespältigen Charakter, einerseits Teil des antiimperialistischen Widerstands, andererseits dessen wichtigste Schranke zu sein, gleicht der arabische Nationalismus in Palästina

den nationalistischen Bewegungen der anderenarabischen Länder, und gerade auch denen, die wie die ägyptischen "Freien Offiziere" mit einem als sozialistisch bezeichneten Nationalisierungs- und Landreformprogramm ihren Herrschaftsanspruch gegen Kompradorenbourgeoisie durchsetzten, um heute selber die Züge der entmachteten Bourgeoisie anzunehmen.

Die Führung der PLO unterscheidet sich insofern von den anderen nationalistischen Bewegung, als sie über keine andere institutionellen und ökonomischen Stützpunkte verfügt, als die Unterstützung durch die nach dem Junikrieg entstandene spontane Massenbewegung und die Hilfe , die ihr die anderen arabischen Staaten gewähren. Sie versucht die Widersprüche, die sich aus dem Fehlen eines eigenen Territoriums, aus der Abhängigkeit von den arabischen Staaten, dem Interesse an der Schaffung eines eigenen palästinensischen Staates und den Bedürfnissen der palästinensischen Massen, die als Vertriebene unter der Diktatur reaktionärer arabischer Regime leben, ergeben, durch eine permanente politische Mobilisierung der Flüchtlingsmassen für die Unterstützung des Kampfes von Guerrillas im besetzten Palästina einerseits und durch die Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten andererseits zu lösen Damit soll die Widerstandsbewegung auf den Kampf in den besetzten Gebieten und in Israel eingeschränkt werden, wo es bis heute keine nennenswerte Unterstützung des bewaffneten Kampfes gibt, während die Probleme, die sich aus der konkreten Unterdrückung der Palästinenser in arabischen Staaten ergeben, auf die Stunde der Befreiung Palästinas verschoben werden. Der Widerspruch zwischen dem Interesse der palästinensischen Flüchtlingsmassen an einer Abschaffung auch der arabischen imperialistischen Agenturen und dem Versuch, die Massenbewegung ausschließlich auf die Rückeroberung Palästinas zu reduzieren, hat seit dem Rückschlag, den die Widerstandsbewegung im Herbst 1969 im Libanon erleiden mußte, die Organisationen gestärkt, die die Befreiung Palästinas und den Kampf gegen die reaktionären arabischen Regimes betreiben. Einige von ihnen folgen der Tradition des militanten panarabischen Nationalismus (FPLP, Al Saikeh); die erst im Februar 1969 entstandene Demokratische Volksfront FPDLP versteht sich als Teil einer entstehenden sozialistischen revolutionären Bewegung im Nahen Osten, deren Erfolg auch den Sturz der bürgerlich-nationalistischen Regimes voraussetzt. In der FPDLP haben sich die "Elemente der künftigen proletarischen Partei gesammelt", die die bürgerlich-demokratische Befreiungsbewegung im Nahen Osten unterstützen und vorantreiben und zugleich "ihre besonderen Aufgaben, die Aufgaben des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratische Bewegung innerhalb ihrer Nation" aufgenommen haben (Lenin, Ausgew. Werke, Bd. 3, S. 492). Die Fortsetzung dieses Artikel wird die Entwicklung der ganzen Widerstandsbewegung und ihrer Organisationen behandeln, sowie die besonderen Schwierigkeiten, die sich für eine revolutionäre Strategie in der palästinensischen Bewegung als einer Bewegung eines vertriebenen und landlosen Volkes ergeben.

Anfänge des arabischen Nationalismus

In der arabischen nationalen Bewegung der Zeit des 1. Weltkriegs sind verschiedene soziale Gruppen und verschiedene Tendenzen ein Bündnis mit einander eingegangen. Sie war zunächst im Rahmen des ottomanischen Reiches Teil einer politischen Erneuerungsbewegung, mit der westlich ausgebildete und am zivilisatorischen Standard der imperialistischen Mächte orientierte Offiziere und Intellektuelle versuchten, die vorkapitalistischen Strukturen des Reiches zu modernisieren, um der wachsenden Verschuldung und politischen Abhängigkeit des Reiches gegenüber den Westmächten Einhalt zu gebieten. In ihren Anfängen in Syrien und Ägypten war sie keineswegs arabisch-nationalistisch, sondern propagierte einen auf den Widerstand gegen das Eindringen des Westens zugeschnittenen Pan-Islamismus. Wichtiger Gegenstand in der Diskussion der Vorläufer des arabischen Nationalismus ist die Gleichwertigkeit oder Überlegenheit der morgenländischen islamischen Kultur gegenüber der westlichen (1). Die nationalistischen Geheimbünde Al Ahd, aus Offizieren im türkischen Heer bestehend, und Al Fatat, deren Mitglieder europäisch gebildete Intellektuelle waren, die eine Rolle bei der Auslösung des Aufstandes gegen die Türken spielten, gingen aus der jungtürkischen Bewegung hervor, von der sie sich erst unter dem Eindruck des entstehenden türkischen Nationalismus lösten. (2) Ihrer Herkunft nach waren die Theoretiker des frühen arabischen Nationalismus überwiegend Angehörige des städtischen Kleinbürgertums, d.h. der Bürokratie, des Handwerks und kleinen Handels (3). Die Türkisierung der osmanischen Reformbewegung durch die Jungtürken, die nach dem Weltkrieg in der kemalistischen Revolution gipfelte, führte dazu, daß die Modernisierungsbewegung in Syrien und im Irak (4)

1) vgl. u. a. die Einleitung zu Sylvia G. Haim (hg.), Arab Nationalism, An Anthology, Berkeley & Los Angeles (University of California Press) 1964; die Einleitung zu Bassam Tibi (hg.), Die arabische Linke, Frankfurt/M. (EVA) 1969; Richard Hartmann, Islam und Nationalismus, Abh. d. dt. Akad. d. Wiss. zu Berlin, Jg. 1945/46, Phil.-Hist. Kl., Nr. 5, Berlin (Akademie-Verlag) 1948

2) vgl. Dr. Hassan Saab, The Arab Federalists of the Ottoman Empire, Amsterdam (Djambatan) 1958, S. 248ff.

3) ebenda, S. 263

4) Das folgende bezieht sich vor allem auf diese beiden Länder. Ägypten wurde wegen seiner anderen geographischen Bedingungen schon sehr viel früher vor allem als Anbaugebiet für Baumwolle dem Imperialismus erschlossen und erlebt schon 1881 mit der Urabi-Revolte seinen ersten großen nationalistischen Aufstand. vgl. dazu auch: Bassam Tibi: Zum Verhältnis von Militär und kolonialem Nationalismus am Beispiel der arabischen Länder, in: Sozialistische Politik, Nr. 4, 1969, S. 4-19. Bis 1948 nimmt der ägyptische Nationalismus eine vom panarabischen Nationalismus der ostarabischen Länder weitgehend unabhängige Entwicklung unter der Führung bürgerlicher Parteien. Erst mit dem arabisch-israelischen Krieg von 1948, in dem sich die ägyptische antiimperialistische →

in einem Bündnis mit der Handelsbourgeosie und den in den Städten lebenden Großgrundbesitzern aufgingen. Dieses Bündnis erklärt die Unterschiede zwischen der türkischen und der arabischen nationalen Bewegung und liefert die Erklärung für den leichten Sieg der imperialistischen Mächte in den arabischen Ländern nach dem Weltkrieg. In der türkisch-nationalen Revolution leiteten Offiziere und Verwaltungskader, die selber über keine nennenswerten Produktionsmittel verfügten, mit Hilfe des Staatsapparates und der Ausschaltung des nicht-türkischen und nicht-islamischen Handelsbürgertums den Prozeß der ursprünglichen Akkumulation und die Anfänge einer nationalen Industrialisierung ein, nachdem sie den Verwaltungs- und Kriegsadel des alten Regimes nach der Zerstörung des Reiches entmachtet hatten und dabei versuchten, alle Verbindungen zur vorkapitalistischen Tradition abzuschneiden. Auch wenn sich dieser Prozeß im Milieu des Imperialismus nur sehr langsam und unvollkommen vollziehen konnte, und wenn er auch von der Bourgeoisie, die erst in ihm entstand, nach dem 2. Weltkrieg sabotiert und zugunsten der Unterwerfung unter das US-amerikanische und westeuropäische Kapital aufgegeben wurde, so verhinderte er doch, daß der Imperialismus das Erbe des osmanischen Reiches in Kleinasien unmittelbar antreten konnte. Die kemalistische Revolution war eine nationale demokratische Revolution, die die vorkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse umwälzte und einen nationalen wirtschaftlichen Aufbau begann. Dieserrevolutionäre Prozeß fand seine Grenzen darin, daß die kemalistischen Kader trotz ihres antiimperialistischen und etatistischen Charakters an erster Stelle die Avantgarde der entstehenden Bourgeoisie waren. Sie ließen einer revolutionären Massenbewegung keinen Raum und überließen dadurch vor allem die Bauern dem Einfluß der religiösen und politischen Reaktion, und sie traten ab, als die Bourgeoisie für die Machtübernahme reif war, obwohl diese angesichts der Rückständigkeit der Türkei nichts anderes sein konnte als eine lokale Repräsentation der imperialistischen Mächte (5). Die jungtürkischen Offiziere hatten mutatis mutandis als Träger einer revolutionären Bewegung, die eine nationale kapitalistische Entwicklung einleitete, die gleiche Funktion wie später um die Jahrhundertmitte die Offiziere und die Intellektuellen des arabischen Nationalismus. Auch sie, meist aus den verarmenden kleinbürgerlichen städtischen Massen stammend, und sich auf sie stützend, versuchten mit den politischen Mitteln des Staates, mit oktroyierten Landreformen, Verstaatlichungen des ausländischen Besitzes, der Banken usw. die Macht des Imperialismus zu brechen und den nationalen, d.h. von ihnen kontrollierten Aufbau voranzutreiben. Dieses kleinbürgerliche Element, das als Träger der Modernisierung und in seiner Orientierung an den Effizienznormen des imperialistischen Kapitalismus selbst schon ein Produkt des Imperialismus war, war von Anfang in der arabisch nationalen Bewegung enthalten. Während es aber vor dem 1. Weltkrieg in der Türkei so gut wie kein nationaltürkisches Bürgertum gab, weil die Funktionen des Handels-, Finanz- und Manufakturkapitals fast ausschließlichin den Händen nichttürkischer Nationen lagen, standen die Innovationskader aus Armee und Intelligenz in den arabischen Ländern in enger Verbindung mit der in den Städten lebenden alten Großgrundbesitzer- und Handelsbourgeoisie. Diese war zwar einerseits an der Auflösung der orientalischen Despotie des osmanischen Reiches interessiert, andererseits aber selbst zutiefst konservativ und suchte die Verbindung mit dem Imperialismus. In Gegensatz also zum Kemalismus, der resolut antifeudal und antiklerikal war und versuchte, mit allen Traditionen des alten Reiches zu brechen, setzten sich in der arabischen nationalen Bewegung zunächst einmal die Ideologie und die Interessen der alten herrschenden Klasse durch.

Diese waren die Erben der "trading society", die die arabischen Länder in ihrer Blütezeit dominierte. Nach Ahmed El Kodsy erklärt sich die einheitliche sprachliche und kulturelle, vorwiegend städtische Kultur der arabischen Länder, die mit Ausnahme der großen Oase Ägypten sich mit den Wüsten- und Trockenzonen decken, die Europa von Südasien und Schwarzafrika trennt, aus der Handels- und Vermittlungsfunktion, die diese Länder hatten:

"Die arabische Zone hat immer eine kommerzielle Funktion erfüllt und hat in ihrer Rolle als der einzige Mittelsmann vorwiegend landwirtschaftliche Gemeinschaften miteinander in Verbindung gebracht, die keinendirekten Kontrakt miteinander hatten. Die sozialen Formationen, auf deren Grundlage ihre eigenen Kulturen errichtet wurden, hatten immer kommerziellen Charakter. Damit meine ich, daß der wesentliche Surplus, von dem die großen Städte lebten, nicht aus der Ausbeutung der ländlichen Einwohner des Gebietes kam, (außer natürlich in einem untergeordneten Maße), sondern aus den Profiten aus dem Handel über große Entfernungen, die ihr Monopol als Vermittler garantierte - das bedeutet ein Einkommen, das in letzter Analyse aus dem Surplus abgezweigt wird, den die herrschenden Klassen anderer Kulturen (derjenigen, die durch die arabische Welt zusammengeknüpft werden) aus ihrer eigenen Bauernschaft ziehen." (6)

Bewegung unabhängig von den herrschenden Klassen und im Widerspruch zu den Interessen der ägyptischen Monarchie mit der der anderen arabischen Staaten verband, und nachdem der zunächst nur ägyptisch-nationalistische Nasserismus Bündnispartner in seinem Konflikt mit den imperialistischen Mächten brauchte, begann Ägypten eine bedeutende Rolle in der arabischen Einigungsbewegung zu spielen. vgl. Mahmoud Hussein, La lutte de classes en Egypte de 1945 -1968, Paris (Maspéro) 1969, hier v. a. S. 156 ff

5) vgl Kurt Steinhaus, Soziologie der türkischen Revolution, Frankfurt (EVA) 1969, besonders S. 170-196

6) Ahmad El Kodsy, Nationalism and Class Struggles in the Arab World, Monthly Review, No 3, Vol.22, july-august 1970, S. 5/6

Trotz des Niedergangs des von städtischer Bourgeoisie und Beduinen organisierten Karawanenhandels durch die europäische Konkurrenz zu Beginn der Neuzeit und der türkischen Herrschaft behalten die Gesellschaften des arabischen Ostens ihre wesentlichen Merkmale bis zum Anfang dieses Jahrhunderts. Es handelt sich um eine vorwiegend städtische, einheitliche Kultur, in der Handel, Handwerk und kleine Manufakturen dominieren und von der die bäuerlichen Bevölkerungen, die in den Gebirgen am Rande der großen Wüsten lebten, isoliert sind, was sich darin ausdrückt, daß sie religiös (Drusen, Maroniten, Schiiten) oder auch sprachlich (Kurden) ein Eigenleben führen. Von den ca. 1,5 Mill. Einwohner, die zu Beginn des 1. Weltkrieges im Gebiet von Syrien (einschließlich Palästinas) und des Iraks lebten, - in den Blütezeiten des Mittelalters über 5 Millionen - waren ca. 30 % Stadtbewohner, ein Viertel Nomaden und ca. 40 % Landbewohner (7).

Die Dominanz des Handelskapitalismus und die Isolierung der Bauern im Rahmen der "trading society" verhinderten lange eine "Feudalisierung" der arabischen Gesellschaft (und damit auch die Proletarisierung der Bauern durch das städtische Kapital) (8).

Erst der Niedergang des städtischen Handwerks durch die Einfuhr billiger westlicher Waren einerseits und die Landreformen des türkischen Reiches und die damit verbundene Veränderung der Eigentumsformen auf dem Lande andererseits veränderten die Beziehungen Stadt-Land bedeutend. Die Landreform von 1858 führte zum Zwecke der besseren Besteuerung das Privateigentum am bebauten Boden ein. Dieser Akt blieb aber für die bäuerliche Wirtschaft selber unbedeutend: die Bauern hielten am Besitz des Bodens durch die Dorfgemeinschaft fest. Der Besitztitel fiel häufig an in den Städten lebende Notablen, Stammesoberhäupter oder Bürger, die als Steuerpächter oder als Wucherer sich an die Stelle des Staates als tributerhebende Instanz setzten. In großen Teilen entstand der neue Großgrundbesitz erst nach Errichtung der französischen und britischen Herrschaft in Syrien und im Irak, weil diese Verwaltungen als erste wirkungsvoll die Landreform durchführen konnten oder, vor allem im Irak, große Strecken des Landes an Stammeshäuptlinge und städtische Notable verteilten. (9) Diese neu entstehende Großgrundbesitzerklasse nahm im allgemeinen keinerlei Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion selbst, sie beschränkte sich auf das Abschöpfen des ländlichen Surplus und ließ im übrigen die Sozialstrukturen auf dem Dorfe weitgehend unberührt (10). Über Stammes- und Familienbeziehungen, religiöse und traditionelle politische Autorität verfügend, hatte sie zugleich häufig große politische Macht über die Bauern. Die Interessen der städtischen traditionellen Bourgeoisie galten also vor allem der Erhaltung ihres neu erworbenen Großgrundbesitzes und dem Bündnis von ländlichen und nomadischen Stammesführern, die ebenfalls von der Entwicklung der Besitzverhältnisse auf dem Lande profitierten. Dieses Bündnis konkretisierte sich in der Anerkennung des haschemitischen Scherifs von Mekka, des Kandidaten der Briten, der vor allem auf beduinische Loyalitäten rechnen konnte, als Führer der nationalen Befreiung und König der Araber. Andere Gruppierungen, vor allem die christlichen Bourgeois der Städte des Libanon und Syriens standen seit dem Vordringen der imperialistischen Mächte im osmanischen Reich unter dem besondern "Schutz" der Westmächte. Für sie bedeutete der Sturz der türkischen Herrschaft die freie Entfaltung ihrer Geschäftsbeziehungen mit ihren Schutzmächten. Die Programme der arabischen nationalen Bewegung zu Ende der türkischen Zeit forderten vor allem die Arabisierung von Verwaltung, Heer und Wirtschaft, kulturelle und wirtschaftliche Autonomie und später, während des Krieges und unter britischem Einfluß, nationale Unabhängigkeit. Die Forderungen nach kultureller und wirtschaftlicher Autonomie der arabischen Nation und nicht etwa Syriens und des Irak getrennt voneinander konnten anknüpfen an die tatsächlich bestehende kulturelle und sozio-ökonomische Einheit der arabischen Welt. Die Schaffung des Bewußtseins von der Einheit der arabischen Nation und die Rehabilitierung der arabischen Sprache sind die bedeutenden politischen Verdienste der ersten arabischen nationalistischen Bewegung. Die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit scheiterte aber an der sich "feudalisierenden" alten Bourgeoisie. Für sie bedeutete die Verjagung der Türken die Monopolisierung ihrer Stellung in der Abschöpfung und im Konsum des bäuerlichen Surplus und, vor allem für die christlichen Araber Syriens und des Libanon, die Aufhebung der Handelsbeschränkungen mit den westlichen Mächten, deren Schützlinge sie schon lange waren. Die Vertreibung der Türken vollzog sich im Bündnis mit dem britischen Imperialismus und den von den Briten zum Führer der Araber erhobenen haschemitischen Fürsten. Das Ergebnis dieser "nationalen Befreiung" war die Errichtung des französischen Mandats über Syrien (einschließlich Libanon), die Lostrennung Palästinas von Syrien und die Errichtung des britischen Mandats über Palästina (mit dem Versprechen der Schaffung einer zionistischen Heimstätte), Transjordanien und Irak, jeweils unter einem haschemitischen Fürsten. Die in ihren Erwartungen auf nationale Unabhängigkeit enttäuschte arabische Bourgeoisie wurde entschädigt durch den Ausbau ihrer Macht als Großgrundbesitzer, den allmählichen Aufbau einer unbedeutenden Konsumgüterindustrie unter imperialistischer Kontrolle und durch ihre Beteiligung am Handel mit dem Westen. Besonders im Irak gelang es den Briten, ein festes Bündnis mit der großgrundbesitzenden Bourgeoisie unter Nuri Es Said, einem ehemaligen Mitglied des nationalisti-

7) ebenda, S. 28
8) ebenda, S. 11
9) vgl. u. a. Doreen Warriner, Land Reform and Development in the Middle East, A Study of Egypt, Syria and Iraq, London, New York (Royal Inst. of Intern. Affairs) 1957; Jacques Weulersse, Paysans de Syrie et du Proche Orient, Paris 1946, Zu den Auswirkungen der Landreform auf Palästina und Transjordanien vgl. A. M. Goichon, Jordanie réelle, t.I, Paris (Desclée de Brouwer) 1967, uund Sa'id B. Himadeh (hg.): Economic Organisation of Palestine, Beirut (American Univ. Press) 1938
10) Warriner, a.a.O.

schen Geheimbundes Al Ahd, zu etablieren.
Die erste Bewegung der nationalen Befreiung in den ostarabischen Ländern endete mit neuer Fremdherrschaft und, in Verkehrung des Programms der nationalen Vereinigung, in der Regionalisierung arabischer Politik durch die Bündnisse, die die Mandatsmächte mit den jeweils lokal herrschenden Gruppen eingegangen waren. Der sich abzeichnende Widerspruch zwischen den Interessen der großgrundbesitzenden Bourgeoisie und der nationalistischen Modernisierungsbewegung in der ersten Phase der arabischen Bewegung war ein Produkt des allmählichen Eindringens des Imperialismus in die Gesellschaften des osmanischen Reiches. Er konnte sich nicht entfalten, solange die imperialistischen Mächte ihre Herrschaft nicht direkt errichtet hatten und solange durch den Sturz der vorkapitalistischen osmanischen Despotie nicht die Voraussetzungen für eine kapitalistische Entwicklung in den arabischen Ländern vorhanden waren. Der Widerspruch lebte auf mit den kleinbürgerlich-nationalistischen Organisationen, die in den dreißiger Jahren im Irak und in Syrien unter der Führung von Intellektuellen entstanden und deren Basis im wesentlichen die städtischen, meist kleinbürgerlichen Massen waren. In ihrer Zielsetzung waren sie meist arabisch-nationalistisch, d.h. gegen die Regionalisierung der arabischen Welt durch die imperialistische Grenzziehung und die Entwicklung von regionalistischen Sonderinteressen der herrschenden Klassen gerichtet. Sie suchten ohne Ausnahme eine Antwort auf die Auswirkungen der imperialistischen Herrschaft auf ihre Länder, den Ruin des einheimischen Handwerks und kleinen Handels durch die Konkurrenz der Industrieproduktion der imperialistischen Länder, die wachsende Not der Bauern, die ohne die Möglichkeit, ihre Produktion zu steigern, der verschärften Ausbeutung durch die Großgrundbesitzer ausgesetzt waren.
Die führenden Köpfe dieser Organisationen waren häufig Funktionsträger der modernen Verwaltungs- und Militärapparate, die die imperialistischen Mächte im Interesse ihrer eigenen Herrschaft schufen. Obwohl sie ausnahmslos in Opposition zu den parasitären Nutznießern der Herrschaft der imperialistischen Mächte und der traditionellen Machtstrukturen, der Großgrundbesitzer und Kompradorenbourgeoisie standen, blieben die meisten doch in ihrem Nationalismus der Tradition dieser Klassen verpflichtet, da ihre wichtigste Basis das traditionelle Handwerk und der kleine Handel waren. Der rechte Flügel der kleinbürgerlichen Bewegung suchte sein Heil in der islamischen Restauration (Moslembrüder), viele der nationalistischen Gruppen wollten im Bündnis mit dem deutschen Faschismus den britischen Imperialismus bekämpfen. Auch die kommunistischen Parteien, mit Ausnahme des linken Flügels der irakischen KP, bildeten oft nicht mehr als den linken Flügel des kleinbürgerlichen Nationalismus, der ein antiimperialistisches Bündnis anstrebte, das auch Kompradoren und Großgrundbesitzer einschloss (11).
Die Baath-Partei, deren Programm: "Einheit (arabische Einheit), Freiheit (meint im wesentlichen bürgerliche Demokratie und nationale Befreiung) und Sozialismus (bürgerliche Agrarreform, Nationalisierung der großen Unternehmen und Respektierung des Privateigentums und Erbrechts)" schon "Funktion der sozial-heterogenen Elemente, die sie bildeten" ist, (12), zeigt in ihrer späteren Entwicklung nach der Entmachtung der traditionellen Regime die politische Ambivalenz des in den 30er Jahren entstehenden kleinbürgerlichen Nationalismus. Im Irak ist sie Partner und Instrument der Reaktion bei der physischen Liquidierung der nationalistischen und sozialistischen Linken nach dem Sturz des radikal-nationalistischen Kassemregimes (1963), in Syrien versucht sie die von ihr eingeleitete Entwicklung zum Staatskapitalismus im Bündnis mit der Linken und gegen die Nationalbourgeoisie durchzusetzen.

Arabischer Nationalismus und Zionismus in Palästina.

Für die politische Entwicklung des arabischen Nationalismus der 30er Jahre hatte das Palästina-Problem große Bedeutung. In der nicht-arabischen, vom britischen Imperialismus geförderten zionistischen Kolonisation erkannten die arabischen Völker die Schwäche der ganzen arabischen Nation. Zugleich schien der Widerstand der arabischen Palästinenser, vor allem der Aufstand von 1936-39, der von zahlreichen Freiwilligen aus anderen arabischen Ländern unterstützt wurde, den Weg für eine wirkliche nationale Befreiung zu zeigen. Trotz der unmittelbaren Konfrontation zwischen imperialistischen Interessen und denen des palästinensischen Volkes und trotz der zahlreichen politischen Massenerhebungen spielten Palästinenser in der entstehenden nationalistischen Bewegung kaum eine Rolle. Im

11) vgl. El Kodsy, a.a.O., S. 31ff; Bassam Tibi, Die arabische Linke, a.a.O., S. 23; Nathan Weinstock: Le mouvement révolutionnaire arabe, Paris (Maspéro) 1970, S. 70 ff.

12) Fawwaz Trabulsi, The Palestine Problem, Zionism and Imperialism in the Middle East, in: New Left Review, No 57, September-october 1969, S. 72

Gegenteil, in Palästina selbst blieb die Massenbewegung immer unter der Kontrolle der Großgrundbesitzer und Kompradoren, gegen die sich die kleinbürgerlichen Bewegungen in Syrien und im Irak in den 30er Jahren wandten. Soweit Parteien entstanden, die mit den nationalistischen Bewegungen der anderen Länder in Verbindung standen, waren auch sie noch an erster Stelle Instrumente in der Hand der miteinander konkurrierenden "großen Familien", die die arabische Bevölkerung fest beherrschten (13).

Auch die palästinensische KP fand in der Polarisierung zwischen den beiden nationalen "Gemeinschaften" keine Basis für eine Politik unabhängig vom zionistisch-nationalistischen Apparat oder der reaktionären arabischen Führung. Hervorgegangen aus dem "proletarischen" Zionismus unterstützte sie in den 30er Jahren vor allem die arabisch-nationalistische Istiqlal-Partei und während des Aufstands von 1936-39 dessen reaktionäre Führung in der Person des Mufti von Jerusalem. Angesichts der Unmöglichkeit eines revolutionären internationalistischen Klassenbündnisses wurde sie zwischen den Nationalismen zerrieben und spaltete sich 1940 in eine jüdische und eine arabische Partei (13a).

Die besondere, wachsende Macht der "Großen Familien" in Palästina erklärt sich aus den Auswirkungen der zionistischen Immigration auf die arabisch-palästinensiche Gesellschaft. Bekanntlich hatte die zionistische Kolonisation in Palästina nicht den Zweck, billige eingeborene Arbeitskräfte durch eine Siedlergesellschaft im Interesse des westeuropäischen Kapitals auszubeuten, wie das für die weißen Kolonien Südafrikas, Rhodesiens oder Algeriens gilt. Die zionistische Kolonisierung zielte vielmehr auf die Schaffung einer eigenen jüdischen Nation, die neben den anderen, arabischen Nationen bestehen sollte. In den 30er Jahren entstanden in Palästina zwei ökonomisch und politisch voneinander getrennte Gemeinschaften, von der die eine versuchte, die andere ökonomisch niederzuhalten und geographisch zu verdrängen.

Die Prinzipien des Zionismus: Einmal erworbenes Land darf nicht mehr in nicht-jüdische Hand kommen; keine Beschäftigung nicht-jüdischer Arbeiter; Bevorzugung jüdischer Produkte - verhinderten, daß die durch jüdische Siedlungen vom Land verdrängten Bauern und die durch die jüdische Konkurrenz ersetzten Handwerker in der insgesamt rasch expandierenden palästinensischen Volkswirtschaft neue Beschäftigungen fanden. Obwohl auch die arabische landwirtschaftliche und industrielle Produktion während der Mandatszeit wuchs, führte die Konkurrenz des kapitalmäßig und in der Ausbildungsstruktur hervorragend ausgestatteten jüdischen Sektors dazu, daß der Anteil der produktiv in Landwirtschaft, Handwerk oder Industrie beschäftigten Araber sank. (14). Weder das Proletariat noch der städtische Mittelstand erlangten eine Stärke, die die Macht der "großen Familien" hätte gefährden können. Deren ökonomische Macht wuchs vielmehr durch die zionistische Besiedlung direkt, weil sie durch Bodenverkäufe und mit der fantastisch blühenden Bodenspekulation in den Städten und auf dem Land riesige Geschäfte auf Kosten der auf dem Land sitzenden Bauern und der Zionisten machten. Durch diese Geschäfte "liquidierten sie sich zwar selbst als Klasse, machten dabei jedoch enorme finanzielle Gewinne, die wiederum die Finanzierung einer politischen Bewegung und sogar eines bewaffneten Kampfes ermöglichten" (15).

Im Gegensatz zu den zionistischen Organisationen brachten die arabischen Palästinenser unter der Führung der "großen Familien" keine dauerhaften politischen Institutionen hervor, die ihren Anspruch auf nationale Selbstbestimmung, zu dessen Sprecher sich gerade die "großen Familien" machten, hätten untermauern und vorantreiben können. Ihr politisches System bestand aus einer Fülle von miteinander konkurrierenden Vereinigungen oder Parteien, deren Grundlage die politische, wirtschaftliche oder religiöse Abhängigkeit von den einander bekämpfenden "großen Familien" war, die ihrerseits eng mit der britischen Mandatsmacht als Trägerin der staatlichen Verwaltung und den Zionisten, die ihre eigenen staatlichen Organisationen allmählich ausbildeten, kollaborierten. Der eigentliche Grund der Stabilität der Macht der "großen Familien", die zur Niederlage und Vertreibung der Palästinenser aus Palästina führte, war der, daß der Klassenkonflikt zwischen der traditionellen großgrundbesitzenden Bourgeoisie und der auf nationale Unabhängigkeit, Industrialisierung und Modernisierung der sozialen Strukturen gerichteten Bewegung meist kleinbürgerlicher Gruppen in Palästina die Form eines nationalen Konfliktes annahm und dadurch die politischen Fronten in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und unterdrückter Nation in Palästina schein-

13) Vgl. Nathan Weinstock, Le sionisme contre Israel, Paris (Maspéro), 1969, S. 174. Selbst die Istiklal-Partei als Schwesterorganisation panarabisch-nationalistischer Parteien, die vor allem als Partei radikal nationalistischer Elemente der städtischen Bourgeoisie galt, wurde eng von der Abdul-Hadi-Familie, den größten Grundbesitzern in Palästina kontrolliert. (ebenda, S. 170 u. S. 174 ff)

13a) vgl. "Class Alliances Impossible, in: Trabulsi, a, a. O. , S. 65; Weinstock, Le sionisme ...,a.a.O. , S. 195 ff und S. 217; Zur Geschichte der palästinensischen Widerstandsbewegung, in: Al Djabha, Heidelberg, Nr. 5, 1970, S. 6

14) vgl. die bei Eli Löbel, Die Juden in Palästina, in: Sabri Geries/ Eli Löbel: Die Araber in Israel, München, (Trikont) 1970, S. 24 zitierte Statistik zur Berufsgliederung in Palästina zur Mandatszeit. Ausführliches Material zur ökonomischen und sozialen Entwicklung der beiden Nationalitäten in Palästina in Weinstock, Le sionisme..., a.a.O., und Himadeh, a. a. O.

15) Löbel, a. a. O.

16) Heute versucht der "linke" Zionismus, der an die Tradition des "sozialistischen" Flügels des Zionismus anknüpfen will, sich als Teil der antiimperialistischen Befreiungsbewegung der 3. Welt darzustellen. vgl. u.a. das Vorwort von Dany Diner zu Ber Borochov: Die Grundlagen des Poalezionismus, Frankfurt/M. (borochov press) 1969. Entsprechend fordert die "Politische Plattform der Neuen Israelischen Linken Siach" (masch.schr.Ms, s.l., s.d.) die "arabische Anerkennung der nationalen jüdischen Befreiungsbewegung, zu deren Grundlage die zionistische Idee gehört."

bar vertauscht wurden.
Der Zionismus nahm in der Entwicklung der palästinensischen Volkswirtschaft die Funktion an, die die kleinbürgerlichen Eliten in den nationalistischen Bewegungen der Nachbarstaaten sich erträumten. Wegen der strengen Trennung der beiden Nationalitäten voneinander und der Konzentration des ökonomischen Wachstums in den Händen der Zionisten konnten diese - die Agenten des Imperialismus - sich rühmen, die Träger des ökonomischen und sozialen Fortschritts zu sein, während die Sache der diskriminierten Araber in den Händen einer unfähigen und reaktionären Minderheit war. Der Zionismus versteht sich als nationale Befreiungsbewegung (16) und hat in der Tat sehr viel mit den kleinbürgerlich-nationalistischen Bewegungen , mit denen er heute konfrontiert ist, gemein. Er ist die Bewegung der osteuropäischen Kleinbürgermassen, die von der Kapitalisierung Osteuropas aus ihren traditionellen gesellschaftlichen Funktionen als kleine Händler und Handwerker verdrängt, sich der drohenden Proletarisierung und dem Verlust der nationalen Identität zu entziehen suchten, indem sie sich einen Staat aufbauten, in dem Juden die herrschende Klasse und das Proletariat bildeten. (17) Nach der Formulierung von Fawwaz Trabulsi ist der "ganze Prozeß der zionistischen Kolonisation einer, in dem dieser "staatliche Überbau" (die politischen zionistischen Organisationen) sich seine ökonomische Basis in Palästina erwarb" (18).

In der Tat scheint der zionistischen Bewegung das gelungen zu sein, was das politische Ziel der anderen nationalistischen Bewegungen des Nahen Ostens war: der Aufbau einer politisch und ökonomisch hochentwickelten und relativ unabhängigen Gesellschaft. Israel ist zweifellos der höchstentwickelte Staat im Nahen Osten, der darüber hinaus über ungewöhnlich große militärische und politische Wirkungsmöglichkeiten nach außen verfügt. Der Preis für diese Macht ist die völlige Abhängigkeit von den großen imperialistischen Mächten, aus der sich Israel nur emanzipieren kann, indem es sich weiter auf Kosten seiner Nachbarn ausdehnt, um eine eigene, nicht auf Subventionen angewiesene ökonomische Basis zu suchen. Die Staatsgründung Israels, die Arrondierung des zionistischen Siedlungsraums und die Vertreibung der in diesem Gebiet lebenden Araber war nur ein erster Schritt, mit dem sich der Zionismus eine Ausgangsbasis für weitere Aggressionen verschaffte, die 1956 und 1967 seine Anerkennung als führende Macht des Nahen Ostens erzwingen sollten. Trotz seines modernen Habitus und scheinbar demokratischen Charakters ist der Zionismus eine reaktionäre Bewegung. Im Gegensatz zu den nationalen Befreiungsbewegungen, die er heute bekämpft, hat der Zionismus nichts zur Entwicklung und Demokratisierung der Gesellschaften, in denen Juden unterdrückt wurden, beigetragen. Er hat versucht, das Problem der Judenverfolgungen dadurch zu lösen, dass er die Juden selbst zu Verfolgern machte, und zwar im Dienst und im Bündnis mit ihren ehemaligen Unterdrückern.

Die Aufstände der Palästinenser gegen die Etablierung des Zionismus und die britische Mandatsmacht scheiterten. Der 6-monatige Generalstreik des Jahres 1936 wird auf Drängen der arabischen Staaten (d.h. unter dem Druck der Engländer) abgebrochen, ohne daß eines seiner Ziele erreicht ist. In den Bauernaufständen der folgenden Jahre gelingt es zwar vorübergehend, einige Gebiete von den Briten zu befreien, die Bewegung bleibt aber unter der Kontrolle vor allem der Al Husseini-Familie, endet mit einem Blutbad und dem vollständigen Sieg der Briten.

"Am Anfang war der Aufstand von 1936 ein Bündnis der Großgrundbesitzer, der Mittelklassen und Intellektuellen, das von einem Teil der Arbeiterklasse unterstützt wurde, aber von der religiösen und feudalen Konzeption der Effendis angeführt wurde. Die feudale und bürgerliche Führung der Bewegung hat den Aufstand scheitern lassen. Die palästinensische Sache wurde mit dem Waffenstillstand von 1936 verraten, die kämpfenden Bauern wurden vom städtischen Mittelstand im Stich gelassen. Der antiimperialistische Kampf wurde in einen Konflikt zwischen den Gemeinschaften pervertiert und in ein Unternehmen zur Unterstützung des Faschismus verwandelt. (Der Mufti Amin Al-Husseini, der Anführer der stärksten der großen Familien, näherte sich den Nazis.)" (19)

Streiks und Aufstände vervollständigten die Isolierung zwischen jüdischem und arabischem Sektor. Die Zionisten werden wirtschaftlich, politisch und militärisch unabhängiger, während die Niederlage die Widerstandskraft der arabischen Massen gebrochen hat. Am Krieg 1948/49 zwischen den arabischen Staaten und dem neuentstandenen Staat Israel nehmen sie praktisch nicht teil, nachdem ihre politische Führung schon vor Beginn der Kämpfe das Land verlassen hat und praktisch das gesamte politische System der arabischen Seite hat zusammenbrechen lassen. Ohne sich wehren zu können erleiden die arabischen Bauern und städtischen Massen die Vertreibung aus Israel und die Annexion des Restes von Palästina durch den transjordanischen Emir. (20)

Nach dem Krieg 1948/49

Das Ende des Krieges 1948/49 mit der Annexion des von Israel nicht besetzten Teiles von Palästina durch

17) vgl. Abraham Léon: La conception matérialiste de la question juive, Edition revue et préfacée par Maxime Rodinson, Paris (EDI) 1968, S. 161ff. Der gleichen These folgen u. a. Eli Löbel, a. a. O. und die Israelische Sozialistische Organisation Matzpen in: Das andere Israel, in: Al Djabha, Nr. 8, Heidelberg, 1970, S. 5ff

18) Trabulsi, a. a. O. , S. 63

19) Weinstock, Le sionisme...., a.a.O., S.180

20) Zum Verhalten der arabischen Palästinenser während des Krieges 1948/49 vgl.: Hal Draper: La minorité arabe en Israel, le début d'une tragédie, in: Le peuple palestinien an marche, Partisans, No 52, mars/avril 1970, S. 74 - 101

Jordanien und die Etablierung der ägyptischen Kontrolle über den Gaza-Streifen bedeutet zugleich das Ende der Herrschaft der großen Familien über das palästinensische Volk. Die Husseini-Familie versuchte noch, eine palästinensische nationale Regierung von ägyptischen Gnaden im Gaza-Streifen zu etablieren, die aber praktisch bedeutungslos blieb. Der politische Einfluß der Husseinis verschwand fast völlig nach 1956 mit dem Aufkommen des Nasserismus. Andere "große Familien" und Notablen unter der Führung der Hauptkonkurrenten der Al Husseinis, der Familie des Jerusalemer Oberbürgermeisters Naschaschibi sowie die Vertreter der christlichen Kirchen lieferten auf Notablen-Kongressen die Legitimation für die jordanische Annexion. (21) Sie bildeten die wichtigste Stütze der jordanischen Monarchie in Palästina und verloren die Führung in der nationalen Bewegung.

Die Gründung des Staates Israel, die Zementierung der territorialen, ökonomischen und politischen Segregation von palästinensischer und zionistischer Gesellschaft veränderten die Formen des Widerspruchs zwischen imperialistischer Unterdrückung und dem palästinensischen Volk und gaben den Klassenauseinandersetzungen in der palästinensischen Gesellschaft einen neuen Inhalt.

Der palästinensisch-zionistische Konflikt war internationalisiert. Jetzt standen der zionistische Staat Israel und die arabischen Staaten einander gegenüber. Das palästinensische Volk hatte in dieser internationalen Konfrontation keine eigene Vertretung, es hatte juristisch aufgehört zu existieren. In Jordanien wurden alle Palästinenser, auch die Flüchtlinge, zu Jordaniern gemacht; im Gaza-Streifen galt zwar weiter palästinensisches Recht, aber unter ägyptischer Militärverwaltung. In den Flüchtlingslagern von Syrien und dem Libanon hatten die Palästinenser einen Sonderstatus ohne eigene Rechte. Die UNO begann regelmäßig jedes Jahr Resolutionen zu verabschieden, in denen "eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems" gefordert wurde. Bis zu einem gewissen Grad hatte durch diese Internationalisierung der zionistisch-arabische Konflikt einen richtigeren Ausdruck erhalten. Der Zionismus bedrohte nicht nur die Palästinenser, sondern er war von den arabischen Völkern schon immer als Wachhund zunächst des britischen und später des US-Imperialismus gegenüber allen arabischen Völkern verstanden worden. Der israelisch-arabische Krieg 1948/49 war begleitet von einem gewaltigen Aufschwung der nationalistischen Massenbewegung, auch in Ägypten, das bis dahin abseits der arabischen nationalen Bewegung gestanden hatte (22), die den Sturz der proimperialistischen Regime in den 50er Jahren angekündigt hat. Auch Israel bezog explizit die arabischen Nachbarstaaten in seine Konflikte mit den Palästinensern mit ein, indem es palästinensische Grenzverletzungen oder Kommandoaktionen mit Angriffen und Repressalien ausdrücklich gegen Jordanien bzw. Ägypten beantwortete (23).

Die aktuelle Bedeutung dieser Internationalisierung war jedoch die Eindämmung der arabischen antiimperialistischen Bewegung. 1949 waren sämtliche arabische Regierungen proimperialistische Regime unter Führung der Großgrundbesitzer und traditionellen Bourgeoisie. Ihr Eingreifen in den Krieg von 1948 war mit Großbritannien abgesprochen und berührte nur Gebiete, die Israel vom UN-Teilungsplan nicht zugesprochen waren (24). Das Interesse dieser Regime war keineswegs die Wiederherstellung der Rechte der Palästinenser und die Zerschlagung des Zionismus in gemeinsamem Kampf, sondern die Eindämmung der wachsenden israelischen Konkurrenz sowohl in der Konsumgüterproduktion als auch im Handel mit dem Westen und die Kontrolle des Machtzuwachses der jeweils anderen arabischen Staaten, der die Hegemonieansprüche einer der Cliquen, (etwa der Haschemiten im Irak und in Jordanien) über andere (über Syrien und den Libanon) hätte fördern können: "1948 kämpften die arabischen Regime weniger gegen den zionistischen Feind als gegen einander." (25)

Dadurch, dass der israelisch-arabische Konflikt die Form auch auf internationaler Ebene behielt, die er schon immer hatte, die Form der Auseinandersetzung zwischen einer kapitalistischen, expansiven Gesellschaft und reaktionären, halbfeudalen Cliquen, diente er dazu, die regionalistische Zersplitterung, die die imperialistische Herrschaft in der arabischen Welt hervorgebracht hatte, zu festigen, und, als Konflikt zwischen proimperialistischen Staaten, die Entstehung einer antiimperialistischen Befreiungsbewegung zu erschweren. Zugleich schuf aber die Verdrängung des palästinensischen Volkes durch die Staatsgründung Israels die Voraussetzungen für ein Aufleben der nationalen Bewegung des palästinensischen und der anderen arabischen Völker.

In den 50er Jahren wurden die Großgrundbesitzer - und Kompradorenregime in drei wichtigen arabischen Staaten gestürzt: 1952 in Ägypten, 1954 in Syrien, 1958 im Irak. In allen drei Staaten kamen durch die Staatsstreiche Gruppen von nationalistischen Offizieren und Intellektuellen an die Macht, die versuchten, durch tiefgreifende Umstrukturierungen (Landreformen, Verstaatlichungen etc.) die katastrophalen Auswirkungen der Herrschaft des Imperialismus und seiner lokalen Verbündeten zu korrigieren, und zugleich mit den Mitteln der militärischen und politischen Diktatur die antiimperialistischen

21) vgl. Goichon, a.a.O.; Benjamin Shwadran, Jordan, A State of Tension, New York (Council for Middle Eastern Affairs Press) 1959; Raphael Patai, The Kingdom of Jordan, Princeton 1958

22) s.o., Anm. 4

23) vgl. Eliah Löbel: Die Eskalation innerhalb der israelischen Gesellschaft, in: Rotes Forum, Organ des SDS Heidelberg, Nr. 3/70, S 27-38

24) vgl. Goichon, a. a.O. ,S. 257 und die von Shwadran, a.a.O., S. 246 zitierte Äußerung des britischen AußenministersBevin, der den Transjordaniern den Einmarsch nach Palästina mit den Worten erlaubte : "It seems the obvious thing to do, but do not go and invade the areas allotted to the Jews."

25) Trabulsi, a.a.O., S.68/69

Massen in den Schranken des kapitalistischen nationalen Aufbaus zu halten. Diese Bewegung vor allem der städtischen arbeitslosen Massen kristallisierte sich an der zionistischen Aggression als dem offensten Anschlag auf eine unabhängig nationale Entwicklung, auch wenn sie als konkrete Ursachen interne und regional verschiedene Konflikte hatte.

"So war es der israelische Expansionismus, der 1948 und noch einmal 1956 die wirkliche Natur der großgrundbesitzenden Kompradorenbourgeoisie in den arabischen Staaten entlarvte, ihre Kollaboration mit dem Imperialismus und ihre provinzielle Enge offenlegte und den demagogischen und scheinheiligen Charakter seines vorgeschobenen und rein verbalen "Panarabismus" klarmachte. Dieser israelische Expansionismus zwang die arabischen Staaten, aus ihrer gegenseitigen Isolation herauszutreten, denn er bedrohte ihre Existenz auf Grund seiner Natur ... Zweimal, 1948 und 1956, hatte die israelische Aggression als wichtigstes Resultat die Revolte der arabischen Massen gegen ihre Regierungen." (26)

Es gab in den arabischen Ländern keine kommunistischen Bewegungen, die den antiimperialistischen Kampf konsequent zuende führen konnten, und die aus den Staatsstreichen hervorgehenden Regime waren nicht in der Lage, auch nur das Programmm der arabischen Einheit durchzuführen. Ihre bloße Existenz veränderte aber die Lage für das palästinensische Volk und erleichterte das Entstehen einer nationalen Bewegung in Jordanien.

Der jordanische Staat gegen die Palästinenser

staatliche Trennung des palästinensischen Volkes om Zionismus und die Isolation, der der israelische Kapitalismus durch den arabischen Boykott unterlag, erlaubten zum ersten Mal, daß das kleine und mittlere palästinensische Bürgertum eine eigenständige Rolle spielen konnte. In den 50er und 60er Jahren bis zum Juni-Krieg wird die Geschichte der Palästinenser bestimmt von den Konflikten zwischen dem jordanischen Regime einerseits und der palästinensischen Nationalbourgeoisie, Kleinbourgeoisie und den Flüchtlingsmassen andererseits. Zwar leben große Teile der Flüchtlingsmassen auf dem Territorium anderer Staaten und erringen Palästinenser in fast allen arabischen Staaten großen wirtschaftlichen und politischen Einfluß, doch die Flüchtlinge im Libanon und Syrien bleiben rechtlos, und die, die in den anderen Staaten politische und wirtschaftliche Funktionen innehaben, werden in diesen Ländern integriert. Mit der Annexion geraten die Palästinenser unter die Verwaltung des Emirats Transjordanien, das zu 4/5 aus Wüste, in seiner Bevölkerungsmehrheit aus Beduinen und gerade sesshaft gewordenen Bauern bestand. Vor und nach der Annexion Restpalästinas liegt die politische Macht in den Händen einer "bürokratischen Oligarchie, die von den traditionellen Familien- und Stammesstrukturen des Gebietes bestimmt wird ..." (27).

Diese Clique, die aus reaktionären Elementen verschiedener geographischer Herkunft besteht, und nach 1948 um einige "prohashemitische und anti-Husseini Elemente unter den palästinensisch-arabischen Führern" erweitert wird, ist zwar in sich ausserordentlich zersplittert, nach außen aber abgeschlossen: "Im ersten Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit (nach 1946) erhielten 31 Politiker mindestens 155 Posten, 15 hatten 96 Posten im Kabinettsrang inne" (28). Mit Ausnahme einiger repräsentativer palästinensischer Bourgeois (Nabulsi), die seit 1956 immer dann in den Kabinetten auftauchen, wenn der Druck der Massen Zugeständnisse notwendig macht, dürfte diese Clique auch heute noch die Regierungen in Jordanien stellen. Mit den in festen Stammesbindungen organisierten Beduinen, die den Kern der von den Engländern aufgebauten Armee ausmachen, einem Teil der Bauernschaft und den politischen und religiösen Führern aus den traditionellen Bourgeoisien von beiden Ufern des Jordans verfügt die jordanische Monarchie über eine schmale, aber relativ feste soziale Basis.(28a) Das Emirat Transjordanien war ein Produkt der Aufteilung des Nahen Ostens zwischen Frankreich und Groß-

26) El Kodsy, a.a.O., S.48
27) George L. Harris (hg.), Jordan, its People, its society its culture, New Haven (Hraf Press) 1958 S.73
28) ebenda S.75
28a) Einer der wichtigsten Gründe für die zuletzt während des bewaffneten Konflikts zwischen der jordanischen Monarchie und den Palästinensern erprobten Zuverlässigkeit der Beduinen und meist gerade sesshaft gewordenen ostjordanischen Bauern ist zweifellos die Loyalität gegenüber dem als obersten Scheich angesehenen König, die sich aus der Logik der noch nicht zerstörten Familien-und Stammesstrukturen ergibt. Die traditionelle politische Loyalität wird aber durch wichtige ökonomische Faktoren zementiert. Durch die Entwicklung des Verkehrswesens und die Festigung der staatlichen Autorität sind den noch nomadisierenden Beduinen (in den 50iger Jahren noch ca. 200000 in Jordanien, Harris, aaO. S.5) zwei wichtige Einkommensquellen verloren gegangen, die Organisation des Karawanenhandels und die räuberische Tributabpressung von der seßhaften Bevölkerung. Für die Nomaden und Halbnomaden ist der Dienst in der Armee heute daher eine lebenswichtige Einkommensquelle, die ihnen zudem ermöglicht, all die Veränderungen zu bekämpfen, die ihre Existenzweise bedrohen. Die Mehrheit der Beduinen ist heute seßhaft geworden. Sie besteht aus kleinen Parzellenbauern, die fürchten müssen, aus wirtschaftlichen Gründen bald ihr Land wieder zu verlieren und durch palästinensische Pächter verdrängt zu werden, die die Mehrheit der landlosen Bauern ausmachen. Auch sie bleiben sie fest in den Stammesbindungen der Beduinengesellschaft. Einige kleinere, schwächere Stämme arbeiten als ganze auf den Ländereien, die sich die Scheichs großer Stämme angeeignet haben. Ein Teil der seßhaften Bauern von Ostjordanien stammt von Tscherkessen ab, die am Ende des 19 Jh. in diesem Gebiet angesiedelt wurden. Auch sie scheinen in ihrer Mehrheit den König gegen die Palästinensern zu unterstützen. Sie stellen einen Teil der königlichen Garden.

britannien, ein Stück Wüste zwischen Syrien, dem Irak und der arabischen Halbinsel, das man einem Sohn der Hashemitenfamilie mehr aus Verlegenheit und weil er gerade in Akaba war, als sein Bruder aus Damaskus von den Franzosen vertrieben wurde, überliess, um die Familie für den Verlust der allarabischen Krone zu entschädigen. In seinem besiedelten Teil im äußersten Nordwesten ein schmales Anhängsel an Palästina und Syrien, von den Briten wohl immer nur als Garnison ihrer Eingreiftruppe, der famosen Arab Legion aus Beduinenkriegern und britischen Kolonialoffizieren gedacht und mit einer fast ausschliesslich vom britischen Schatzkanzler finanzierten Verwaltung, wurde dieser Staat nicht lebensfähiger, als man ihn um das Bergland von Palästina, abgeschnitten vom Meer und den fruchtbarsten Gebieten, mit einer vorwiegend bäuerlichen Bevölkerung und 800 000 Flüchtlingen erweiterte. Die ökonomische Ausgangssituation des neuen Gebildes war katastrophal. Jordanien verfügt über keine Bodenschätze ausser Phosphat am Toten Meer, mit dessen systematischer Ausbeutung man erst in den 60er Jahren begann. Nur 1/10 des Landes ist kultivierbar.

Nicht nur der Staatsapparat, dessen Ausgaben regelmäßig zu 50 bis 60 % vom Ausland finanziert werden, sondern das ganze Land lebt von den finanziellen Zuschüssen, vor allem internationaler Organisationen (UNO) und der imperialistischen Länder. Die Unterstützung der UN-Flüchtlingsorganisation UNWRA, die sowieso nur ca. 30% der Bedürftigen erreicht (29), kann zwar selbst die Rationenempfänger nicht ernähren, und 1961 waren nur 23% der Bevölkerung (5% der Frauen) ökonomisch aktiv (30) und von diesen wahrscheinlich ca. 20% arbeitslos (31). Dennoch kommt das von außen in das Land fließende Geld vor allem Palästinensern zugute. Wegen des fast ausschließlich bäuerlichen und nomadischen Charakters der ostjordanischen Bevölkerung wurden bei der Erweiterung der unteren und mittleren Verwaltung nach 1949 so gut wie ausschließlich Palästinenser aufgenommen, ebenso wie bei der Verwaltung und im ausgedehnten Ausbildungswesen der UNWRA. Viele Flüchtlinge ließen sich als kleine Handwerker und kleine Händler nieder. Gerade die Abhängigkeit des künstlichen Staatsgebildes Jordanien von außen stärkte bestimmte Gruppen des palästinensischen Bürgertums. Während die kleine, meist handwerklich betriebene Industrie (Durchschnittgröße 5.4 Beschäftigte, 90% der Betriebe weniger als 10 Beschäftigte) sich nur relativ langsam entwickelte und der Zuwachs in der Industrieproduktion vor allem den wenigen, mit starker Beteiligung des Staates arbeitenden Betrieben (Phosphor, Erdölraffinerie, Zement, Zigaretten) zuzuschreiben ist, sind doch die exportorientierten kapitalistisch betriebenen Zweige der Landwirtschaft in Westjordanien und im Jordantal, sowie bestimmte Sektoren des Dienstleistungssektors in den 50er und 60er Jahren gewachsen. So erbrachte 1967 der Handel (8% der ökonomisch aktiven Bevölkerung) einen ebenso hohen Anteil am Bruttosozialprodukt wie die Landwirtschaft (35% der ökonomisch aktiven Bevölkerung) und einen mehr als doppelt so großen wie Handwerk und Industrie (10% der ökonomisch aktiven Bevölkerung). Der hohe Anteil von Konsumgütern (40%) aus den europäischen Staaten an den Importen (5 mal so hoch wie die Exporte) zeigt den wachsenden Wohlstand des städtischen Mittelstandes, von dem sowohl die Bewohner der Flüchtlingslager, als auch die armen Bauern und Landarbeiter ausgeschlossen sind (32). 71% der landbesitzenden Bauern besaßen 1961 weniger als 10 ha, und 30-40% der aktiven bäuerlichen Bevölkerung ist ohne Land. Die auf dem Lande politisch und wirtschaftlich führende Gruppe war die mit einem Grundbesitz von 10-100 ha (28,3%), die auch den größten Anteil an den Exporten stellte. (32a) Das Eindringen zahlreicher Palästinenser in die Verwaltung und der Wohlstand, den die palästinensische Bourgeoisie in Jordanien genoß, führte nicht dazu, daß die transjordanische Oligarchie in den Jahren 1949 bis 67 ihre Basis über Großgrundbesitzer und einige Kapitalisten der größeren Industrie hinaus im palästinensischen Volk verbreitern konnte. Im Gegenteil, die Widersprüche zwischen der Oligarchie und allen Klassen des palästinensischen Volkes (außer Großgrundbesitzern und Kompradoren) war so heftig, daß die parlamentarische Verfassung Jordaniens kaum arbeiten konnte.

In den Jahren 1951, 1953, 1956, 1957, 1958, 1963, 1966 und im Januar und Februar 1967, um nur die wichtigsten zu nennen, erlebte Jordanien Krisen, in denen die Existenz des Staates überhaupt auf dem Spiele stand. Auslösendes Moment war entweder ein Konflikt zwischen dem von Palästinensern und nationalistischen Parteien beherrschten Parlament und der Regierung über die finanzielle oder politische Abhängigkeit des Regimes von Großbritannien oder den USA, z.B. in der Frage des Anschlusses an den Bagdad-Pakt 1953 oder den CENTO-Pakt 1958, oder der Versuch der Nationalisten, Jordanien an die nationalistischen Regimes der Nachbarstaaten anzuschließen.
In jedem der Konflikte stand die Existenz des Staates auf dem Spiel, keine der Krisen brachte aber eine Entscheidung. Die Machtbasis des Königs war solide und nicht zu spalten, außerdem standen hinter ihm die Westmächte und die arabischen Monarchien. Ebensowenig löste sich das Klassenbündnis zwischen Bourgeoisie, Intellektuellen und Kleinbürgern und den Arbeiter-, Bauern-und Flüchtlingsmassen auf palästinensischer Seite auf. Es zeigte aber auch keine Veränderungen, die eine Stärkung und bessere Organisation der Palästinenser erkennen ließen. Die Massenbewegung war zwar kampfbereit, die Initiative aber lag bei den Gruppen, die im Parlament

29) vgl. Goichon a.a.O., S.309
30) The Hashemite Kingdom of Jordan-Department of Statistics, Some Economic Indicators 2, the Jordan Economy, December 1968 S.1
31) Statistische Bundesamt, Länderkurzberichte : Jordanien, Wiesbaden 1967 S.5
32) Alle Angaben nach : Some Economic Indicators, a.aO
32a) H. et P. Willemart, Dossier du Moyen Orient Arabe, Géographie, économie, politique, s.l. (Marabout université)1969 S.139

um die Macht rangen. Sie stagnierte, und trotz der Polarisierung aller Gruppen und Klassen gab es keine revolutionäre Situation. "Wir leben in einem demokratischen Land," hat ein jordanischer Funktionär A. M. Goichon erklärt, "wir wollen das Volk an der Regierung teilnehmen lassen. Wenn es revoltiert, nimmt es ja daran teil, da es Minister stürzt und verhindert, daß die geplanten Entscheidungen getroffen werden." (33)

In den fast 2ojährigen politischen Kämpfen vor dem Juni-Krieg zwischen den Palästinensern unter Führung der mittleren und kleinen Bourgeoisie, die ihre Position innerhalb des jordanischen Staates, vor allem nach dem Aufschwung der nationalen Bewegung nach 1956, konsolidierte und die darüberhinaus von den amerikanischen Plänen, proimperialistische Regimes im Nahen Osten nach der Gründung der VAR 1958 wirtschaftlich zu stützen (Eisenhower-Doktrin), profitierte, und der reaktionären Clique an der Spitze des Staates, schien das Motiv zu dominieren, das seit der Errichtung der imperialistischen Herrschaft die arabische nationale Bewegung bestimmt: die Auseinandersetzung zwischen den regionalistischen Sonderinteressen der herrschenden Cliquen im Solde des Imperialismus und dem Streben der nationalen Befreiungsbewegungen nach arabischer, nationaler Einheit.

Es ist gezeigt worden, daß in verschiedenen Epochen die Parole der nationalen arabischen Einheit einen unterschiedlichen Inhalt hatte, je nach den Klasseninteressen der Gruppen, die diese Parole vertreten haben. Auch in das heterogene Klassenbündnis, der palästinensischen Bewegung der 5Oer und 6Oer Jahre gingen unterschiedliche Interessen ein, deren Auswirkungen für die Entwicklung nach 1967 wichtig sind. Für die in den Lagern lebenden Flüchtlingsmassen bäuerlicher, proletarischer oder kleinbürgerlicher Herkunft waren der jordanische Staat und die Briten, die offensichtlich die eigentlichen Träger der Macht waren - bis 1956 war der Oberkommandierende der jordanischen Armee Glubb "Pascha", ein Engländer -, Komplizen und Nutznießer ihrer Vertreibung, deren Verhandlungen mit den Israelis, der Waffenstillstand und die Überwachung der Grenzen eine Rückkehr unmöglich zu machen schienen. Der jordanische Staat war für sie darüberhinaus das Instrument der politischen und sozialen Unterdrückung und der Verewigung ihres Lagerlebens am Rande des Hungertods. Nach wie vor gaben die alten Großgrundbesitzer und Würdenträger politisch den Ton an, die jordanische Polizei beherrschte die Flüchtlingslager, Gewerkschaften - außer kleinen lizensierten Gruppen - waren verboten, ebenso andere progressive Organisationen, darunter die KP (34). Die blutige Repression der Massenbewegung der 5Oer Jahre durch die Armee kostete hunderte von Toten aus den unteren Klassen.

Der Anschluß an die nationale Bewegung der Nachbarstaaten, vor allem nach der Nationalisierung des Suez-Kanals 1956 und der Gründung der Vereinigten Arabischen Republik 1958, hatte für die palästinensischen Volksmassen die konkrete Bedeutung, daß die Briten und später die USA verjagt und die Diktatur der Clique um den König abgeschafft wurde. Die Einheit mit den anderen arabischen Völkern würde auch den Sieg der arabischen Armeen über Israel bringen, den die Zwietracht der Regime 1949 verhindert hatte. Die palästinensischen Massen vertrauten auf die Führung der nationalen Bewegung und blieben ohne politische Initiative. In allen Krisen des Regimes antworteten sie mit ihren Massendemonstrationen lediglich auf die Maßnahmen der Regierung. Im "Nasserismus" der palästinensischen Massen vor dem Junikrieg lag die Hoffnung auf die nationale und soziale Erlösung durch den Vereiniger der arabischen Nation.

In dieser Orientierung an den nationalistischen Diktaturen der Nachbarstaaten nach der Suez-Krise bildeten die palästinensischen unterdrückten Massen eine politische Einheit mit den verschiedenen kleinbürgerlichen Gruppierungen von Teilen der Intelligenz, der Verwaltungskader, einer Reihe von palästinensischen Offizieren, Handwerkern und kleinen Geschäftsleuten - die in den Schwesterparteien von Organisationen in den Nachbarstaaten organisiert waren und sich von der militärischen Stärke der vereinten Araber den Sieg über Israel versprachen. Auch sie blieben passive Anhänger der Führer anderer Staaten. Es gab in Jordanien ebensowenig wie in einem anderen arabischen Land eine kommunistische Partei, die die Führung in der nationalen Bewegung hätte übernehmen und den schwankenden, selber weiter regionalistischen Interessen folgenden Kurs der nationalistischen Führer hätte kritisieren können. Die jordanische KP war durch die Haltung der Sowjetunion in der Israelfrage schwer kompromittiert und trieb eine Politik des bedingungslosen Klassenbündnisses.

Die politische Führung lag bei der Bourgeoisie. Auch ihre Haltung zur Bewegung war sicher von der politisch-nationalistischen Motivation beeinflusst, zumal sie selber den kleinbürgerlichen Schichten noch sehr nahe stand. Ihre besonderen Interessen galt der Abschaffung der Schranken, die der jordanische Staat ihre ökonomischen Entfaltung setzte. Innenpolitisch setzte sich die Bourgeosie daher für Reformen der Verwaltungsstrukturen ein, aussenpolitisch suchte sie Anschluß an den Markt, den die arabischen Vereinigungsbestrebungen bringen sollten, und versuchte, die politischen Bedingungen abzuwehren, die die westlichen Länder an ihre finanziellen Zuwendungen knüpften. Die westliche Hilfe galt trotz ihres Umfangs im wesentlichen der Erhaltung des Machtapparates der Monarchie, die dadurch relativ unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes war. Die Kredite für landwirtschaftliche oder industrielle Entwicklung, die von den Westmächten trotz der prinzipiellen Bedenken der Weltbank (35) gegeben wurden, waren vielfach mit den Plänen der Westmächte zur Bildung eines Gürtels von abhängigen Staaten

33) Goichon, a.a.O S. 376

34) vgl. Harris, a.a.O. S. 78 ff und S. 130 ff

35) vgl. Willemart a.a.O., S. 114

verbunden, die als Spaltungsversuche der arabischen Welt auch für die palästinensische Bourgeoisie nicht tragbar waren. Im Lande selber wurden die Versuche, eine langfristige Entwicklungsplanung einzuführen, durch die reaktionäre und unfähige Spitze der meisten Regierungen erschwert (36).

Der "Nasserismus" der palästinensischen Bourgeosie in den 50er und 60er Jahren strebte die Vereinigung mit den herrschenden Klassen der anderen arabischen Staaten an. Er bekämpfte das jordanische Regime, weil es durch seine Existenz als Filiale des Imperialismus die politische Emanzipation und die ökonomische Weiterentwicklung der palästinensischen Bourgeoisie im Rahmen vereinigter arabischer Staaten erschwerte. Auch der wachsende Wohlstand dieser Bourgeoisie konnte den Widerspruch zwischen ihr und dem Regime nicht auflösen. Ebensowenig aber konnte und wollte sie der Massenbewegung gestatten, mehr zu sein als eine Stütze der bürgerlichen Politik.

Die Krisen des Regimes brachten keine Entscheidungen. Ein Putschversuch nationalistischer Offiziere (1957) führte ebensowenig zum Sturz der Monarchie wie das anschließende direkte Eingreifen Syriens und Ägyptens oder die Massenerhebungen aus Anlaß der Bildung der Vereinigten Arabischen Republik, die den haschemitischen König im Irak stürzten. 1958 griffen britische Truppen direkt ein, in den anderen Krisen drohten die USA erfolgreich mit einer Intervention. Die imperialistischen Mächte bekundeten ihr Interesse an einem Regime, das die antiimperialistischen palästinensischen Flüchtlingsmassen im Zaum hält und die Ostgrenze Israels vor dem arabischen Nationalismus schützt.

Ein wichtigerer Grund für die Stabilität der Monarchie in Jordanien als die Garantien der Westmächte liegt aber in der Struktur des Regimes selber. Der Sturz der reaktionären Regime in Ägypten, Syrien und dem Irak war keineswegs allein das Werk progressiver Offiziere mit Unterstützung der revolutionären Volksmassen. Im Gegenteil: Die "freien "Offiziere übernahmen 1952 die Macht mit Billigung der USA, um den Kapitalismus in Ägypten vor der demokratischen Bewegung nach dem Palästinakrieg zu schützen (37), und in Syrien und im Irak waren Gruppen der traditionellen Bourgeoisie selber an den Putschs beteiligt.

In Jordanien verhinderte die Polarisierung zwischen der Monarchie und der Clique, auf die sie sich stützte, und den Palästinensern von vorneherein ein solches Bündnis. Das Regime versuchte zwar immer wieder die Bourgeoisie für sich zu gewinnen. Die Verfassung, Legitimation von Annexion und Diktatur nach innen und nach aussen, wurde eingehalten und immer neue Parlamente nach jeder Auflösung gewählt, die immer wieder nationalistische Mehrheiten hatten. Man versuchte, Nabulsi und andere Führer der Bourgeoisie an der Regierung zu beteiligen, doch nie konnte die halbfeudale und Kompradorenclique es wagen, sich gegen westliche Interessen oder gegen den König selber zu stellen.

Jordanien existierte als Staat durch den Willen der Westmächte und die Loyalität einer Minderheit seiner Bevölkerung gegenüber dem König als obersten tribalen Führer. Der Sturz des Königs oder der Versuch einer Politik des Anschlusses an die nationalistischen Staaten bringt notwendig die Auflösung des Staates Jordanien und damit die endgültige Entmachtung machtung der traditionellen Oberklasse als ganzer durch die arabische Bourgeoisie mit sich. Die herrschende Oligarchie in Jordanien konnte sich weder in ihrer Treue zum Westen noch in ihrer Ergebenheit gegenüber dem König die leiseste Schwankung leisten. Mit der Monarchie und der Existenz Jordaniens als selbstständigen Staat verteidigte sie ihre Existenz als Klasse. Da die palästinensische Bourgeoisie nicht in der Lage war, den König zu stürzen, und da die Fixierung auf die Führer anderer arabischer Staaten die revolutionäre Organisation der Massen verhinderte, war das wichtigste Ergebnis der häufigen Krisen des jordanischen Staates, dass der direkte Einfluss der arabischen nationalistischen Regimes in den palästinensischen Massen wuchs und zu einem bestimmenden Faktor der Politik in Jordanien wurde.

Nachdem 1963 ein Versuch, Jordanien an eine neue, überstaatliche Vereinigung anzuschließen, mit Gewalt verhindert worden war, bot der sich wieder verschärfende Konflikt mit Israel die Gelegenheit, eine von den nationalistischen Staaten abhängige "nationale Vertretung" der Palästinenser zu schaffen. Auf der arabischen Gipfelkonferenz im September 1964 in Kairo wurde die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO gegründet und ein Jahr später die Palästinensische Befreiungsarmee PLA.

Damit wurde zwar nominell das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung zum ersten Mal seit 1948 wieder anerkannt, in Wirklichkeit jedoch lediglich ein Organ der nationalistischen Staaten unter der Bevölkerung Jordaniens geschaffen. Die PLA wurde dem Oberkommando der Länder unterstellt, auf deren Boden sie standen, und die Honoratiorenkongresse, die unter Vorsitz von Ahmed Schukeyry als "Palästinensische Nationalversammlungen" tagten, konnten keinerlei selbständige Politik machen. Sie waren lediglich Ausdruck der Abhängigkeit in die sich Teile der palästinensischen Bourgeoisie von den arabischen Staaten gebracht hatten (38). Ein Versuch der PLO, auf jordanischem Boden militärischen und politischen Spielraum in der Organisation der Palästinenser zu gewinnen, scheiterte Anfang August 1967 an den massiven Interventionsdrohungen der US-Armee. Kurz vor Ausbruch des Juni-Krieges schlossen Hussein von Jordanien und die arabischen Nationalisten miteinander Frieden

Ägypten und Syrien nach dem Junikrieg

Der Frieden, den Hussein und Nasser kurz vor dem Junikrieg schlossen, um die Verteidigung gegen den gemein-

36) ebenda, S. 140 ; Jacques Couland, Israel et le Proche Orient arabe, Paris (Editions sociales) 1969, S. 127

37) vgl. Hussein, a.a.O., S. 127 ff

38) Zu den palästinensischen Nationalversammlungen vgl. Al Djabha Nr. 2, HD 1969

samen Feind zu organisieren, hielt auch nach der Niederlage an.

Israel hatte den Krieg geführt, um seine territoriale Basis zu erweitern und um die Anerkennung durch die arabischen Staaten, d.h. die Öffnung ihrer Grenzen für den israelischen Kapitalismus zu erzielen. Die Verhandlungen über den Frieden wurden nach dem Krieg vor allem von den USA und der Sowjetunion geführt, die jeweils als Schutzmächte einer der Parteien auftraten. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wurde in der UN-Sicherheitsratsresolution vom 22. November 1967 niedergelegt. Israel lehnt diese Resolution faktisch ab, weil sie zwar die Anerkennung bedeutet, zugleich aber den Verzicht auf wichtige territoriale Eroberungen, die die relative Autonomie gegenüber der imperialistischen Großmächten , an der der Zionismus als Kolonialmacht "in its own right" (38a) interessiert ist, vergrößern würden.

Ägypten und Jordanien nahmen die Resolution an. Das bedeutet, daß Ägypten darauf verzichtet, den jordanischen Staat anzugreifen wie bis 1967, da die Resolution die Existenz aller Staaten im Nahen Osten garantiert. Syrien hat bisher die UN-Resolution nicht angenommen, betreibt aber ebenfalls keine Politik mehr, die die Existenz des Staates Jordanien direkt gefährdet.

Die israelische Expansion von 1967 schuf eine Einheitsfront aller arabischen Staaten, in der die Konflikte zwischen den bürgerlich-nationalistischen Staaten und den reaktionären Marionetten-Regimes suspendiert wurden. Wie 1949 diente die israelische Aggression dazu , die regionalistische Zersplitterung, die die imperialistische Herrschaft in der arabischen Welt hervorgebracht hatte, zu festigen.

Weil der Junikrieg wiederum, zumindest in der Frage der Besetzung Westjordaniens, ein Konflikt zwischen proimperialistischen Staaten war, konnte die Einheitsfront aller arabischen Staaten, unabhängig von ihrem Verhältnis zu den imperialistischen Großmächten, gegen den jüdischen Staat legitimiert werden. Ihr Ziel war zwar die " Beseitigung der Folgen der Aggression", soweit sie die territoriale Ausdehnung des Zionismus betrafen, sie sanktionierte aber zugleich die Niederlage des kleinbürgerlichen arabischen Nationalismus und die Durchsetzung der beiden "primären Interessen des Imperialismus -nämlich erstens: das Systemssicherungsinteresse der Gesamtbourgeoisie, hier sich explizit als militärisch-strategiches Interesse ausdrückend " (vor allem durch die Erhaltung des zionistischen Staates und Jordaniens), "und zweitens : das Interesse der extraktiven Monopole, hier der Erdöl monopole, an ihrem pfündigsten und profitträchtigsten Gebiet" (39) (durch Stärkung der Positionen der Erdölmonarchien nach dem Junikrieg).

Die relative Schwächung vor allem der ägyptischen Position unter den arabischen Staaten als Folge des Junikrieges spiegelt sich in den Resultaten der arabischen Gipfelkonferenz in Karthum im August 1967 . Waren die arabischen Gipfelkonferenzen bis zum Junikrieg vor allem Instrumente der ägyptischen Politik gewesen, auf denen die Pläne zur arabischen Einheit unter ägyptischer Hegemonie betrieben wurden, setzen sich auf der Konferenz von Karthum die reaktionären arabischen Staaten, an erster Stelle Saudi-Arabien als Verbündeter der USA und als indirekter Gewinner des Junikrieges durch. Die Ölmonarchien unterstützen die Ökonomie Jordaniens wie auch Ägyptens mit jeweils ca. 100 Mio englischen Pfund jährlich und erlangen dafür die Einstellung der bewaffneten (Yemen) und propagandistischen (Saudi-Arabien, Kuwait etc.) Intervention Ägytens auf der arabischen Halbinsel. Obwohl die Konferenz an den Prinzipien festzuhalten schien , die bis dahin das Verhalten der arabischen Regierungen gegenüber Israel bestimmt hatten - keine Anerkennung, keine direkten Verhandlungen, Rückgabe aller besetzten Gebieten- schuf der Verzicht der nationalistischen Staaten, sich in die "inneren Angelegenheiten" der proimperialistischen Staaten "einzumischen", die Voraussetzungen für eine Einigung zwischen der SU und den USA auf der Basis der "friedlichen Lösung", wie sie die UN-Resolution vom 22. November 1967 forderte. Denn eines der wichtigsten Ergebnissen des Junikrieges war die Konsolidierung des sowjetischen Einflußes im Nahen Osten durch die militärische Schwächung Ägyptens und Syriens, der im Sinne des US-Imperialismus durch den Angriff auf Syrien und Ägypten gerade hätte gebrochen werden sollen, und die daraus folgende Notwendigkeit für beide Weltmächte, ihre Einflußsphäre gegenseitig zu garantieren,. Zum amerikanischen Interessengebiet, das zu respektieren Ägypten und auch Syrien durch die sowjetische Koexistenzpolitik gezwungen wurden, gehören aber Jordanien und die arabische Halbinsel ebenso wie Israel.

Innenpolitisch kommt dem sowjetischen Wunsch, den Frieden mit Israel und den USA im Nahen Osten zu machen, das Interesse der nationalistischen Regimes daran entgegen, nach der Juni Niederlage sich ihrerseits mit den imperialistischen Mächten zu versöhnen und sich von der wachsenden Abhängigkeit von der Sowjetunion wieder zu lösen, die durch die Verluste im Junikrieg und die fortwährende bewaffnete Auseinandersetzung mit Israel am Suezkanal fast total geworden ist. Diese Abhängigkeit reflektiert die Unfähigkeit der "Staatsbougeoisie", das von ihr mit Hilfe der sich ständig aufblähenden Staats- und Verwaltungsbürokratie geplante Industrialisierungsprogramm anders als durch wachsende Verschuldung und technische Abhängigkeit vom Ausland zu bewältigen, und damit das Problem der ursprünglichen Akkumulation zu lösen.
Seit der ersten Hälfte der 60er Jahre ist in Ägypten zu beobachten, wie der Staatskapitalismus, der die wichtigste Waffe gegen die traditionellen Oberklassen war, mehr und mehr zur Quelle für private Bereicherungen wird. Mahmud Hussein hat gezeigt, wie die Staatsbourgeoisie,

38a) Trabulsi a.a.O., S.57
39) Gerd Steffens, Friedliche Lösung und blutige Liquidierung- Zur Funktion des Rogers-Plans in :Neues Rotes Forum, Nr.1/70, S.4

die ursprünglich im wesentlichen aus Offiziers-und Verwaltungskadern kleinbürgerlicher Herkunft hervorgegangen ist, immer mehr die Züge der alten Kompradoren-Bourgeoisie annimmt(40).

Solange der Kriegszustand mit Israel andauert, ist die ägyptische herrschende Klasse der Gefangene sowohl der sowjetischen Politik, deren Macht sich gerade aus der Bedrohung Ägyptens durch die imperialistischen Mächte speist, als auch der antiimperialistischen Massenbewegung, die 1952 die Macht ergreifung der "freien Offiziere" erzwungen hat und die 1967 den Rücktritt Nassers und die Kapitulation durch Muhiedin in Massendemonstrationen verhinderte. Die antiimperialistischen ägyptischen Massen der armen und landlosen Bauern, der besitzlosen Massen der Städte und des Industrieproletariats waren in den 50er und 60er Jahren die wichtigsten Verbündeten der Staatsbougeoisie bei der Entmachtung der traditionellen Bourgeoisie, sie waren durch die Vertreibung der Engländer und die Nationalisierung des Suezkanals tief mit dem nasseristischen Regime verbunden. Die Demonstrationen nach dem Junikrieg, ja selbst die Demonstrationen bei Nassers Tod mit ihren vor allem antiimperialistischen und antizionistischen Slogans, zeigen aber, das das Regime nur so lange einer Unterstützung in den Volksmassen sicher sein kann, wie es selbst als der Träger des Widerstandes geltenkann.

Das nasseristische Regime hatte nach dem Junikrieg 3 Hauptinteressen :

1. Die von Israel besetzten Gebiete wieder zuerhalten und die fortdauernde militärische Bedrohung durch Israel abzuwenden

2. Frieden mit den imperialistischen Mächten und Israel zu schließen, um sich wieder ungehindert an den imperialistischen Weltmarkt anzuschließen und

3. Die antiimperialistischen Bewegung der Volksmassen, die langfristig die Herrschaft der neuen Bourgeoisie und den Kapitalismus in Ägypten hedrohte, zu kontrollieren und einzudämmen.

Weil Israel sich weigerte, die besetzten Gebiete und den Suez-Kanal freizugeben, mußte Ägypten trotz seiner Versöhungsabsichten wieder aufrüsten, und zwar so, daß Israel gezwungen werden konnte, einen Frieden zu akzeptieren, der für die ägyptische Bourgeoisie annehmbar war und der dem Volk als Niederlage des Imperialismus erscheinen konnte. Der Klassencharakter der Staatsbourgeoisie, deren Macht in der Verfügung über die Apparate von Armee und Staat liegt, und das Interesse daran, dem Imperialismus lediglich Bedingungen für sein Eindringen abzutrotzen, verboten, daß die Aufrüstung Formen einer demokratischen Volksbewaffnung annahmen. Die im Junikrieg 67 geschlagene und in ihrer Führung offensichtlich unfähige Armee wurde wieder aufgerüstet und mehr noch als vor dem Krieg mit einem technischen Apparat versehen, der dem israelischen, von den USA gelieferten, aber von den Israelis beherrschten und von ihnen virtuos eingesetzten, Paroli bieten sollte. Ägypten wurde durch diese Form der Aufrüstung nicht nur im Nachschub, sondern auch in der Handhabung seiner bewaffneten Macht vollständig vom Lieferanten abhängig. Qualifikationsstrukturen und Klassenverhältnisse in der Armee verhindern nach wie vor, daß Ägypter die Waffen, die angeblich ihrer nationalen Befreiung dienen sollen, selbst bedienen.

Der unfreiwillige Antiimperialismus führt dazu, daß die Abhängigkeit der ägyptischen Bourgeoisie von der Großmacht Sowjetunion fast total wird, zugleich begibt sie sich in diese Abhängigkeit nur, um die Voraussetzungen für die Unterwerfung unter die Konkurrenten der Sowjetunion zu schaffen.
Die Schaukelpolitik, die das Kennzeichen des "positiven Neutralismus" Nassers in den 50er Jahren war, ist zum Schwanken im Dienste zweier Herren geworden, ohne andere Wahl, nach-

---

40) Nach Hassan Riad, L'Egypte Nassérienne, Paris (Ed de Minuit) 1964, S.240f.
hat das nasseristische Regime vor allem eine Funktion bei der "Liquidation des klassischen Kolonialsystems und seiner Ersetzung durch das neokoloniale System der Herrschaft der imperialistisc hen Bourgeoisie."
"Unfähig, die Vorausetzungen der Kapitalakkumulation zu schaffen, kann die Staatsbourgeoisie langfristig nur das Anhängsel der imperialistischen Bourgeoisie in der Dritten Welt werden und die ehemaligen lokalen herrschenden Klassen, die sie mehr oder weniger brutal entmachtet hat, in ihrer Rolle als Vermittler, als lokaler Agent des Imperialismus ersetzen."
Die Auslandsschulden Ägyptens betrugen am 31.12.68 mindestens 2,5 Milliarden Dollar, die Schuldentilgung verbraucht 1970 ca. 30% aller Deviseneinnahmen (vgl. Pierre Simonnot, in: Le Monde 4/5. Oktober 1970,)
vgl. auch folgende Statistik:
Wachstum des Verbrauchs von Konsumgütern in Ägypten 1960 - 1965:

Luxus - Waren	
Kühlschränke	+ 215,5 %
Waschmaschinen	390,1 %
Klimaanlagen	1543,0 %
Gaskochöfen	117,0 %
Radio	652,0 %
Notwendige Lebensmittel u.a.	
Getreide	29 %
Mais	40 %
Bohnen	35 %
Textilien	26 %
Schuhe	60 %

1966/67 gingen in die sozialistischen Länder 50,3% der ägyptischen Exporte, während von dort 28,6 % der Importe kamen. In westliche Länder gingen 26,8% der Exporte und kamen von dort her 51,6 % der Importe. (M.S. Odeh, Die arabische Linke, Ms., Heidelberg 1970)
Die Sowjetunion wird sich nicht lange in Ägypten halten können.

dem das "Machtvakuum", das durch die Schwierigkeiten in der Einführung neokolonialer Methoden durch die USA und das erste Vordringen der Sowjetunion entstanden war, wieder gefüllt ist.

Den Ruf der Volksmassen nach Waffen und nach Intensivierung des Kampfes gegen den Imperialismus, beantwortete das Regime vor allem mit der Unterstützung der palästinensischen Widerstandsbewegung, soweit sie von jordanischem und libanesischem Boden aus kämpfte. Neben der Kanalisierung der Massenbewegung, die nicht demobilisiert werden kann, solange die militärische Bedrohung durch den Zionismus besteht, hat diese Unterstützung den Vorteil, den militärischen Druck auf Israel zur Herbeiführung der friedlichen Lösung zu verstärken, und nicht zuletzt erlaubt sie, trotz des Stillhalteabkommens von Khartum einen direkten Einfluß im haschemitischen Königreich zu behalten. Erst als in der palästinensischen Widerstandsbewegung die Kräfte stärker wurden, die nicht nur gegen den Zionismus kämpfen, sondern zugleich die Basen des Imperialismus in den arabischen Ländern angreifen wollen, und dadurch das für alle Seiten so vorteilhafte Kräftegleichgewicht nach dem Junikrieg gefährden, einigen sich die arabischen Staaten und die Großmächte darauf, Israel zum Frieden zu zwingen, um die Widerstandsbewegung im Sinne der arabischen Staaten überflüssig zu machen. Der Sowjetunion wird erlaubt, am Suezkanal Luftabwehrraketen in einem Umfang aufzustellen, der die israelische Luftüberlegenheit über Ägypten gefährdet und Israel so zu Verhandlungen zumindest über die Sinai-Halbinsel und einen Frieden mit Ägypten zwingt. Die Veröffentlichung des Rogers-Plans bezeichnete das Ende dieser Vorbereitungen und gab das Signal für die Ausschaltung der Widerstandsbewegung, der Ägypten vor der Verkündung dieses Plans im Februar und im Juni 1970 nicht zustimmen konnte. Israel gelang es noch einmal, die Einigung auf Kosten seiner Eroberungen in Ägypten zu verhindern, indem es sich einfach weigerte, vor den sowjetischen Raketen durch Anerkennung ihrer technischen Überlegenheit politisch zu kapitulieren, und weil die Amerkaner es sich offensichtlich nicht leisten können, ihren wichtigsten Schützling in diesem Raum offen zu desavouieren, wenn er einen Willen hat. Nasser konnte deshalb seinen Verbündeten Hussein bei dem Liquidierungsversuch der Widerstandsbewegung im September 1970 nicht unterstützen und bekam so Gelegenheit, sein Leben als Retter der Widerstandsbewegung zu beschließen. Hussein hat im Gegensatz zu Nasser noch vor dem Friedensschluß mit Israel Interesse an der Liquidierung der Widerstandsbewegung. Sie kann diesen Frieden unmöglich machen, mindestens aber die Verhandlungsposition Husseins schwächen.

Das syrische Regime unterliegt dem gleichen Zwang, die israelische Aggression zurückzudrängen und zugleich die "friedliche Lösung" anzustreben, die den israelischen Kapitalismus und die eigene, zunächst staatskapitalistische Entwicklung schützt. Eine Reihe von Faktoren tragen aber dazu bei, daß die syrische Baath bisher die friedliche Lösung nicht offiziell akzeptiert hat, und die palästinensische Widerstandsbewegung direkt durch eigene, relativ starke Einheiten unterstützt, wenn diese auch kaum von syrischem Boden aus operieren. Dazu zählt, daß die heute regierende Baath-Partei erst 1963 die reaktionären Gruppen entmachten konnte, die 1961 die Vereinigung mit Ägypten rückgängig gemacht hatten, und daß erst mit der Machtübernahme durch die "linke" Baath-Partei 1966 Syrien in die Phase der Konsolidierung der nationalistischen Bourgeoisie mit Hilfe von Verstaatlichungen und forcierter Landreform eingetreten ist. In dieser Phase müssen die "progressiven" Kader innerhalb der Baath-Partei umso mehr Unterstützung durch die antiimperialistische Massenbewegung suchen, als die rechte Baath, die eng mit der Agrarbourgeoisie und dem Handelskapital verbunden ist, im Irak an der Macht ist und von dort aus, ähnlich wie übrigens Saudi-Arabien, zum Krieg gegen Israel aufruft und dadurch die Regimes in Verlegenheit bringt, die diesen Krieg führen müssten, aber nicht führen wollen (41).

Die Spaltung des palästinensischen Volkes durch den Juni-Krieg.

Für das palästinensische Volk in Jordanien bedeutete die Besetzung des Restes von Palästina durch Israel und die Festigung der Macht der Haschemiten durch internationale Garantien in Ost-Jordanien zunächst eine neue Spaltung: Ein weiterer Teil des palästinensischen Volkes gerät unter direkte zionistische Herrschaft (42) und nimmt seither eine eigene gesellschaftliche Entwicklung. Im Gegensatz zum palästinensischen Volk im Exil, in dem neue Klassen und Organisationen die Führung der nationalen Bewegung übernehmen, bleiben in den 1967 von Israel besetzten Gebieten die Klassenverhältnisse fast unverändert erhalten. Die direkte nationale Unterdrükkung durch den Zionismus stellt, wie vor 1948, den Widerspruch zwischen den zionistischen Kolonisatoren und allen Klassen des palästinensischen Volkes wieder her, weil auch die traditionellen Oberklassen nun um die Erhaltung ihrer Privilegien fürchten müssen. Sie fordern daher mindestens die Herstellung einer relativen Autonomie im Rahmen von Eretz Israel oder sogar den Wiederanschluß an das haschemitische Königreich. Die traditionellen Oberklassen in den besetzten Gebieten versuchen nach dem Junikrieg, die Führung in der nationalen palästinensischen Bewegung wieder zu übernehmen, die sie 1948 aufgegeben hatten.

Dem kommt die "liberale" israelische Besatzungspolitik entgegen, die, obwohl die Mehrheit in den zionistischen Apparaten sicher für eine dauerhafte Annexion des Westufers und des Gazastreifens ist, den Schein einer vorübergehenden Besatzung aufrechterhält und die administrativen und ökonomischen Verbindungen des Westufers mit Ostjordanien nicht unterbricht. Das bedeutet zunächst, daß alle jordanischen Beamten und Würdenträger weiter im Amt bleiben (soweit sie nicht zu aufsässig sind) und damit an erster Stelle die kollaborationsbereiten Notablen aus der traditionellen Bourgeoisie.

Die "liberale" Praxis der "offenen Grenzen" für den Handel zwischen beiden jordanischen Ufern dient der Erhaltung der palästinensichen Nationalbourgeoisie, "die den Handel auf dem Innenmarkt beherrscht". Ihre Interessen kollidieren langfristig mit denen des jüdischen Kapitalismus, insbesondere wenn es um den Verkauf von Konsumgütern, Obst, Gemüse etc. geht." (43), sie hat daher ein großes Interesse am Ende der zionistischen Herrschaft, kann sich aber zugleich nicht wirksam gegen die Besatzungsmacht wehren,

41) vgl. Couland, a.a.O., S.119 ff

42) Zur Lage der palästinensischen Araber in Israel vgl. Sabri Geries, Die Araber in Israel, in: Geries/Löbel, a.a.O.

weil die sie mit Grenzsperrungen, Enteignungen oder anderen ökonomischen oder politischen Repressalien jederzeit ruinieren kann. Der Nationalbourgeoisie auf den Westbanks bleibt daher nichts anderes, als auf die internationalen Verhandlungen über die Räumung der besetzten Gebiete zu hoffen. Sie bleibt auf die nationalistischen Regimes fixiert und damit auf die "friedliche Lösung". Sie hofft heute auf die Wiedervereinigung mit dem husseinischen Jordanien, um die alten Grenzen wiederherzustellen und die israelische Konkurrenz loszuwerden.

Die Widerstandsaktionen, die gegen die israelische Besatzungsmacht nach dem Junikrieg von der Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie durchgeführt wurden, zeigen deren Unfähigkeit, die Positionen der Besatzungsmacht ernsthaft zu gefährden. Es handelte sich meistens um Streiks und Generalstreiks, die oft die gesamte Ökonomie des arabischen Palästina lahmlegten. Statt aber der Besatzungsmacht zu schaden, schwächten sie Handel, Industrie und Handwerk der Araber und erleichterten das Eindringen des israelischen Kapitalismus. Die Zahl der passiven Widerstandsaktionen hat daher im Laufe der Jahre abgenommen, zumal die Besatzungsmacht ihren "Liberalismus" mit sehr wirkungsvollem Terror (Polizeimaßnahmen, Ausweisungen, Häusersprengungen) gegen die verband, die den Widerstand organisierten.

Auf dem Lande fördert Israel systematisch die exportorientierte Produktion und stärkte damit die bäuerlichen Mittelschichten. Die Auf dem Lande fördert Israel systematisch die exportorientierte Produktion und stärkte damit die bäuerlichen Schichten. Die Furcht vor Enteignungen,Häusersprengungen und die Tatsache, daß die Besatzung im wesentlichen keine zusätzlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit sich gebracht hat, hat verhindert, daß es auf dem Lande zu einem radikalen und wirksamen Widerstand gegen die Israelis gekommen ist.

Der Mechanismus, der vor 1948 die Auseinandersetzung zwischen zionistischer Siedlergemeins chaft und dem palästinensischen Volk bestimmte, ist durch die neue direkte nationale Konfrontation in den 1967 besetzten Gebieten wieder in Kraft getreten. Als die ökonomisch, politisch und militärisch weit effizienteren, bedrohen und schwächen die zionistischen Organisationen ihre Konkurrenten in den arabischen Oberklassen, verhindern aber zugleich, daß andere Klassen die Führung im antizionistischen Kampf übernehmen. Die armen Bauern, die Flüchtlinge, Arbeiter und Intellektuellen, die sich in Ost-Jordanien in Widerstandsbewegungen organisierten, konnten sich im besetzten Palästina nicht gegen die kompromißlerische Bourgeoisie, die Kapitulationsbereitschaft der palästinensischen Honoratioren und gegen die systematische, selektive Repression der Israelis, die schnell dafür sorgte, daß alle aktiven Kräfte stumm, tot, im Gefängnis oder außer Landes waren, durchsetzen. Dazu trug sicher bei, daß sich auch die Lage der armen Massen unter der israelischen Besatzung nicht wesentlich verschlechtert hat, daß vielmehr durch neue Fluchtbewegungen und durch den innerisraelischen Arbeitsmarkt der Druck der Arbeitslosigkeit schwächer wurde, trotz der scharfen Ausbeutung, der die arabischen Arbeiter in Israel unterliegen. (44) Ein weiterer wichtiger Grund für die Schwäche des Widerstandsin den besetzten Gebieten ist aber sicher das Fehlen von Kadern in der in Ostjordanien sich entwickelnden Widerstandsbewegung, die eine grundsätzliche Alternative zum bürgerlichen arabischen Nationalismus hätten zeigen können und damit den Weg der Emanzipation der unter israelischer Besatzung lebenden Palästinenser von der Vormundschaft der Bourgeoisie. Nayef Hwatmeh vertritt die Auffassung, daß die Widerstandsbewegung vor allem deshalb schwach in den besetzten Gebieten ist, weil sie es bisher nicht vermocht hat, das jordanische Regime zu stürzen oder zumindest effektiv zu bekämpfen. Die Aussicht auf eine Rückkehr unter die jordanische Polizeidiktatur sei keine Alternative zur "liberalen" israelischen Besatzung. (44a)

Trotz anfänglicher Erfolge ist die Widerstandsbewegung heute weder militärisch noch politisch in Westjordanien ausreichend verankert. Da die natürlichen Bedingungen auch eine vorübergehende militärische Arbeit ohne massenhaften Schutz durch die Bevölkerung nicht zulassen, befinden sich die Stützpunkte der palästinensischen Guerillas ausschließlich auf jordanischem und libanesischem Boden. Die Lage der Widerstandsbewegung ist besser im von Flüchtlingen übervölkerten Gaza-Streifen, aber auch dort ist der Nationalismus ihrer Mehrheit eine Gefahr für ihre Existenz. Viele der Aktionen richten sich gegen Flüchtlinge, die in Israel Arbeit suchen. Dadurch wird der Widerspruch zwischen den kurzfristigen Interessen an der Verbesserung der Lebensumstände und den langfristigen Interessen an der nationalen und sozialen Befreiung vom Zionismus verschärft, der die politische Lage der besitzlosen Massen in den besetzten Gebieten bestimmt. Die politische Macht der Israelis über die unterdrückten Palästinenser kann dadurch nur wachsen.

Die Verzweiflung, die der Tod Nassers in den besetzten Gebieten ausgelöst hat, zeigt die politische Stärke der Bourgeoisie, und wie wenig Hoffnung diese Palästinenser heute in den bewaffneten Befreiungskampf setzen. Nach dem Bürgerkrieg in Ostjordanien wird die wichtigste politische Auseinandersetzung auf dem Westufer heute zwischen den Notablen von Hebron, die für einen palästinensischen Satellitenstaat unter israelischer Hegemonie eintreten, und den Vertretern der Bourgeoisie von Nablus geführt, die eigentlich für die "friedliche Lösung" und die Wiedervereinigung mit Jordanien eintreten, aber wegen des Gemetzels im September 1970 unsicher in ihrer Loyalität gegenüber Hussein geworden sind. Sie haben deshalb mit israelischer Erlaubnis eine Reise nach Kairo unternommen, um den toten Nasser zu ehren und sich

43) Demokratische Volksbefreiungsfront für Palästina-FPDLP: Die Spontaneität der Massen und die Theorie des Volkskrieges, hg. vom SDS Heidelberg (1969), S. 44

44) Nach Angaben der zionistisch-"kommunistischen" Maki-Partei liegen die Löhne von Arbeitern aus den besetzten Gebieten bei 30%-40% der Löhne von jüdischen Arbeitern an entsprechenden Arbeitsplätzen, sie genießen außerdem kaum irgendeinen Rechtsschutz am Arbeitsplatz(nach Resistentia, Nr. 9, S. 12). Diese Bedingungen scheinen im Augenblick den Israelis noch ausreichend für einePazifizierung vor allem der bis dahin arbeitslosen Flüchtlinge in den besetzten Gebieten zu sein. vgl. die in der NZZ vom 21. 2. 70 zit. Äußerungen von Shimon Peres.

44a) Interview mit Nayef Hawatmeh, das in Al-Djabha Nr. 9 veröffentlicht wird.

mit der neuen Regierung über die einzuschlagende Strategie zu beraten.

Der israelische Sieg, die Besetzung von ganz Palästina und eine neue Fluchtbewegung verschärften die politisch-nationalen und sozialen Widersprüche zwischen der Masse der Palästinenser und dem jordanischen Regime, das die Versorgung all der neuen Flüchtlinge übernehmen mußte, die nicht schon seit 1949 von der UN-Flüchtlingsorganisation anerkannte Flüchtlinge waren (45), ohne daß die ökonomischen oder institutionellen Strukturen des Königreichs wesentlich verbessert worden wären. Zugleich war durch den Frieden der arabischen Staaten untereinander und durch das zwischen der palästinensischen Bourgeoisie und der Monarchie geschlossene Bündnis die Macht der jordanischen Oligarchie gefestigter denn je. Die arabischen Staaten hatten klargemacht, daß sie weder bereit noch fähig waren, den Zionismus zu besiegen; sie verloren damit ihren politischen Einfluß in den palästinensischen Massen, ebenso wie die jordanisch-palästinensische Bourgeoisie, die "traditionell die Verbindung herstellte, die den Kampf der Palestinänser den Interessen der arabischen Regimes unterordnete", und die daher in ihrer gegenwärtigen Position nicht über die offizielle Position dieser Regimes: die Verwirklichung der UN-Resolution zu Palästina" (46) hinausgehen kann. Sie schloß sich nach dem Junikrieg mit dem haschemitischen König zu einer "nationalen Front" zusammen, um sich für die Rückgabe der besetzten Gebiete durch die "friedliche Lösung" einzusetzen. Die Koalition aus der "National-Sozialen Partei" des bürgerlich - nationalistischen Führers Suleiman Al Nabulsi, den rechten Baathisten, der Islambruderschaft, der KP Jordaniens und der Königsfamilie hatte formell keinen langen Bestand, der Friede der bürgerlichen Nasseristen mit dem Regime hält aber noch an. Bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs im September 1970 waren sie in der Regierung vertreten und bereiteten mit der Akzeptierung des Rogersplans die Liquidierung der Widerstandsbewegung vor. Die politische Beschränkung der jordanisch-palästinensischen Bourgeoisie auf den Rahmen Jordaniens fiel ihr auch deshalb leicht, weil nach dem Junikrieg wegen der Unterstützung durch die Erdölmonarchien und dem verstärkten Zufluß an Unterstützunggeldern sowohl aus der Sowjetunion als auch den imperialistischen Ländern (47), sowie vermutlich auch durch den Zustrom neuer Flüchlingsmassen aus den besetzten Gebieten ihre wirtschaftliche Lage sich weiter verbesserte (48).

Das Entstehen der Widerstandsbewegung

Die Einheitsfront der palästinensisch-jordanischen Bourgeoisie und der arabischen Staaten mit dem reaktionären jordanischen Regime machte es unmöglich, die Widersprüche zwischen dem jordanischen Regime und den palästinensischen Massen in dem bis dahin bestehenden Rahmen zu kanalisieren, der durch die in den Konflikten zwischen den arabischen Staaten geschlossenen Kompromisse (zum Beispiel Gründung der PLO) und durch die Verfassung des jordanischen Staates gebildet wurde. Die spontane Massenbewegung, die in fast allen arabischen Staaten am Ende des Junikriegs aufflammte und die die Regierungen zwang, ihre Kapitulationsabsichten hinter radikalen Phrasen zu verstecken, konnte in Ostjordanien, dessen Bevölkerungsmehrheit nach dem Junikrieg aus Palästinensern bestand, nicht mehr durch die nationale Front eingefangen werden.

Sie schuf sich mit Hilfe von zum Teil vor dem Junikrieg entstandenen antizionistischen Kommandoorganisationen eine bewaffnete Macht, deren politischen Basis schnell alle Flüchtlingslager in Jordanien und in Libanon und die Mehrheit der (palästinensischen) Bevölkerung der jordanischen Städte umfasste. Ihr erstes Ziel war der Kampf gegen Israel, unabhängig von den unfähigen und volksfeindlichen Armeen der arabischen Staaten, in der Hoffnung auf Unterstützung durch die von Israel direkt unterdrückten Palästinenser und unter Einsatz aller menschlichen Reserven. Basis und Mitgliedschaft der bewaffneten Organisationen rekrutierten sich aus den Flüchlingen in den Flüchlingslagern, den als Landarbeitern oder kleinen Pächtern oder als Industrie- und Manufakturarbeitern arbeitenden Flüchtlingen, dem kleinen städtischen Handwerk und dem kleinen Handel sowie der Intelligenz, qualifizierten Facharbeitern, Lehrern usw. In den ersten Jahren ihres Bestehens war sie ihrem Selbstverständnis nach ausschließlich nationalistisch, auf die Befreiung des nationalen palästinensischen Territoriums von zionistischer und imperialistischer Fremdherrschaft bedacht und gegen die arabischen herrschenden Klassen nur gerichtet, soweit sie als direkte Gegner ihres bewaffneten Kampfes gelten konnten.
Als gegen die Zementierung der bestehenden staatlichen Verhältnisse durch die "friedliche Lösung" gerichtete Bewegung, die auf die politische Beteiligung der Massen und ihrer Bewaffnung beruht, leitete sie aber objektiv den Prozess der demokratischen Revolution in Jordanien ein und leistete durch die Wirkung ihres Kampfes gegen Israel die praktische Kritik der nationalistischen bürgerlichen Regimes.

Es fehlte der palästinensischen Widerstandsbewegung in ihren ersten Jahren eine revolutionäre Avantgarde, die die Lehren der erfolgreichen antiimperialistischen Revolutionen in Rußland, China, Korea und Vietnam, auf die sich die ganze Bewegung als antiimperialistische beruft, konsequent hätte anwenden können. Die jordanische KP stand durch ihre Tradition und durch ihre internationalen Bündnisverpflichtungen auf der Seite der Kapitulanten; die Gruppen, die in den Jahren 1969/1970 begonnen haben, den Kampf um die nationale Befreiung mit der Perspektive der sozialen Revolution zu führen, waren 1967 winzige Sekten oder noch in der Ideologie des "arabischen Sozialismus" als einer Spielart des kleinbürgerlichen Nationalismus befangen.
Die "Nationale Befreiungsbewegung für Palästina" Al-Fath", die an der Stelle der Parteien der jordanisch-palästinensischen Bourgeoisie die Führung in der nationalen palästinen-

45) Gérard Chaliand, La résistance Palestinienne, Paris (Seuil), 1970, S. 47. Insgesamt kamen nach dem Junikrieg ca. 408000 zusätzliche Flüchtlinge nach Ostjordanien (Willemart, a. a. O., S. 342)

46) Trabulsi, a. a. O., S. 90

47) vgl. Couland, a.a.O., S. 127 und NZZ, 16.8.70

48) vgl. NZZ, a.a.O

sischen Bewegung übernahm, bestand in ihrem Kern aus Intellektuellen und technischen und administrativen Fachkräften, deren Existenzmöglichkeiten in Jordanien sich durch die territoriale israelische Expansion, die politisch-ökonomische Verfassung Jordaniens und die Kapitulationsbereitschaft der arabischen Staaten verschlechtert hatten. Sie versuchte, das Versagen des arabischen Nationalismus mit einem militärisch-politischen Programm zu beantworten, das die Befreiung Palästinas durch die Palästinenser propagierte, das zugleich aber einen aussichtslosen Kampf mit den arabischen nationalistischen Staaten und der jordanischen Monarchie vermied. Ende der fünfziger Jahre unter palästinensischen Intellektuellen aus dem Gaza-Streifen an der Kairoer Universität und in Kuwait entstanden, kritisierte Al-Fath vor allem nach dem Auseinanderbrechen der Vereinigten Arabischen Republik die Unfähigkeit der nationalistischen Regimes, die Frage der arabischen Einheit zu lösen und die Voraussetzungen für die Lösung des Palästinaproblems zu schaffen. Nach dem Sieg der algerischen Befreiungsbewegung 1962 und unter dem Eindruck der anderen erfolgreichen Befreiungskriege der Dritten Welt baut die Organisation ihren militärischen Flügel auf ("Al Assifa", "der Sturm"), der 1965 seine ersten Kommandoaktionen gegen Israel unternimmt. Obwohl bis 1967 73 Kommandoaktionen durchgeführt werden und Al-Fath 400 Mitglieder zählt (49), ist die Organisation in der Bevölkerung ebenso isoliert und vom jordanischen Staat verfolgt, wie andere Gruppen, die auf der Grundlage eines panarabischen Nationalismus Kommandoaktionen gegen Israel unternehmen. Die wichtigsten von ihnen gehören der Arabischen Nationalistischen Bewegung an, die 1967 die Volksfront für die Befreiung Palästinas bildeten.

Nach der Schlacht bei Karameh im März 1968, bei der die Widerstandsorganisationen und an erster Stelle Al-Fath unter schweren Verlusten eine großangelegte israelische Vergeltungsakton scheitern ließen, war das jordanische und bald auch das libanesische Regime gezwungen, die bis dahin clandestin arbeitenden Gruppen zu dulden und ihnen volle politische und militärische Bewegungsfreiheit zu lassen. Ein erster Liquidierungsversuch des Königs im November 1968 endete mit einem Abkommen, das die Souveränität des Königs auch über die palästinensischen Organisationen noch anerkannte. Praktisch wurden die Kontrollbestimmungen, die das Abkommen vorsah, aber nicht wirksam.

Damit hatte sich der Zustand der Doppelherrschaft gebildet, der bis heute anhält. In ihm ist der Widerspruch zwischen dem jordanischen Regime und dem palästinensischen Volk in die Form des Gegensatzes von politischen Organisationen gefasst, die auf einem Terrritorium die Souveränität über den größten Teil der Bevölkerung dieses Territoriums beanspruchen. Neben den jordanischen Staat ist der staatsähnliche Apparat der Widerstandsbewegung getreten, der die Palästinenser in Jordanien und in den Flüchtlingslagern im Südlibanon militärisch und politisch selbstständig organisiert, und der nach der Übernahme der PLO im Januar 1969 durch Al-Fath auch über ein international anerkanntes Organ verfügt.

Die Doppelherrschaft zwischen palästinensischer Widerstandsbewegung und jordanischem Staat konnte nur deshalb so lange - über zwei Jahre - dauern, weil die neuen Organisationen unter der Führung von Al-Fath lange Zeit trotz der Aufnahme des bewaffneten Kampfes gegen die Ursachen des Junikriegs ein Ergebnis dieses Krieges akzeptierten und die Herrschaft der Haschemiten über Ostjordanien nicht in Frage stellten. Ihr Souveränitätsanspruch bezog sich territorial auf Palästina und auf die Notwendigkeiten des politischen und militärischen Kampfes zur Befreiung dieses Territoriums vom Zionismus. Bis in die ersten Monate des Jahres 1970 hat die palästinensische Widerstandsbewegung nie in einer Weise, die ihrer Stärke entsprochen hätte, den Anspruch erhoben, die ostjordanische Wirtschaft zu kontrollieren oder die Institutionen dieses Landes zu verändern.

Die Theorie der Al-Fath

In dieser grundsätzlichen und keineswegs bloß taktischen Haltung drückt sich trotz der radikal veränderten Formen die enge Verwandtschaft des neuen palästinensischen Nationalismus mit den bis dahin herrschenden arabischen Nationalismus aus. Heute sind in der Widerstandsbewegung heftige Konflikte über die Frage des Verhältnisses der Widerstandsbewegung zum jordanischen Staat ausgebrochen. In ihnen zeichnet sich zum ersten Mal die Möglichkeit einer Überwindung des arabischen Nationalismus durch internationalistische antiimperialistische und sozialistische Positionen ab. Im Folgenden sollen zusammenfassend die theoretischen Positionen von Al-Fath dargestellt werden, bevor die Entwicklung der einander widersprechenden Tendenzen in der Widerstandsbewegung analysiert werden.

Das politische Kommuniqué der Führung von Al-Fath vom 1. Januar 1969 aus Anlaß des "Vierten Jahrestages der palästinensischen Revolution" nennt als die wichtigsten Punkte einer Strategie der "Avantgarde", die "aus den Tiefen dieses Volkes hervorgewachsen", "die Idee der Geburt einer palästinensischen Existenz durch die Revolution propagierte":

"1. Die bewaffnete totale Revolution ist der einzige Weg zur Befreiung Palästinas und zur Eliminierung der nationalzionistischen Erscheinung.

2. Die vorläufige Periode unseres Kampfes ist eine Periode nationaler Befreiung, die alle Volkskräfte zu mobilisieren erfordert. Demnach ist die Einheit aller kämpfenden palästinensischen Fraktionen und ihr Zusammenschluß in den Reihen der Revolution eine unumgängliche Notwendigkeit, um die Geburt einer revolutionären palästinensischen Existenz zu ermöglichen.

3. Keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten, unter der Bedingung, daß diese Staaten sich nicht in die inneren Angelegenheiten der palästinensischen Revolution einmischen.

4. Ablehnung aller Lösungen, die nicht die vollen Rechte des palästinensischen Volkes garantieren; und ebenfalls Ablehnung aller imperialistischen Resolutionen, die auf dem Umweg über die UNO u.a. lanciert werden.

49) vgl. Gilbert Denoyan, El Fath parle, Les palestiniens contre Israel, Paris (Albin Michel). 1970, S. 27ff

5. Aneignung der Strategie des langwierigen Volkskrieges und Ablehnung der Strategie des Blitzkrieges.
6. Der Kampf um die Befreiung Palästinas hat Vorrang vor allen anderen arabischen Problemen, da er eine Existenzfrage der gesammten arabischen Welt ist und demnach alle arabischen Potentiale erfordert." (50)

Die in diesem Programm formulierte Politik bezieht sich auf die Führungen der anderen arabischen Staaten, von deren Vormundschaft sich die Palästinenser emanzipieren müssen, um eine nationale "Existenz" aufzubauen, auf den zionistischen Staat, der das Territorium, auf dem diese "Existenz" sich entfalten soll, besetzt hält, und auf das palästinensische Volk als das Mittel, mit dem dieses Territorium erobert werden soll.

In dem als "bewaffnete totale Revolution" bezeichneten Weg zur Befreiung Palästinas stellt Al-Fath einen Führungsanspruch gegenüber dem palästinensischen Volk und den anderen Organisationen und einen Avantgarde-Anspruch innerhalb der gesamtarabischen Bewegung, eben weil das Palästinaproblem "Vorrang vor allen andern arabischen Problemen" hat. Die Begründung sowohl für den Avantgarde-Anspruch als auch für das Recht auf regionalistische Autonomie gegenüber den anderen arabischen Staaten wird mit dem vorwärtstreibenden Charakter, den die palästinensische Bewegung für die gesamtarabische hat, begründet:
"Die gesamtarabische Bevölkerung gewann die Hoffnung und das Selbstvertrauen zurück, nachdem die Palästinenser sich zu einer Avantgarde und zu einem Muster der Standhaftigkeit machten. Dadurch wurde die Moral der arabischen Völker gehoben, und sie schlossen sich in dichten, unterstützenden und verteidigenden Reihen um die palästinensische Revolution." (51)

Der "zunächst in regional erfolgter Selbstorganisation" begonnene bewaffnete Kampf allein könne die "Herauslösung der arabischen Massen aus ihrer aufgezwungenen defensiven Lage" bringen (52). Nicht die Parole "Einheit und dann Befreiung" des seitherigen arabischen Nationalismus sondern Al-Faths Parole gilt: "Erst der Kampf um die Befreiung wird die Einheit schaffen"."Diese Einheit ist dann keine abstrakte Forderung, wenn im Kampf gegen die Unterdrückung eine Transformation des Bewußtseins eine konkrete Einheit entstehen lässt, die den revolutionären Bedürfnissen aller (?. J. N.) Rechnung trägt." (53)

Zurecht beruft sich Al-Fath darauf, daß die in der Widerstandsbewegung entstandenen demokratischen Massenorganisationen und das Prinzip der Volksbewaffnung entscheidende Fortschritte auf dem Weg zur revolutionären Veränderung der arabischen Gesellschaften bedeutet. Die politisch-juristische Form, in die dieser Avantgarde-Anspruch in der arabischen nationalen Bewegung aber gekleidet ist, zeigt bereits den Widerspruch, in dem diese Führung zur revolutionären Bewegung, auf die sie sich beruft, objektiv steht. Die Doktrin von der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten, mit der Al-Fath die "palästinensische Revolution" selber schon zu einer souveränen Institution erklärt, bedeutet einerseits die Lösung der Palästinenser aus der politischen Abhängigkeit und der Vormundschaft der anderen arabischen Staaten, andererseits aber den ausdrücklichen Verzicht auf revolutionäre Veränderungen in den arabischen Staaten, auch in denen, unter deren direkter Herrschaft die Palästinenser leben. Lediglich die Forderung nach Unterstützung und Bewegungsfreiheit wird an diese Staaten gerichtet. Diese Beschränkung ist keineswegs eine nur taktische, die sich aus der anfänglichen Schwäche der Widerstandsbewegung erklären würde. Sie ist Ausdruck des Ziels des bewaffneten Kampfs von Al-Fath: "Die Herstellung eines unabhängigen, palästinensischen, demokratischen Staates ..., in dem die Rechte aller Teile des Volkes ohne Diskriminierung gewährleistet sind". (54)

Der Verzicht auf "Einmischung in die inneren Angelegenheiten" der Staaten, in denen die Mehrheit der Palästinenser lebt, bedeutet, daß der nationale Befreiungskampf nicht nur kurzfristig auf den Kampf gegen den Zionismus reduziert wird, sondern daß dieser Kampf zum einzigen Inhalt der "totalen bewaffneten Revolution" wird: "Al-Fateh ist eine revolutionäre Bewegung, weil es ihr Ziel ist, in Palästina eine radikale und revolutionäre Veränderung herbeizuführen." (55)
Gegenüber der arabischen Linken wird der vor allem nationale Charakter der derzeitigen Phase des antiimperialistischen Kampfes begründet mit 1. der zionistischen Besetzung Palästinas, 2. der Situation in der arabischen Welt, die "durch Rückständigkeit, durch Entwicklungs- und Befreiungsproblematik gekennzeichnet (ist). Die in ihr herrschenden Widersprüche sind höchst komliziert", 3. dem Fehlen einer proletarischen Partei, und damit daß es "auch keine Klassenkämpfe und keine massenhafte Arbeiter- und Bauernbewegung (gibt)", 4. der Schwäche und Unfähigkeit der sozialistischen und kommunistischen Parteien, die "für die Führung einer sozialistischen oder nationalen Revolution nicht gerüstet" sind und 5. damit, daß "der arabische Raum keine explosiven Klassenkämpfe (verzeichnet), obwohl er extreme Klassengegensätze, Armut, Elend und Rückständigkeit aufweist." (56)
Eine solche Periodisierung des revolutionären Prozesses, in eine "nationale Phase", in der "ihre agierenden Kräfte den nationalen Befreiungskampf" bestimmen (57), die der Legitimationstheorie der Sowjetunion, für ihre Bündnispolitik mit der Bourgeoisie in den meisten Ländern der Welt entliehen ist (58), ist lediglich

50) Revolution bis zum Sieg in: Resistentia, Nr. 6, Febr. 69 S. 3/4 (Unterstreichungen, J. N.).
Fast alle folgenden Zitate sind Artikeln aus der Zeitschrift Resistentia entnommen, die mit Sicherheit als repräsentativ für die Position der Al Fath gelten können. Eine Verfälschung tritt aber sicher insofern ein, als die Artikelauswahl für die deutsche Linke getroffen wird und nicht die ganze Argumentation wiedergibt, die Al-Fath für das konservative politische Milieu der arabischen Staaten benutzt. Bis Nr. 6 wurde Resistentia herausgegeben von der Vereinigung arabischer Studenten in der BRD, seit Nr. 7 von der Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS), seit Nr. 8 unter dem Titel: Palästinensische Revolution - Resistentia - Schriften, in Frankfurt am Main.
51) ebenda S. 5/6
52) "5 Jahre Al Fateh", in: Resistentia Nr. 9, 1970, S. 1
53) ebenda
54) Nationale Befreiungsbewegung für Palästina Al Fateh, in: Resistentia Nr. 7, Juni 1969, S. 1
55) Jetzt sind wir auf dem Weg zum Volkskrieg, Interview mit Abu Ibrahim, Politkommissar der palästinensischen Befreiungsbewegung Al Fateh, in: Resistentia Nr. 8, Nov. 1969, S. 9
56) Zur Frage der arabischen Linken, in: Resistentia Nr. 8, S. 3

ein Zugeständnis an die Kritik der revolutionären Linken; das Programm von Al-Fath selber sieht keine "sozialistische Phase" der Revolution vor. Vielmehr ist in ihm der Imperialismus im Nahen Osten mit der zionistischen Okkupation identisch, bzw. als "nationale Befreiungsbewegung für Palästina" interessiert sich Al-Fath ausschließlich für den Imperialismus auf palästinensischen Boden: "Unsere Bewegung ist eine Revolution gegen Zionismus und Imperialismus. Zionismus und Imperialismus in Palästina sind dasselbe". (59) Die Bastionen des Imperialismus in arabischen Ländern interessieren Al-Fath nur insoweit sie die Entwicklung des Kampfes gegen Israel verhindern: "Wir klassifizieren die Leute nicht in Progressive und Reaktionäre. Wir kennen nur ein Kriterium: Wer steht an der Seite der Revolution und wer ist gegen die Revolution. König Hussein steht zu diesem Zeitpunkt der Revolution feindlich gegenüber ... Wir kämpfen bis zum Sieg und werden nicht zulassen, daß jemand unseren Marsch aufhält, auch Hussein nicht."(60)

Auch hinter solchen Äußerungen wie: "Indirekt sind wir auch gegen die imperialistischen Einrichtungen in arabischen Ländern. Aber wir können nicht versuchen, auch noch die Führer der arabischen Massen zu sein." (61) steht im Grunde das beruhigende Versprechen an die arabischen Regierungen, sie durch die Eroberung Palästinas von den sozialen und politischen Sorgen zu befreien, die das sogen. Flüchtlingsproblem und die Agitation um das Palästinaproblem mit sich bringt: "Wir gehen davon aus, daß die Probleme der arabischen Welt nur durch eine Lösung des Palästinaproblems gelöst werden können. Die Befreiung Palästinas wird notwendigerweise die arabische Einheit und Freiheit begünstigen, denn sie wird die Lösung der Widersprüche innerhalb der arabischen Gesellschaft erleichtern."(62)

Kennzeichen der Ideologie von Al-Fath ist die Funktionalisierung aller Erscheinungen der antiimperialistischen Massenbewegung auf die militärische Auseinandersetzung mit Israel. Die Parole "Revolution bis zum Sieg!" meint den militärischen Sieg über den nationalen Feind mit Hilfe einer "Revolution" genannten Strategie, die in der Mobilisierung aller Volkskräfte unter der Führung einer "Avantgarde", nämlich Al Fath als dem "organisierten Ausdruck des Freiheitskampfes des palästinensischen Volkes"(63) besteht.

Entsprechend diesem Begriff von Revolution fehlt es in den Veröffentlichungen von Al-Fath an Vorstellungen zu sozialen oder ökonomischen Problemen. Das soziale Programm von Al-Fath für das palästinensische Volk, das doch mehr noch als die anderen arabischen Völker unter "extremen Klassengegensätzen, Armut, Elend und Rückständigkeit" zu leiden hat, dient erklärtermaßen ausschließlich humanitären Zwecken und ist den Bedürfnissen des bewaffneten Kampfes untergeordnet.(64)

In den Beziehungen zwischen den einzelnen Teilen der Bewegung gilt vor allem Effizienz: "Der politisch-militärische Kader muß in der Lage sein, die nationale Front zu führen: die nationale Front muß gekennzeichnet sein durch Entschlossenheit, Härte und Handlungsfähigkeit."(65) Die ausschließliche Orientierung an der nur militärisch verstandenen nationalen Befreiung scheint Al-Fath über die Fronten zu stellen: "In dieser Phase, die gekennzeichnet ist von der Flucht der verschiedenen arabischen Parteien nach rechts oder links, entwickelt sich Al -Fateh zu einer Bewegung der neuen progressiven Kraft"(66)

Allenfalls auf liberale, moderne Positionen läßt sich diese progressive Kraft ein: "Ein demokratisches fortschrittliches Palästina schließt von der Sache her eine theokratische, feudalistische, aristokratische, autoritäre oder rassistisch-chauvinistische Regierungsform aus. Es wird ein Land sein, das die Unterdrückung oder Ausbeutung irgendeiner Gruppe von Menschen durch eine andere Gruppe oder Individuen nicht erlaubt, ein Staat, der seinem Volk gleiche Chancen in Arbeit, Religion, Bildung, politischer Entscheidung und kulturellem und

57) ebenda

58) Die Begründung des Avantgardeanspruchs der bürgerlichen Nationalisten aus der Existenz einer "nationalen Phase" der Revolution entspricht natürlich der Erklärung der Armut aus der pauvreté. Die Theoretiker in Al Fath befinden sich aber in guter Gesellschaft: vgl. Lothar Rathmann, Bourgeoisie und nationaldemokratische Revolution in der arabischen Welt, in: Studien über die Revolution, Berlin (Akademieverlag) 1969, S.577: "Andererseits sollten die Kommunisten die revolutionäre Fähigkeit der Kräfte der nationalen Demokratie, als Hegemon der national -demokratischen Revolution aufzutreten, anerkennen."

59) Jetzt sind wir auf dem Weg... a.a.O. S. 10

60) ebenda, S.11

61) ebenda

62) Der Kampf in Palästina, Sechs Fragen an Abu Hassan, Mitglied des Politischen Büros von Al Fateh, in: Resistentia Nr.10, 1970, S.15

63) Nationale Befreiungsbewegung... Resistentia Nr.7, a.a.O.

64) vgl. Palästinensische Nationale Befreiungsbewegung Al Fateh, Ausschuß für Sozialarbeit und Betreuung der Familien der Gefallenen: Soziale Aspekte der Palästinensischen Revolution, in: Resistentia Nr.7, S.16: "Mit der Planung für soziale Reformen innerhalb der gesamten Strategie der Nationalen Befreiungsbewegung Al Fateh wurde bei deren Gründung begonnen. Sie sollte allen Palästinensern die Möglichkeit geben, ihre Rechte und Pflichten in allen Lebensbereichen - einem jeden in seinem speziellen Gebiet wahrnehmen zu können, so daß sich im Verlauf des Kampfes gleichzeitig ein Volk herausbildet, das in der Lage ist, die Revolution zu verstehen und darüber hinaus zu verwirklichen... . Da der bewaffnete Kampf der einzige Weg ist, den Al Fateh begehen kann und da dieser Kampf - ausgetragen von ihrem militärischen Flügel Al Assifa - seine Opfer fordert, müssen die Familien der Gefallenen innerhalb dieses Plans natürlich an erster Stelle stehen. Aus diesem Grunde mußte ein besonderes Programm verfolgt werden, um diesen Familien sowie den Verletzten und den durch die Kampfhandlungen in Mitleidenschaft gezogenen Zivilpersonen sofort zu Hilfe kommen zu können. Al Fateh betrachtet die soziale Arbeit als rein humanitär und sieht im Individuum den Kern für die Gesellschaft. Deswegen müssen nach ihrer Meinung die elementarsten Bedürfnisse eines jeden erfüllt werden, so daß eine gesunde Gesellschaft aufgebaut werden kann." (Unterstreichungen J. N.)

65) Zur Frage der arabischen Linken a.a.O., S.4

66) 5 Jahre Al Fateh a.a.O.

künstlerischem Ausdruck gewährt."(67)Dieser Liberalismus geht soweit, daß er das Beziehen von politischen Positionen schon für für undemokratisch hält:" Es wäre antidemokratisch, im Voraus ein rigides Programm auszuarbeiten, das wir denen, die mit uns im künftigen Palästina leben werden, dann aufzwingen müßten."(68) In Wirklichkeit läßt aber gerade das liberale Programm für einen "demokratischen palästinensischen Staat", für die Zeit nach dem Sieg über den Zionismus, die Klasseninteressen hinter der Position von Al-Fath erkennen. Nachdem lange die Parole :"Es lebe Palästina, arabisch und frei"(69) verkündet wurde, zwang vor allem der Druck der demokratischen und linken internationalen Öffentlichkeit und das Entstehen der neuen palästinensischen Linken Al-Fath, die Parole vom "demokratischen Palästina ohne Diskriminierung" aufzustellen. Diese Vorstellung wurde durch den zitierten Artikel Ende 1969 präzisiert, nachdem die Demokratische Volksfront (FPDLP) auf der Palästinensischen Nationalversammlung im September 1969 ihren abgelehnten Resolutionsvorschlag"Füreine demokratische Lösung der Palästinafrage " eingebracht hatte, in dem "die Schaffung eines volksdemokratischen Staates in Palästina" proklamiert wurde, "in dem Juden und Araber ohne nationale und Klassenunterdrückung zusammenleben werden"(70).

Die Position der palästinensisch-nationalistischen Organisation Al-Fath leugnet im Gegensatz zur betont internationalistischenFPDLP die Existenz einer jüdischen Nation in Palästina und sieht statt dessen nur Konfessionen: "Alle die Juden, Moslems und Christen, die in Palästina leben oder mit Gewalt aus ihm vertrieben sind, werden den Anspruch auf palästinensisches Bürgerrecht haben."(71) Die Forderung nach einem jüdischen Staat sei genau so falsch wie die Forderung nach einem mohammedanischen oder einem christlichen Staat in Palästina.(72)

Wenn die Frage der Existenz einer jüdischen Nation in Palästina, als einer Klassengesellschaft mit besonderen ökonomischen, politischen und kulturellen Binnenbeziehungen, so problemlos negiert wird, dann widerspricht diese "liberale" Position nur scheinbar dem heftigen Protest dagegen, daß der Zionismus seinerseits die Rechte des palästinensischen Volkes negiert, und dem Programm des Aufbaus einer nationalen palästinensischen "Existenz". In der Reduktion der antiimperialistischen Volksbewegung auf ein militärisches Programm zur Eroberung eines Territoriums und im Versuch, alle sozialen Konflikte(etwa mit der jordanischen Oligarchie) als nationale darzustellen, drückt sich der Führungsanspruch der politischen und militärischen "Avantgarde"aus, die sich im Krieg gegen den Zionismus gebildet hat und in ihm ihre einzige Aufgabe hat.

In der Auflösung der heute bestehenden nationalen Widersprüche im Programm für einen Staat nach dem Sieg über den Zionismus, ohne daß die Veränderungen der sozialen Beziehungen in einem eroberten Palästina genannt werden, wird der Machtanspruch dieser "Avantgarde" als künftige herrschende Klasse angemeldet, die Widerspruch von Seiten des Volkes heute ebensowenig erwartet wie morgen. Wenn die palästinensische"Avantgarde" den jüdischen Bürgern des künftigen palästinensischen Staates, den sie sich erobern will, großzügig konfessionelle Freiheiten zugesteht, dann verficht sie damit heute schon ihre "staatlichen Privilegien" gegenüber nationalen Minoritäten als künftige herrschende Bourgeoisie, ähnlich wie es Lenin hinter der Parole von der "national-kulturellen Autonomie" für Minoritäten, die von großrussischen Liberalen vertreten wurde, erkannt hat. (73) Die Resolution der Demokratischen Volksfront leugnet weder die sozialen Konflikte hier noch die nationale Frage dort. Sie stellt viel mehr die Beziehung zwischen beiden her, indem sie die Befreiung Palästinas als das Ende der Klassenunterdrükkung und der nationalen Unterdrückung, auch durch palästinensische Eliten, bezeichnet. (74)

Jochen Noth

---

67) Vision eines demokratischen Palästina, Vorstellungen der Fateh (Auszüge aus einem Artikel aus der Zeitschrift Fateh) in: Neue Politik Nr.5, 1970, S.9

68) Der Kampf in Palästina a.a.O. S.16

69) z.B. noch in Resistentia Nr.2, 15.5.68,S.5

70) vgl. Al Djabha, Nr.8, S.32

71) In: Neue Politik, a.a.O.

72) Der Kampf in Palästina a.a.O.

73) vgl. Lenin, Ausgw. Werke, Bd.I, Berlin (Dietz) 1966, S.711. Zur Kritik der "national-kulturellen Autonomie" vgl. Lenin, Werke Bd. 19, Berlin (Dietz) 1968, S.100 ff und S. 498 ff. Zur Kritik des Konzepts des "demokratischen palästinensischen Staat" bei Al Fath, vgl. Gérard Chaliand, in: Le monde diplomatique, Juli 1970

74) Die FPDLP erkennt das Recht auf nationale Selbstbestimmung der Völker an, weil sie mit Lenin in der nationalen Unterdrückung eine politische Form der Klassenherrschaft sieht, deren Ende die soziale Emanzipation des Proletariats und der vom Imperialismus unterdrückten Volksmassen fördert. Sie unterstützt daher den Befreiungskampf der Kurden und anderer nationale

Nahen Osten. Obwohl sie den Charakter des jüdischen Volkes in Palästina im Gegensatz zu allen anderen Organisationen anerkennt, kann sie aber gerade als leninistische Organisation die staatliche Unabhängigkeit, das "Recht auf Lostrennung", bei Lenin das entscheidende Merkmal des nationalen Selbstbestimmungsrechts, für die Juden in Palästina nicht anerkennen. Die Parole der nationalen Selbstbestimmung richtet sich gegen nationale und soziale Unterdrückung unter der Bedingung von Kapitalismus und Imperialismus. Die Israelis leben in einem imperialistischen Unterdrückerstaat. Ihm gegenüber kann die Parole nur lauten: Zerschlagung des zionistischen Staates durch das vereinigte jüdische und arabische Proletariat und Schaffung eines "volksdemokratischen Palästina" ohne nationale und Klassenunterdrückung. vgl. die Erklärung von Nayef Hawatmeh in: Le Monde vom 27.1.1970, und das Interview mit dem Mitglied des Politbüro der FPDLP Nedal, das in Al Djabha Nr.9 veröffentlicht wird.

BAUERN, BEFREIUNGSBEWEGUNGEN UND PROLETARISCHE REVOLUTION BEI MARX UND ENGELS +

I. Einleitung

Es hätte wenig Sinn, dem Kramerschen Artikel einen Artikel ähnlicher Art entgegenzustellen und zu versuchen eine ähnliche systematische Geschlossenheit vortäuschen zu wollen, wie sie den kramerschen Artikel scheinbar auszeichnet. Der Artikel Fritz Kramers hat eine gute Funktion, wenn die in ihm enthaltenen Thesen Anlaß zu einer Diskussion geben, die die überall vorhandene Tendenz durchbricht, Antworten vorzutäuschen, wo kaum die Fragen richtig gestellt sind. Diese Tendenz drückt sich allerdings auch in Kramers Artikel aus, dessen scheinbare Systematik den ihm zugrundeliegenden Eklektizismus nur oberflächlich verbirgt. In diesen Artikel gingen bestimmte Auffassungen der Linkskommunisten und Rosa Luxemburgs ebenso ungebrochen ein wie die Auffassungen von Renegaten wie Wittfogel und bürgerlichen Antikommunisten wie Fitzgerald ; Rosdolsky und Isaac Deutscher werden genauso zügellos ausgebeutet wie die Fischer-Weltgeschichte oder Stuart Schramm. Der ganze Artikel erhält dadurch ein erschreckend wissenschaftliches Aussehen, über dem man fast vergißt, daß der im Zentrum stehende Angriff auf Lenin durch nichts gedeckt ist als durch eine erstaunliche Unkenntnis von Lenins Schriften, die sich in scheinheilig naiven Fragen äußert wie der : "Aber wieso mußte Lenin deshalb (weil er die "historische Mission" des russischen Proletariats erkannt hatte, A. d. Verf.) die revolutionäre Potenz der Bauern von der Führung einer anderen Klasse abhängig machen ?"(1) Ich werde also nicht versuchen, einen ähnlich geschlossenen Artikel dem Kramerschen entgegenzustellen.

Marx hat eine abstrakte Analyse des Kapitals im allgemeinen unternommen und im wesentlichen abgeschlossen. Marx hat in dieser Analyse Methoden entwickelt, die auch auf die Analyse anderer Produktionsweisen anwendbar sind und vor allem die historische Entwicklung des Kapitalverhältnisses zu analysieren ermöglichen. Marxens Analyse des Kapitals im allgemeinen und Marxens Methode ist heute ebenso gültig wie zur Zeit der Niederschrift des "Kapitals". Es ist einer plumpesten Fehler der bürgerlichen Wissenschaft und des Revisionismus, daß sie in ihrer völligen Unfähigkeit zur abstrakten Analyse glauben, die Gültigkeit des "Kapitals" durch den Hinweis auf bestimmte historische Veränderungen seit Ende des 19. Jahrhunderts widerlegen zu können, wie z.B. durch den Hinweis auf die Monopolisierung des Kapitals etc. Andererseits hat ein Marxist wie Lenin natürlich nicht geglaubt, er füge der Analyse des Kapitals im allgemeinen irgendetwas hinzu, wenn er den Imperialismus als besondere Entwicklungsform des Kapitalverhältnisses, d.h. als höchstes Stadium des Kapitalismus analysierte. Erst recht konnte er nicht auf den Gedanken verfallen, er hätte durch die Analyse des Imperialismus gar "Das Kapital" widerlegt.

Die Analyse des Kapitals im allgemeinen setzt voraus eine Abstraktion von allen nicht kapitalistischen Verhältnissen, eine Voraussetzung, die historisch zur Zeit der Niederschrift des Kapitals noch nicht gegeben war und die heute schon nicht mehr gegeben ist und die tatsächlich nie bestanden hat und nie bestehen wird. Die Strategiefindung des Proletariats vollzieht sich also unter qualitativ anderen Verhältnissen, als sie in der Analyse des Kapitals im allgemeinen vorausgesetzt sind. Die Strategie und Taktik des proletarischen Kampfes ist deshalb in viel engerem Sinn historisch als die abstrakte Analyse des Kapitals, die den Begriff des Kapitals entfaltet, aber nicht die spezifische Entwicklung des Kapitalverhältnisses untersucht, in der sich der Klassenkampf des Proletariats entfaltet, um das Kapitalverhältnis zu zerbrechen, bevor es vollständig ausgebildet ist, d.h. das Kapital dem Proletariat gegenübersteht.(2) Theorie und Praxis des Proletariats sind vermittelt auf einer bestimmten Entwicklungsstufe des Kapitalverhältnisses. (3)

+ Dieser Artikel ist ein Teil einer längeren Entgegnung auf den Artikel von Fritz Kramer " Über den Sozialismus in China und Rußland und die Marxsche Theorie der Geschichte" in: Rotes Forum 3/70; ihm wird eine Analyse der russischen und chinesischen Revolution und ihrer Theorie folgen.

(1) Rotes Forum, 3/70, S.12; Lenin machte die "revolutionäre Potenz" der Bauernklasse natürlich nicht von der Führung "einer" anderen Klasse abhängig sondern von der Führung des Proletariats. Das bedeutete aber gerade nicht, daß er den selbständigen, nämlich demokratischen Charakter der Bauernbewegung bestritt. Im übrigen schreibt Kramer auf S. 20 selber: " Die Einsicht der Bolschewisten, daß nun das Proletariat die Führung übernehmen mußte, war also vollkommen richtig. "

2) Tatsächlich bringt auch das Kapitalverhältnis selber Schichten hervor, die teils zwischen den Polen der bürgerlichen Gesellschaft, dem Proletariat und der kapitalistischen Klasse, teils unter dem im Produktionsprozeß tätigen Proletariat stehen ; vgl. Martin Nicolaus, Proletariat and Middle Class in Marx : Hegelian Choreographie and the Capitalist Dialektic ; in : Studies on the Left, Vol. VII, No. 1, 1967 ; jetzt deutsch : internationale marxistische Diskussion 3, Berlin 1970 S. 43ff.

3) Deshalb besteht auch kein Gegensatz zwischen der Methode der Analyse im Kapital und der maoistischen Strategiefindung; allerdings besteht jeweils eine qualitativ verschiedene Fragestellung. Umso komischer wenn Kramer schreibt, um die maoistische Untersuchungstätigkeit zu kritisieren : "Zwar hatte Marx im April 1880 einen Fragebogen an die französiche Arbeiter verschickt, aber da war das "Kapital" im wesentlichen schon geschrieben..." Das ist richtig und gilt heute erst recht.

Das bedeutet, daß die Strategie und Taktik des Proletariats gerade nicht aus der Analyse des Kapitals im allgemeinen abgeleitet werden kann, sondern in der Dialektik von wissenschaftlicher Analyse der historisch-spezifischen Entwicklungsstufe des Kapitalismus und der historisch spezifischen Kampferfahrungen herausgearbeitet werden muß. Dieser Differenz zwischen Strategiefindung des Proletariats und abstrakter Analyse des Kapitals im allgemeinen, waren sich Marx und Engels natürlich genauso bewußt wie Lenin sich dieser Differenz bewußt war und Mao sich ihrer bewußt ist. Und auf dieser Ebene des Theorie-Praxis-Verhältnisses bedeuten der "Leninismus" wie der "Maoismus" allerdings eine "schöpferische" Bereicherung des Marxismus, nämlich einfach die Bereicherung um die Kampferfahrungen des internationalen Proletariats, die Marx und Engels nicht zur Verfügung standen und die sie auch nicht voraussehen konnten.

Der Klassenkampf des Proletariats vollzieht sich also nicht unter den Voraussetzungen der abstrakten Analyse des Kapitals im allgemeinen, sondern unter historischen Bedingungen, in denen vorkapitalistische Klassen, wie kleine Warenproduzenten etc. ebenso noch vorhanden sind, wie ganze Länder, die noch nicht voll durchkapitalisiert sind. Auch die Entwicklung des Kapitalverhältnisses selbst führt nicht zu einer reinen Polarisierung zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse, sondern bringt eine gerade für den entwickelten Kapitalismus spezifische Mittelklasse von unproduktiven Arbeitern hervor, die zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse hin- und herschwanken. D.h. die Strategiefindung des Proletariats stellt Fragen, die in der Analyse des Kapitals im allgemeinen a priori ausgeschlossen sind: Bündnisfragen und Fragen nach der historischen Entwicklung des Kapitalverhältnisses im Weltmaßstab. Die Bündnisfragen verlangen eine jeweils verschiedene Antwort je nach der Entwicklung des Kapitalverhältnisses im Weltmaßstab, sie sind durch historische Momente bestimmt, die diesseits der Ausbildung des reinen Kapitalverhältnisses liegen. Solche Fragen gerade behandelt der Kramersche Artikel. Es ist daher völlig falsch, wenn Kramer Marxsche Antworten auf spezifische Probleme gegen andere Antworten Lenins oder Mao tse tungs ausspielt, ohne gezeigt zu haben, daß die Bedingungen der Fragestellung dieselben geblieben sind. Eine dieser Bedingungen ist zum Beispiel der Stand der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zur im Weltmaßstab tatsächlich herrschenden Produktionsweise. Ihm entsprechend verändert sich auch die Einschätzung antikapitalistischer Widerstandsbewegungen in den "Entwicklungs"ländern. ( ) Von ihr ist auch die revolutionäre Potenz des Proletariats abhängig. Zur Untersuchung dieser Fragen liefert die Analyse des Kapitals im allgemeinen bloß die Methode, denn von diesen Fragen wird in der Analyse des Kapitals im allgemeinen abstrahiert.

Der Artikel "Über den Sozialismus in China und Rußland und die Marxsche Theorie der Geschichte" zerstückelt zunächst einmal die "Linie" Marx-Engels-Lenin-Mao, um dann den Leninismus und den Maoismus zur bloßen "Entsprechung" bestimmter Verhältnisse zu erklären: Lenin und Mao hätten nicht bestimmte Verhältnisse marxistisch analysiert und mit Hilfe dieser Analyse an der Spitze ihrer Parteien eine bestimmte Praxis entfaltet, vielmehr sei ihre Theorie und Praxis bloßer "Ausdruck" dieser Verhältnisse. Der politische Charakter des Leninismus ist "wenigstens teilweise im Gegensatz zum Marxismus"(S.20); für den Maoismus gilt: "In den Fragen des Imperialismus fällt er mit dem Marxismus zusammen, in den Fragen der chinesischen Revolution ist er vom Marxismus verschieden, aber parallel".(S.25) Damit hat Fritz Kramer die einsinnige "Linie", die die ML-Genossen behaupten, aufgelöst und die marxistisch-leninistische Theorie, die in dieser Linie als historische Einheit behauptet wird, regionalisiert und parzelliert. Leninismus und Maoismus sind nicht historisch bestimmte Erscheinungen des Marxismus, sondern mehr oder weniger spontane Produkte der halbasiatischen russischen bzw. der asiatischen chinesischen Gesellschaft. Mit dieser Auffassung setzt sich Fritz Kramer bewußt und prinzipiell im Gegensatz zu den beiden Fraktionen des Marxismus - Leninismus, der "russischen" und "chinesischen", zu der DKP genauso wie zur KPD - ML, die sich ideologisch aus dieser Spaltung innerhalb des Weltkommunismus herleiten. Stattdessen unternimmt er den Versuch, die Tradition der linkskommunistischen Marxisten mit der Tradition des Populismus zu versöhnen. In diesem Versuch stützt er sich auf eine bestimmte Interpretation der "Marxschen Theorie der Geschichte", deren praktische Rele-

POLITISCHE BUCHHANDLUNG HEIDELBERG

69 Heidelberg

Schiffgasse 3

Tel. (06221) 46153

N. BUCHARIN - Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapital

Sonderdruck aus "Unter dem Banner des Marxismus". 105 S., Fester Einband, Preis: DM 3,20, Für Buchhandlungen und Wiederverkäufer DM 2,20 zuzüglich Versand.

Dieses Buch, der 1. Band unserer Reihe DOKUMENTE ZUR IMPERIALISMUSTHEORIE, stellt eine Antwort auf Rosa Luxemburgs "Die Akkumulation des Kapitals" dar.

R. LUXEMBURG – Einführung in die Nationalökonomie

ca. 300 S., DM 4,- für Buchhändler und Organisationen

vanz er in der Kritik von Lenins Perspektive der russischen Revolution aufzeigen will.

II. Einige Bemerkungen zu Kramers Artikel

Der Artikel von Fritz Kramer versucht, die Tradition des Linkskommunismus(der Rätekommunisten) und die Tradition des Populismus(der Narodniki und des Maoismus, den Kramer als Populismus interpretiert) in der höheren Einheit einer richtig verstandenen Marxschen Theorie der Geschichte zu versöhnen. Kramers Auflösung der Linie Marx-Engels-Lenin-Stalin-Mao ist aus dieser Absicht zu erklären: Nach Kramers Auffassung hat Lenin auf Grund einer falschen Rezeption von Marxens analytischer Methode und Theorie der Geschichte die Bauernfrage nicht richtig behandelt und damit wesentlich zu der bestimmten Form der Stalinschen "Agrarbürokratie" beigetragen. Andererseits hat er in seiner Imperialismustheorie den Marxismus den spezifischen revolutionären Bedingungen Rußlands angepaßt. Die siegreiche Revolution der Bolschewiki mußte unter Anleitung von Lenins Theorie deshalb in Rußland zu unnötigen Gegensätzen zwischen Arbeitern und Bauern und zur Errichtung der Stalinschen "Agrarbürokratie" führen, in der Internationale aber zu einer falschen Behandlung der Arbeiterbewegung in Westeuropa auf der Grundlage einer falschen Analyse der Tendenzen des Kapitalismus in diesen Ländern. Die Kritik der Politik der Bolschewiki in der III. Internationale übernimmt Kramer von den Linkskommunisten (Pannekoek, Gorter, Korsch). Seine Kritik der Bolschewiki in der Bauernfrage leitet er von Marx einerseits und Rosa Luxemburg andererseits her. (4)

In der KramerschenForm spielte sie meines Wissens bisher keine Rolle in der linkskommunistischen Kritik am Leninismus. Vielmehr warf einer von dessen führenden Vertetern, Korsch, auf den sich Kramer an anderer Stelle bezieht, Lenin und Marx gerade vor, opportunistisch die Möglichkeit einer sozialistischen Revolution in dem größtenteils bäuerlichen Rußland behauptet und damit den notwendig bürgerlichen Charakter einer russischen Revolution verschleiert zu haben. (5) Die These, daß die russische Revolution aufgrund der schwachen Entwicklung der Produktivkräfte und der vorwiegend bäuerlichen Bevölkerungsstruktur notwendig einen bürgerlichen Inhalt habe, wurde in dem Maße, wie sich die Staatsmacht in Rußland konsolidierte, zur Grundlage jeder linkskommunistischen Kritik. (6)

Den jüngsten Ausdruck fand diese Auffassung in verschiedenen Aufsätzen Matticks, der sie generalisierte und auf alle nicht durchkapitalisierten Länder erstreckte: Mattick bestreitet prinzipiell den sozialistischen Charakter der russischen Revolution und behauptet die Unvereinbarkeit der sozialistischen Revolution mit nicht voll durchkapitalisierten Verhältnissen, d.h. er behauptet die Unmöglichkeit eines nichtkapitalistischen Weges zum Sozialismus und wirft Lenin gerade vor diese Tatsache verschleiert zu haben. (7)

---

4) Die Kritik Rosa Luxemburgs an der Behandlung der Bauernfrage geht von ganz anderen Voraussetzungen aus, als eine Kritik, die sich aus einer bestimmten Interpretation der Marxschen Briefentwürfe an Vera Sassulitsch herleiten liesse. Einerseits wußte Rosa Luxemburg bei der Niederschrift ihrer Kritik nicht, daß das Privateigentum an Grund und Boden durch die Bolschewiki aufgehoben wurde, daß Grund und Boden nationalisiert wurden. Andererseits übersah sie, daß auf dem russischen Großbesitz nur selten Großproduktion betrieben wurde und eine Verteilung dieser Länderein in den meisten Fällen deshalb keineswegs eine wirkliche Zersplitterung der Produktivkräfte bedeutet. Nationalisierung des Grund und Bodens bedeutet im übrigen an sich keine sozialistische Maßnahme,((vgl. Theorien über den Mehrwert, MEW 26,2, S.39)

Erst eine Enteignung oder Kollektivierung des Kapitals, also der Betriebsmittel und des Viehbestands bedeutet eine Maßnahme in Richtung auf den Sozialismus. Die Verstaatlichung der Betriebsmittel der russ. Parzellenbauern wäre lächerlich gewesen, ihre langsame Kollektivierung wurde von den Bolschewiki in Angriff genommen und auch mit Einführung der NEP keineswegs aufgegeben. S. z. B. Lenin, Über das Genossenschaftswesen, W. 33, S. 453 ff.
Die zaristischen Staatsgüter wurden sofort in Sowchosen verwandelt. Seit 1917 ging die Debatte unter den Bolschewiki immer nur um die Geschwindigkeit der Kollektivierung, aber niemals um die Notwendigkeit der Kollektivierung an sich.
In der Einschätzung der Dorfgemeinde unterschieden sich Rosa Luxemburg und Lenin nicht; s. Rosa Luxemburg, Einführung in die Nationalökonomie, 1925, S. 177-186

5) Korsch, Zur Geschichte der marxistischen Ideologie in Russland, in: Der Gegner 1932, S. 9 ff; oder, Deklaration zur russischen Frage. in: "Die kommunistische Politik", Nr. 13/14; zit. Bucharin, Die kapitalistische Stabilisierung und die proletarische Revolution, Ekki-Moskau 1926, S. 76 f.: Korschs Kritik an Lenin läuft also gerade umgekehrt wie die Kramers; seine Kritik an Lenin als Internationalist verläuft dagegen parallel und hat bei Kramer die Form eines festen Vorurteils erreicht, nämlich daß Lenin"auf Grund der sozialökonomischen Unterschiede zwischen West-Europa und Russland nicht in der Lage war, den Revisionismus in der westeuropäischen Arbeiterbewegung umfassend zu bekämpfen" (RF S. 12) und zwar, weil es in Westeuropa nicht gegolten hätte, die Lebensfähigkeit des Kapitalismus zu erweisen, sondern seine Zusammenbruchstendenzen. Tatsächlich bleibt Lenins Kritik des Revisionismus in "Staat und Revolution" auf einen Aspekt beschränkt und ist sein Versuch einer materialistischen Erklärung des Revisionismus mit Hilfe des Gedankens der Arbeiteraristokratie beschränkt, aber gerade die Zusammenbruchstheorie Rosa Luxemburgs führt eher zu einer Unterschätzung des Revisionismus als zu seiner Erklärung, was sich auch in ihrer Unentschlossenheit in der Frage der Trennung von der SPD auswirkte wie überhaupt in ihrer Unterschätzung der Parteifrage.

6) s. a. unter (5), als ein späteres Beispiel s. Pannekoek, Lenin als Philosoph, 1938, Neuauflage Frankfurt/M. 1969, der Lenin und die Bolschewiki als unbewußte Agenten des russ. Kapitalismus interpretiert.

7) Lenin, Revolution und Politik, Aufsätze von P. Mattick u.a., Frankfurt 1970, S. 44-46; gegenüber dieser dogmatischen Aufteilung der Welt, die längst der Herrschaft des Kapitals unterworfen ist, betont E.Masi,"daß die 'unterentwickelten Gebiete' keineswegs eine Nachhut darstellen, die in einer früheren Phase der wirtschaftlichen Entwicklung begriffen ist als die hochindustrialisierten Länder: im Gegenteil, ihre wirtschaftliche Situ-

Es versteht sich von selbst, daß die Linie Marx-Lenin-Mao, d.h. die Einheit des Marxismus-Leninismus unter solchen Voraussetzungen bloß als schiere Ideologie erscheinen kann. Insofern ist die Kramersche Kritik des ML der linkskommunistischen "parallel": sie ist aber von ihr verschieden, wenn sie dennoch die Möglichkeit eines nichtkapitalistischen Wegs zum Sozialismus akzeptiert. Diese Möglichkeit entwickelt Kramer aus dem Begriff der asiatischen Produktionsweise: Der asiatische Weg zum Sozialismus ist der Weg, der den russischen Narodniki vorschwebte, den die Bolschewiki schließlich wider Willen einschlagen mußten und den die chinesische KP unter Führung Mao-Tse Tungs beschritt und ideologisch ausbaute. Der asiatische Weg zum Sozialismus ist seiner Ideologie nach populistisch und nimmt institutionell die Form einer Agrarbürokratie an.

Ich habe versucht, den Kern der Argumentation Kramers herauszustellen. Er scheint mir also, bezogen auf die Linie Marx-Engels-Lenin-Stalin-Mao, in folgendem zu liegen: nachdem Engels und vor allem Lenin die "populistische" Komponente aus Marxens Theorie der Geschichte, die einen selbständigen "asiatischen" Weg zum Sozialismus für möglich hielt, durch eine evolutionistische Dogmatisierung der Marxschen Theorie unterdrückt hatten, setzte sich diese populistische Komponente unter dem Deckmantel des evolutionistisch dogmatisierten Marxismus zunächst als Stalinismus praktisch und als Maoismus praktisch und ideologisch durch, d.h. durch die "Sinisierung" des Marxismus wurde dieser völlig auf die asiatischen Notwendigkeiten zurechtgestutzt. Die unterdrückte populistische Tendenz in der Marxschen Theorie der Geschichte hat sich auf dieser Linie subversiv der Marxschen Theorie und Methode insgesamt bemächtigt: Der Maoismus, d.h. die heutige Gestalt des Marxismus-Leninismus, "bestreitet" die "Universalität von Marx und behauptet die Universalität von Mao", d.h. die Universalität des spezifisch asiatischen Populismus. (8) Der Dialektik von Verdrängung und subversiver Wirkung der populistischen Tendenz in der Linie Marx-Engels-Lenin-Stalin-Mao, entspricht die linkskommunistische Ablehnung jeder Möglichkeit eines nichtkapitalistischen Weges zum Sozialismus, die sich theoretisch darstellt als Verteidigung der Reinheit der marxistischen Theorie gegen alle Versuch der "Verbäuerlichung", "Russifizierung" und "Sinisierung" des Marxismus. Karl Korsch hielt eine solche Verteidigung sogar gegen Marxens persönliche opportunistische Anschläge auf die eigene Marxsche Theorie für notwendig. Gegenüber diesen heterogenen Entwicklungstendenzen in der Geschichte des Marxismus versucht Kramer mit dem Rekurs auf Marxens Theorie der Geschichte und seine Lehre von den Grundformationen, die Einheit des Marxismus durch die historische Relativierung der späteren marxistischen Theoretiker wieder herzustellen, die seines Erachtens die marxistische Theorie auf die Ebene der bloßen "Entsprechung", des bloßen "Ausdrucks" bestimmter historischer Verhältnisse hinabgedrückt haben: Engels, indem er die Theorie der Grundformation den Machtansprüchen der II. Internationale anpaßte; Lenin, indem er einerseits durch seine Verabsolutierung der Entwicklungstendenzen in Rußland unfähig wurde, den westlichen Revisionismus zu bekämpfen und indem er andererseits evolutionistisch die Möglichkeiten der russischen Bauernbewegung unterschätzte; Stalin, indem er die marxistische Theorie zur Magd der politischen Notwendigkeiten seiner Politik machte, und Mao, indem er den chinesischen Populismus zur pseudomarxistischen Universallehre erhob. Die "Linie" bleibt also erhalten: Es ist aber eine Linie der Entstellung der Marxschen Theorie: "In politischer Hinsicht ist die Reihe der Theorien von Marx-Lenin-Mao in der Tat eine Reihe zunehmender Konkretion, die in der Form der unmittelbaren "Weisungen" Maos in der Kulturrevolution ihren konsequenten Abschluß findet. In methodischer Hinsicht stellt sich dieselbe Reihe vor allem unter dem Aspekt abnehmender Differenzierung von Begriff und Wirklichkeit dar." (S.12)

III. Bourgeoisie, Bauern und Proletariat im "Kommunistischen Manifest" und in der Revolution von 1848

Ich will nun im einzelnen auf die Frage des Verhältnisses von vorkapitalistischen Gesellschaften und kapitalistischen Gesellschaften, von Arbeiter- und Bauernbewegung bei Marx, Engels, Lenin und Mao-Tse Tung und den Linkskommunisten eingehen und versuchen, die Differenzen in der historischen Einschätzung aus der Entfaltung des Kapitalverhältnisses zu erklären. Es handelt sich dabei im Gegensatz zur Analyse des Kapitals im allgemeinen, die Marx im ersten und zweiten Band des Kapitals unternommen hat, um die historisch-konkrete Analyse der Entwicklung des Kapitalverhältnisses zur herrschenden Produktionsweise im Weltmaßstab und die Schlüsse, die aus dieser Analyse für die revolutionäre Strategie gezogen werden müssen. Ein großer Teil des Werkes von Marx und Engels besteht gerade aus solchen historisch-konkreten Analysen, in

---

nach 7)
ation ändert sich - sofern der Weltkapitalismus sich voll entfaltet - allmählich in der Weise und in dem Maße, wie dies für die allgemeine kapitalistische Entwicklung zweckdienlich ist: in diesem Sinne sind die 'unterentwickelten Gebiete' gegenüber den höchstentwickelten Zonen absolut nicht zurückgeblieben". E.M., Die Revolution in Vietnam, in: Die chinesische Herausforderung, Berlin 1969, S. 118; von seiten des Feindes vgl. Pearson-Report, Wien-München-Zürich 1969, dessen Strategie Fritz Kramer in NRF 1 zusammenfaßt.

8) Diese Behauptung ist eine wörtliche Übersetzung aus St. Schram, The political thought of Maotsetung, 1969, S. 116; in Wirklichkeit wird Maotsetungs Marxismus-Leninismus als der einer bestimmten Epoche bezeichnet, s. Vorwort Lin Piaos zu: Worte des Vorsitzenden Maotsetung vom 16. Dez. 1966, S. 1.

denen sowohl subjektive Lernprozesse als auch objektive Entwicklungen ihren Niederschlag gefunden haben. Marx und Engels gingen dabei vom Interesse der revolutionären Aufhebung der Widersprüche in der höchstentwickelten Produktionsweise, der kapitalistischen Gesellschaft, aus, wobei sie deren wesentlichen Widerspruch, den Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zunächst rein herausarbeiteten und zeigten, daß dieser Klassengegensatz notwendig zum Sieg des Proletariats und zur klassenlosen Gesellschaft führen müsse. Dies geschah in scharfer Polemik gegenüber den kleinbürgerlichen, "wahren" und utopischen Sozialisten. Das Kommunistische Manifest ist ganz auf der Polarisierung der bürgerlichen Gesellschaft in Bourgeoisie und Proletariat aufgebaut, obwohl sich diese historisch bestenfalls in England voll herausgebildet hatte. Die klare Formulierung dieses Antagonismus war die Voraussetzung für die Abgrenzung von allen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologien, die die proletarische Perspektive schon deshalb vernebeln konnten, weil sich der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat noch nicht voll entfaltet hatte und die proletarische Revolution in Deutschland nicht unmittelbar bevorstand. Sie war auch die Voraussetzung für die Beantwortung der Bündnisfrage, die Marx und Engels zunächst folgendermaßen beantworteten:

"Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt.

Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen." (Manifest, MEW Bd. 4, S. 472)

Mit den "konservativen", ja "reaktionären" Klassen, d.h. allen Klassen, die von der Bourgeoisie tendenziell vernichtet werden, halten Marx und Engels ein Bündnis nur für möglich, wenn diese Klassen ihren eigenen Standpunkt verlassen, d.h. wenn sie in ihrem Bewußtsein von ihrem zukünftigen Status als Angehörige des Proletariats ausgehen, statt von ihrem gegenwärtigen.

Das heißt aber, daß ein Bündnis mit diesen Klassen als Klassen nicht möglich schien. Für Deutschland vertraten Marx und Engels im Jahre 1847 im Gegenteil ein Bündnis des Proletariats gegen die "Kleinbürgerei", worunter sie auch die Bauernklasse rechneten:

"In Deutschland kämpft die Kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei. Sie unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß, als ebenso viele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können, damit nach dem Sturz der reaktionärer Klassen (9) in Deutschland sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt.

Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht und weil es diese Umwälzung unter fortgeschritteneren Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt als England im 17. und Frankreich im 18. Jahrhundert, die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann". (9a)

Diese Beantwortung der Bündnisfrage ist offensichtlich direkt abgeleitet aus dem Gegensatz der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt, d.h. der Bourgeoisie und des Proletariats zum Absolutismus und Feudalismus einerseits und dem Grundwiderspruch der bürgerlichen Gesellschaft, dem Klassenantagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat andererseits. Sie erklärt sich aus der Übertragung der grundsätzlich fortschrittlichen ökonomischen Funktion der Bourgeoisie auf ihre Politik, sodaß der ökonomisch fortgeschrittenste Teil des Bürgertums auch als der politisch revolutionärste eingeschätzt wurde. Diese Einschätzung erwies sich als falsch. Sie wurde nach der Revolution von 1848 teilweise modifiziert. Obwohl die bürgerliche Revolution von 1848 gescheitert war und die Reste des Feudalismus und Absolutismus nur z.T. beseitigt wurden, galt nicht mehr die große Bourgeoisie als entscheidender Bündnispartner. Diese hatte sich in der Revolution von 1848 völlig entlarvt und ihre Unfähigkeit bewiesen, die bürgerliche Revolution bis zum Ende durchzuführen. Am deutlichsten zeigte sich dies in ihrem Verrat an den Bauern. Anläßlich der Veröffentlichung des Hansemann-Gierkeschen Gesetzentwurfes stellt Marx die Halbherzigkeit der bourgeoisen "Revolutionäre" fest und entlarvt ihren Verrat an der Revolution auf dem Lande:

"Die Revolution auf dem Lande bestand in der tatsächlichen Beseitigung aller Feudallasten. Das Ministerium der Tat, das die Revolution anerkennt, erkennt sie auf dem Lande dadurch an, daß es sie unter der Hand vernichtet. Den ganzen alten Status Quo zurückzuführen ist unmöglich; die Bauern würden ihre Feudalbarone ohne weiteres totschlagen, das sieht selbst Herr Gierke ein. Man hebt also eine pomphafte Liste von unbedeutenden, nur hier und da existierenden Feudallasten auf und stellt die Hauptfeudallast, die sich in dem einfachen Wort Frondienste zusammenfaßt, wieder her." (1o) Diese Wiederherstellung der Frondienste erreichte die Bourgeoisie durch die Einführung einer "Entschädigung" für die Feudalherren, einer "Ablösung" der Feu-

9) d.h. also auch der "Kleinbürgerei"

(9a) a.a.O. S. 49f.

dallasten, indem sie das Feudaleigentum in bürgerliches Privateigentum der Feudalherren verwandelte und die Bauern indirekt den Feudalherren aufs neue auslieferte. Die "revolutionäre" Bourgeoisie tat 1848 nichts anderes als später der russische Zar in der "Bauernbefreiung" von 1861. Marx sah in dieser Verwandlung des Feudaleigentums in bürgerliches Eigentum der in Großgrundbesitzer verwandelten Feudalherren den schlagendsten Beweis dafür, "daß die deutsche Revolution von 1848 nur die Parodie der französischen Revolution von 1789 ist. Die französische Bourgeoisie von 1789 ließ ihre Bundesgenossen, die Bauern, keinen Augenblick im Stich. Sie wußte, die Grundlage ihrer Herrschaft war die Zertrümmerung des Feudalismus auf dem Lande, Herstellung der freien, grundbesitzenden Bauernklasse. Die deutsche Bourgeoisie von 1848 verrät ohne allen Anstand diese Bauern, die ihre natürliche Bundesgenossen, die Fleisch von ihrem Fleische sind und ohne die sie machtlos ist gegenüber dem Adel. Die Fortdauer, die Sanktion der Feudalrechte in der Form der (illusorischen) Ablösung, das ist also das Resultat der deutschen Revolution von 1848. Das ist die wenige Wolle von dem vielen Geschrei." (11)

Die deutsche Bourgeoisie entschied sich 1848 für den "preußischen Weg" (Lenin) in der Agrarfrage. Dies ist nur ein Ausdruck der Tatsache, daß die deutsche Bourgeoisie damals und erst recht später ausschließlich eine konterrevolutionäre politische Rolle spielte (12).

Was erklärt diese Wandlung innerhalb der internationalen Bourgeoisie 1848, die sich im Vergleich der frz. Bourgeoisie von 1789 und der deutschen von 1848 so schlagend zeigt? Marx und Engels hatten die Ursachen für diesen Sinneswandel tatsächlich schon im Kommunistischen Manifest aufgezeigt, als sie erklärten, daß die Kommunisten auf Deutschland ihr Hauptaugenmerk richteten, "weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht und weil es diese Umwälzung unter fortgeschritteneren Bedingungen überhaupt und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt als England im 17. und Frankreich im 18. Jahrhundert, die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann." (13) (a.a.O., S. 493). Dieser Auffassung war die deutsche Bourgeoisie offensichtlich ebenfalls. Jedenfalls zeichnete sich im Verhalten des rheinischen Handels- und Industriekapitals während der Revolution von 1848 schon jenes Bündnis zwischen Großkapital und preussischer Aristokratie ab, dessen Repräsentant der junkerliche Bourgeois Fürst Bismarck wurde, ein Bündnis, daß auch in Rußland geschlossen wurde und das heute im Weltmaßstab als Bündnis der westeuropäischen Bourgeoisie mit den Feudalherren und Grundbesitzern der unterdrückten Länder sich wiederholt, wobei freilich die Bourgeoisie inzwischen zum Schutzpatron des Feudalismus geworden ist. (13a)

Im Deutschland von 1848 zeigte sich deutlich, daß der ökonomisch fortgeschrittenste Teil der Bourgeoisie keineswegs ihr politisch fortschrittlichster Teil sein mußte, sondern auf Grund der fortgeschritteneren Zivilisation Europas, d.h. der Entfaltung des Klassengegensatzes von Bourgeoisie und Proletariat, jederzeit zum politischen Bündnis mit vorkapitalistischen herrschenden Klassen bereit war, wenn dies der Aufrechterhaltung und Entwicklung ihrer ökonomischen Herrschaft diente. In der Revolution von 1848 zeigte sich auch, daß die politischen Forderungen der Bourgeoisie höchstens von der "Kleinbürgerei", den ökonomisch zurückgebliebenen Teilen der Bourgeosie mehr oder weniger konsequent vertreten wurden. An die Stelle des Bündnisses von Bourgeoisie und Proletariat "gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei" mußte das Bündnis des Proletariats mit der Kleinbürgerei treten, das nicht weniger problematisch war. Denn selbstverständlich ließ sich die Kleinbürgerei nicht von ihren zukünftigen Interessen als Proletarier leiten, sondern von ihren gegenwärtigen als kleinen Warenbesitzer. Sie war deshalb ein mehr als unzuverlässiger Bündnispartner. Das galt auch von den Bauern, die sich infolge der schwachen Entwicklung des Kapitalismus von der städtischen Kleinbürgerei unterschieden, politisch aber zu ihr tendierten, in dem Maße, wie die Entfaltung des Geldverhältnisses auf dem Lande sie selbst in kleine Warenproduzenten verwandelte. Engels analysierte diese Bündnissituation während des Aufstandes von 1849 folgendermaßen: Die "Klasse der Kleinbürger" könnte "als die führende Klasse des Maiaufstandes 1849 betrachtet werden": "Dem Kleinbürgertum, groß im Prahlen, fehlt die Kraft zur Tat und es scheut ängstlich vor jedem Wagnis zurück.... Demgemäß munterte das Kleinbürgertum mit hochtrabenden Worten und prahlerischem Rühmen der Taten, die es verrichten werde, zum Aufstand auf; kaum war der Aufstand, sehr gegen seinen Willen, ausgebrochen, suchte es gierig, die Macht an sich zu reißen, machte aber von dieser Macht nur Gebrauch, um den Erfolg des Aufstandes zunichte zu machen." Der "wirklich kämpfende Kern der Aufständischen, jener Kern, der zuerst zu den Waffen griff und sich mit den Truppen schlug" bestand aus den "Arbeitern der Städte". Die Arbeiterklasse, die im "vollen Bewußtsein" zu den Waffen gegriffen hätte, "daß dieser Kampf in seiner unmittelbaren Zielsetzung nicht ihrer eigenen Sache gelte", vertrat die "richtig verstandenen wahren Interessen der ganzen Nation, indem sie den Verlauf der Revolution möglichst beschleunigte, jener Revolution, die für die veralteten Gesellschaftssysteme des zivilisierten Europa jetzt eine geschichtliche Notwendigkeit geworden ist, bevor sie daran denken können, ihre Kräfte wieder ruhiger und gleichmäßiger zu entfalten."

Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat stand die Landbevölkerung, ihrereseits keineswegs eine homogene Klasse: "Die Landbevölkerung, die sich dem Aufstand anschloß,

10) M. und E., Die Revolution von 1848, Berlin 1966, S. 187 f
11) a.a.O. S. 191
12) s. dazu das Vorwort von Engels zu "Der deutsche Bauernkrieg" (Ausg. 1870 und 1875 MEW 7, S. 534 f. u. S. 539
13) MEW 4, S. 493

wurde der Revolutionspartei in der Hauptsache wegen der unverhältnismäßig schweren Steuerlasten, teils durch die drückenden Feudallasten in die Arme getrieben. Ohne eigene Initiative, stellte sie ein Anghängsel der anderen Klassen dar, die in den Aufstand getreten, und schwankte zwischen den Arbeitern auf der einen und dem Kleinbürgertum auf der anderen Seite hin und her. Fast in jedem Fall entschied ihre besondere Lage, welcher Seite sie sich zuwandte; die Landarbeiter schlossen sich in der Regel den städtischen Arbeitern an; die Kleinbauern waren geneigt, mit den Kleinbürgern Hand in Hand zu gehen."(14)

Die Erfahrungen der Revolution von 1848/49, die in mancher Hinsicht der Prognose des kommunistischen Manifestes widersprachen, führten zu einer partiellen Modifikation der proletarischen Strategie in Deutschland, die Marx und Engels in der "Ansprache der Zentralbehörde an den Bund" vom März 1850 neuformulierten. Die wichtigste Modifikation betrifft die Einschätzung der großen Bourgeoisie, die ihre politisch konterrevolutionäre Funtion 1848/49 bewiesen und die bürgerliche Revolution keineswegs zu Ende geführt hatte, weil sie die Arbeiter niederhalten wollte.(15), "Konnte die Bourgeoisie diese nicht durchführen, ohne sich mit der im März beseitigten feudalen Partei zu verbinden, ohne schließlich sogar dieser feudalen absolutistischen Partei die Herrschaft wieder abzutreten, so hat sie sich doch Bedingungen gesichert, die ihr auf die Dauer durch die Finanzverlegenheiten der Regierung die Herrschaft in die Hände spielen und alle ihre Interessen sicherstellen würden, wäre es möglich, daß die revolutionäre Bewegung schon jetzt in eine sogenannte friedliche Entwicklung verliefe."(16)

Diese friedliche Entwicklung werde jedoch nicht eintreten, vielmehr stehe eine neue Revolution in Deutschland bevor, die entweder durch eine "selbständige Erhebung des französischen Proletariats" oder durch die "Invasion der Heiligen Allianz gegen das revolutionäre Babel", d.h. Paris, eingeleitet werden würde. In dieser Revolution würde die verräterische Rolle der großen Bourgeoisie im Jahr 1848 von den demokratischen Kleinbürgern übernommen:"Die kleinbürgerlich-demokratische Partei in Deutschland ist sehr mächtig. Sie umfaßt nicht nur die große Mehrheit der bürgerlichen Einwohner der Städte, die kleinen industriellen Kaufleute und die Gewerbemeister; sie zählt in ihrem Gefolge die Bauern und das Landproletariat, solange dies noch nicht in dem selbständigen Proletariat der Städte eine Stütze gefunden hat. Das Verhältnis der revolutionären Arbeiterpartei zur kleinbürgerlichen Demokratie ist dies: sie geht mit ihr zusammen gegen die Fraktion, deren Sturz sie bezweckt, sie tritt ihnen gegenüber in allem, wodurch sie sich für sich selbst festsetzen wollen."(17) Gegenüber den demokratischen Kleinbürgern, die lediglich eine "Änderung der gesellschaftlichen Zustände" erstreben, "wodurch ihnen die bestehende Gesellschaft möglichst erträglich und bequem gemacht wird"(18), muß der Schlachtruf des Proletariats die "Revolution in Permanenz" sein (19), wobei es freilich "keinem Zweifel" unterliegt, "daß die kleinbürgerliche Demokratie während der weiteren Entwicklung der Revolution für einen Augenblick den überwiegenden Einfluß in Deutschland erhalten wird."(20) Grundvoraussetzung für die Strategie der "Revolution in Permanenz" ist selbstverständlich die selbständige Organisation des Proletariats, deren Notwendigkeit im kommunistischen Manifest herausgearbeitet wurde.

Gestützt auf diese selbständige Organisation sollte das Proletariat die Demokraten zwingen, über ihre eigenen Ziele hinauszugehen: "Der erste Punkt, bei dem die bürgerlichen Demokraten mit den Arbeitern in Konflikt kommen werden, wird die Aufhebung des Feudalismus sein: wie in der ersten französischen Revolution werden die Kleinbürger die feudalen Ländereien den Bauern als freies Eigentum geben, d.h. das Landproletariat bestehen lassen und eine kleinbürgerliche Bauernklasse bilden wollen, die denselben Kreislauf der Verarmung und Verschuldung durchmacht, worin jetzt noch der französische Bauer begriffen ist.

Die Arbeiter müssen diesem Plane im Interesse des Landproletariats und in ihrem eigenen Interesse entgegentreten. Sie müssen verlangen, daß das konfiszierte Feudaleigentum Staatsgut bleibt und zu Arbeiterkolonien verwandt wird, die das assoziierte Landproletariat mit allen Vorteilen des großen Ackerbaues bearbeitet und wodurch das Prinzip des gemeinsamen Eigentums sogleich eine feste Grund lage mitten in den wankenden bürgerlichen Eigentumsverhältnissen erlangt. Wie die Demokraten mit den Bauern, müssen sich die Arbeiter mit dem Landproletariat verbinden." (21)

Dies galt zu der Zeit, zu der sich die neuen kleinbürgerlichen Regierungen, nachdem im Bündnis mit dem Proletariat der Feudalismus und die Groß-Bourgeoisie besiegt worden waren, einigermaßen befestigt hätten.

Die Basis möglicher Bündnisse reduzierte sich dann auf die Einigung innerhalb des Proletariats selber, auf die einheitliche Aktion des Land- und des Fabrikproletariats gegen die Kleinbürger und die Bauern.

Die Bauern wurden also nach wie vor als "natürliche Bundesgenossen" der Bourgeoisie verstanden, jetzt allerdings der kleinen Bourgeoisie, die Marx und Engels inzwischen für den einzigen politisch revolutionären Teil der Bourgeoisie hielten. Das Proletariat sollte in der antifeudalen, demokratischen Revolution den Klassenkampf aufs Land tragen, sich mit dem

14) Engels, Revolution und Konterrevolution, Berlin 1963; die Zitate finden sich auf S. 144-146.

15) Engels meinte 1870, die deutsche Bourgeoisie sei freilich weniger vor dem deutschen Proletariat als vor dem frz. Proletariat in Furcht geraten. "Die Pariser Junischlacht 1848 zeigte ihr, was sie zu erwarten habe, das deutsche Proletariat war gerade erregt genug, um ihr zu beweisen, daß auch hier die Saat für dieselbe Ernte schon im Boden stecke und von dem Tage an war der politischen Aktion der Bourgeoisie die Spitze abgebrochen". MEW 7, S. 535

16) MEW 7, S. 245.

17) a.a.O. S. 246 f.

18) a.a.O. S. 247

19) a.a.O. S. 254

20) a.a.O. S. 248

21) a.a.O. S. 251 f.

Landproletariat verbinden und die Fixierung einer "kleinbürgerlichen Bauernklasse" verhindern. Zur Fixierung dieser kleinbürgerlichen Bauernklasse bedurfte es, nachdem die Tausch- und Geldbeziehungen tief in die Landwirtschaft eingedrungen waren, nur noch der Verwandlung des Feudaleigentums am Grund und Boden in Privateigentum der Bauern. Stattdessen sollte das konfiszierte Feudaleigentum Staatseigentum werden und durch das assoziierte Landproletariat bebaut werden. Wie weit dies, ein erster Schritt der Revolution in Permanenz über die kleinbürgerliche Revolution hinaus, gelingen würde, hing von der Stärke des Proletariats und seiner Fähigkeit ab, das Landproletariat dem Einfluß der Kleinbourgeoisie zu entziehen. Aber selbst wenn es nicht gelang, die Fixierung einer kleinbürgerlichen Bauernklasse zu verhindern durch die Nationalisierung des Feudaleigentums, sollten auf jeden Fall alle inzwischen zur Fessel gewordenen vorbürgerlichen Eigentumsformen beseitigt werden: "Am allerwenigsten darf geduldet werden, daß eine Form des Eigentums, die noch hinter dem modernen Privateigentum steht und sich überall notwendig in dies auflöst, das Gemeindeeigentum und die daraus hervorgehenden Streitigkeiten zwischen armen und reichen Gemeinden, sowie das neben dem Staatsbürgerrecht bestehende Gemeindebürgerrecht mit seinen Schikanen gegen die Arbeiter sich durch eine sogen. freie Gemeindeverfassung verewige." (22)

Marx und Engels sahen also nicht nur in der damaligen deutschen Bauernschaft keine selbständige revolutionäre Kraft, sondern sahen sie im Gegenteil so an die Kleinbourgeoisie gekettet, daß die ersten sozialistischen Maßnahmen auf dem Lande gegen den Widerstand der Bauern durch das Proletariat erkämpft werden müßten. Die sozio-ökonomische Grundlage dieser Einschätzung war die Entwicklung der Warenwirtschaft auf dem Lande, die die ohnehin zersplitterten Bauernwirtschaften in lauter kleine voneinander unabhängige Monaden aufteilte.

Die Perspektive einer unmittelbar bevorstehenden kleinbürgerlichen Revolution in Deutschland, ausgelöst durch das französische Proletariat und in Permanenz gesetzt durch das deutsche Proletariat, bis dieses schließlich mit seinen siegreichen französischen Klassengenossen gleichziehen konnte, erwies sich als falsch.
Kurze Zeit später legten Marx und Engels die Gründe dar, warum diese Revolution nicht stattfand. Eine Analyse der Entwicklung des Welthandels vor 1848 und danach hatte gezeigt, daß dieser Revolution eine große industrielle Krise zugrunde gelegen hatte, der seit 1849 auch auf dem Kontinent eine neue Prosperitätsphase folgte: "Bei dieser allgemeinen Prosperität, worin die Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft sich so üppig entwickeln, wie dies innerhalb der bürgerlichen Verhältnisse überhaupt möglich ist, kann von einer wirklichen Revolution keine Rede sein." (26) Zwar laboriere in Frankreich die große Masse des Bauerntums an großer Depression, die "Geschichte der letzten drei Jahre hat indes zur Genüge bewiesen, daß diese Klasse der Bevölkerung durchaus keiner revolutionären Initiative fähig ist." (27)

Die Lage der Bauernschaft war also zwar weniger direkt mit der Entwicklung des kapitalistischen Krisenzyklus verbunden als die des Proletariats. Aber ihre permante und zunehmende Auspowerung befähigte sie noch keineswegs zu einer revolutionären Initiative, die nur vom Proletariat ausgehen konnte. Zwischen einer möglichen revolutionären Initiative des Proletariats und der Krisenentwicklung des Kapitalismus bestand ein enger Zusammenhang. Dieser Zusammenhang verwies auf die Notwendigkeit einer konkreten Analyse der Entwicklung des Weltmarkts von der der revolutionäre Prozeß in Europa abhing.

→

22) a.a.O. S. 252

26) Revue, Mai bis Oktober 1850, MEW 7,S. 440

(27)
Die Ursache für diese revolutionäre Unfähigkeit der "Klasse, welche innerhalb der Zivilisation die Barbarei vertritt" (Klassenkämpfe in Frankreich, MEW 7, S. 44) hat Marx im "Achzehnten Brumaire des Louis Bonaparte" analysiert: "Die Parzellenbauern bilden eine ungeheure Masse, deren Glieder in gleicher Situation leben, aber ohne in mannigfache Beziehung zueinander zu treten. Ihre Produktionsweise isoliert sie voneinander, statt sie in wechselseitigen Verkehr zu bringen (...) Jede einzelne Familie genügt beinahe sich selbst, produziert unmittelbar selbst den größten Teil ihres Konsums und gewinnt so ihr Lebensmaterial mehr im Austausch mit der Natur als im Verkehr mit der Gesellschaft. Die Parzelle, der Bauer und die Familie; daneben eine andere Parzelle, ein anderer Bauer und eine andere Familie. Ein Schock davon macht ein Dorf, und ein Schock von Dörfern macht ein Departement. So wird die große Masse der französischen Nation gebildet durch einfache Addition gleichnamiger Größen, wie etwa ein Sack von Kartoffeln einen Kartoffelsack bildet. Insofern Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzbedingungen leben, die ihre Interessen und ihre Bildung von denen der andern Klassen trennnen und ihnen feindlich gegenüber stellen, bilden sie eine Klasse. Insofern ein nur lokaler Zusammenhang unter den Parzellenbauern besteht, die Dieselbigkeit ihrer Interessen keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine politische Organisation unter ihnen erzeugt, bilden sie keine Klasse."(MEW 8, S. 198)
Obwohl die Bauern genauso ausgebeutet werden vom Kapital wie die Arbeiter (vgl. MEW 7, S. 84) sind sie doch das Gegenteil des Proletariats: während das Proletariat durch das Kapital selber organisiert wird, bleibt der Bauer an seine isolierte Parzelle gefesselt, solange er Bauer bleibt.

Durch Kürzungen fielen weg: Anm. 23, 24, 25, 28-34.

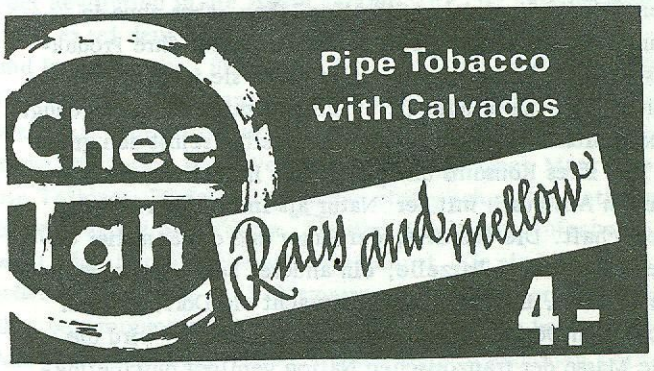
IV. Vorkapitalistische Abwehrbewegungen und nationale Befreiungsbewegung

Wie Marx und Engels im Manifest aus dem Antagonismus zwischen Proletariat und Bourgeoisie, direkt die revolutionäre Strategie des Proletariats ableiten wollten und so für Deutschland, wo eine bürgerliche Revolution bevorstand, ein Bündnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat postulierten, so vernachlässigten sie auch völlig die Widersprüche zwischen Kapitalismus und vorkapitalistischen Gesellschaften. Das "Manifest" zeigt im wesentlichen folgende Tendenz: die völlige Polarisierung zwischen Bourgeoisie und Proletariat im Weltmaßstab. Wie die Bündnisfrage mit der Kleinbourgeoisie und der Bauernschaft nicht gestellt wird, so wird auch die Entwicklung des Kapitalverhältnisses linear gesehen, d.h. von seinem Ende her, an dem es nur noch kapitalistische Nationen gibt. Diese Sicht konzentrierte in der konkreten Situation den Blick auf die europäischen Länder; die Expansion ihrer kapitalistischen Produktionsverhältnisse wurde für selbstverständlich gehalten, sofern sie nicht im Zentrum gebrochen wurden. Dieses Zentrum war England und die Verallgemeinerung seiner Zustände wurde selbst im Vorwort zum Kapital beinahe für selbstverständlich gehalten (35).

Entsprechend treten die vorkapitalistischen Länder im Manifest bloß als passive Materiatur auf, in der sich das Kapitalverhältnis im Weltmaßstab zunehmend entfaltet, um eine mehr oder weniger homogene internationale kapitalistische Gesellschaft herzustellen: "Die große Industrie hat den Weltmarkt hergestellt, den die Entdeckung Amerikas vorbereitete (...). Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden glich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht mehr im Lande selbst, sondern in allen Erdteilen verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander, (...). Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. selbst Bourgeoisie zu werden. Mit einem Wort sie schafft sich eine Welt nach ihrem Bilde.

Die Bourgeosie hat das Land der Herrschaft der Stadt unterworfen. Sie hat enorme Städte geschaffen, sie hat die Zahl der städtischen Bevölkerung gegenüber der ländlichen in hohem Grade vermehrt und so einen bedeutenden Teil der Bevölkerung dem Idiotismus des Landlebens entrissen. Wie sie das Land von der Stadt, hat sie die barbarischen und halbbarbarischen Länder von den zivilisierten, die Bauernvölker von den Bourgeoisvölkern, den Orient vom Okzident abhängig gemacht." (36)

Hier ist das Verhältnis von Stadt und Land in den Metropolen selbst und von Metropolen und vorkapitalistischen Ländern direkt parallel gesetzt. Wie die Bauernschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat zerrieben wird, so werden die vorkapitalistischen Verhältnisse in den barbarischen und halbbarbarischen Ländern notwendig durch den kapitalistischen Warenexport vernichtet. Die Rolle dieser Länder, sofern sie den kapitalistischen Weltmarkt Widerstand leisten und sich nicht die Produktionsweise der Bourgeoisie aneignen, sind reaktionär. Sie sind zum Untergang verurteilt. Der Polarisierung in den Metropolen, aus der allein die klassenlose Gesellschaft hervorgehen kann, entspricht ein lineares Entwicklungsmodell, das diese Polarisierung global verallgemeinert. Das hatte wichtige strategische Implikationen, wenn einerseits das Konzept der proletarischen Weltrevolution aufrechterhalten wurde, wie es dem Manifest zugrundeliegt und andererseits von der Aktualität der proletarischen Revolution in den Metropolen ausgegangen wurde. In einem Brief an Engels vom 8.4.1858 warf Marx dann auch die Frage auf, welche Situation sich für eine proletarische Revolution in Westeuropa ergeben würde, wenn zwar die ganze Welt in den Bannkreis des Kapitals gezogen ist, aber das Kapital erst in Westeuropa seinen revolutionären Gegenpart, das revolutionäre Proletariat, soweit entwickelt hat, daß es die Frage der Machtübernahme stellen konnte:



35) vgl. Vorwort zum 1. Bd. des "Kapital", MEW 23, S. 12 "Das industriell entwickelte Land zeigt dem minderentwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft".

36) MEW 4, S. 465 f., vgl. Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2, S. 476

"Wir können es nicht leugnen, daß die bürgerliche Gesellschaft zum zweiten Mal ihr 16. Jahrhundert erlebt hat, ein 16. Jahrhundert, von dem ich hoffe, daß es sie ebenso ins Grabe läutet wie das erste sie ins Leben poussierte. Die eigentliche Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft ist die Herstellung des Weltmarkts, wenigstens seinen Umrissen nach, und einer auf seiner Basis ruhenden Produktion. Da die Welt rund ist, scheint dies mit der Kolonisation von Kalifornien und Australien und dem Aufschluß von China und Japan zum Abschluß gebracht. Die schwierige Question für uns ist die: auf dem Kontinent ist die Revolution imminent und wird auch sofort einen sozialistischen Charakter annehmen, wird sie in diesem kleinen Winkel nicht notwendig gecrusht werden, da auf viel größerem Terrain das movement der bürgerlichen Gesellschaft erst ascendant ist?" (37)

Ging Marx davon aus, daß mit der Herstellung des kapitalistischen Weltmarktes die Funktion der kapitalistischen Produktionsweise erfüllt war, so hielt er doch an der historischen und systematischen Priorität der sozialistischen Revolution in den Metropolen fest, weil hier allein die Polarisierung zwischen Bourgeoisie und Proletariat soweit fortgeschritten war, daß eine Revolution sofort sozialistischen Charakter annehmen mußte. Die Annahme der systematischen und historischen Priorität der sozialistischen Revolution in den Metropolen, die unmittelbar aus den allgemeinen Voraussetzungen der Möglichkeit der proletarischen Revolution ergab, und die gleichzeitige Annahme einer mehr oder weniger linearen Entwicklung des Kapitalverhältnisses , führte zu der bestimmten Fassung des Problems der Ungleichzeitigkeit der proletarischen Revolution, die Marx in seinem Brief an Engels formulierte: die sozialistische Revolution in Europa lief, wenn sie in Europa isoliert stattfand, Gefahr, zerschlagen zu werden; andererseits schienen bloß in Europa die Verhältnisse für eine sozialistische Revolution reif zu sein. Mit einem anderen Akzent als Marx im Jahr 1858, nämlich weniger auf die Gefahr einer Zerschlagung der proletarischen Revolution abhebend, als vielmehr auf ihren beispielhaften Charakter für die "zurückgebliebenen" Länder, vertrat Engels diese Auffassung noch in seinem Brief an Kautsky vom 12.9.1882. Dieser Brief wurde von Lenin häufig herangezogen, um den Sozialimperialismus in der II. Internationale zu bekämpfen. Kramer sieht im Brief dagegen einen Beleg für den "Evolutionismus" Engels im Dienste des Hegemonieanspruchs der II. Internationale. (38) Ich zitiere die entscheidende Passage vollständig:

"Sie fragen mich, was die englischen Arbeiter von der Kolonialpolitik denken? Nun, genau dasselbe, was sie von der Politik überhaupt denken: dasselbe was die Bourgeois denken. Es gibt hier ja keine Arbeiterpartei, es gibt nur Konservative und Liberal-Radikale, und die Arbeiter zehren flott mit von dem Weltmarkts- und Kolonialmonopol Englands. Meiner Ansicht nach werden die eigentlichen Kolonien, d. h. von europäischer Bevölkerung besetzten Länder, Kanada , Kap, Australien, alle selbstständig werden; dagegen die bloß beherrschten, von Eingeborenen bewohnten Länder, Indien, Algier, die holländischen, portugiesischen und spanischen Besitzungen, vom Proletariat vorläufig übernommen werden und so schnell wie möglich der Selbstständigkeit entgegengeführt werden müssen. Wie sich dieser Prozess entwickeln wird, ist schwer zu sagen, Indien macht vielleicht Revolution, sogar sehr wahrscheinlich, und da das sich befreiende Proletariat keine Kolonialkriege führen kann, würde man es gewähren lassen; wobei es natürlich nicht ohne allerhand Zerstörung abgehn würde, aber dergleichen ist eben von allen Revolutionen unzertrennlich. Dasselbe könnte sich auch noch anderwärts abspielen, z. B. in Algier und Ägypten und wäre für uns sicher das beste. Wir werd en genug zu hause zu tun haben. Ist Europa erst reorganisiert und Nordamerika, so gibt das eine so kolossale Macht und ein solches Exempel, daß die halbzivilisierten Länder ganz von selbst ins Schlepptau kommen; das besorgen allein schon die ökonomischen Bedürfnisse. Welche sozialen und politischen Phasen diese Länder dann aber durchzumachen

37) MEW 29, S. 360

38) Es ist in der bürgerlichen Geschichtsschreibung üblich, Engels "Evolutionismus" vorzuwerfen. Kramer erweiterte den Vorwurf, indem er Engels implizit eine Tendenz zum Sozialimperialismus vorwirft. Diesen Vorwurf zieht er aus St. Schrams Einleitung zu "Le marxisme et l'Asie" 1853-1964, Paris 1965, S. 26. Richtig ist, daß Engels ebenso wie Marx die progressive Rolle der Bourgeoisie in der Herstellung des Weltmarktes anerkannte und eine selbst ändige sozialistische Revolution in den unterdrückten und zurückgebliebenen Ländern nicht für möglich hielt, wohl aber nationale Revolutionen, die er für progressiv hielt. Die Anerkennung der progressiven Rolle der Bourgeoisie bedeutet nicht im geringsten eine Aussöhnung mit der Bourgeoisie. Sie bedeutet allerdings aber, daß die Bourgeoisie nur durch das Proletariat besiegt werden könne, d.h., daß die sozialistische Revolution bloß in den Metropolen stattfinden könne. Die sozialistische Revolution würde mit der kapitalistischen Unterdrückung der zurückgebliebenen Länder Schluß machen. In dieser Auffassung, die auch die Auffassung Rosa Luxemburgs war und die heute noch Linkskommunisten wie Paul Mattick dogmatisch vertreten, steckt natürlich kein Stück Sozialimperialismus, denn sie verwischt keineswegs den Klassengegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Der Sozialimperialismus der II. Internationale dagegen verschleiert den Klassengegensatz zugunsten der zivilisatorischen Funktion der westlichen Kultur.

(Die zit. Passage des Briefes an Kautsky findet sich in MEW 35, S. 357f.)

Engels spricht von dem Verhältnis des siegreichen Proletariats zu den von der Bourgeoisie unterdrückten Nationen, die Sozialimperialisten sprachen von den kapitalistischen Staaten und deren humanen Funktion. Im übrigen scheint Engels an national-bürgerliche Revolutionen in Indien und Ägypten gedacht zu haben, die die proletarische Revolution in Europa für die Erkämpfung ihrer Unabhängigkeit ausnützen würden, aber nicht unmittelbar den Aufbau des Sozialismus einleiten könnten, es sei denn, die proletarische Revolution im Westen rüttle das urkommunistische Element in diesen Ländern, die Bauern, auf. (s. Anm. 73)

haben, bis sie ebenfalls zur sozialistischen Organisation kommen, darüber glaube ich, können wir heute nur ziemlich müßige Hypothesen aufstellen. Nur das eine ist sicher: das siegreiche Proletariat kann keinem fremden Volk irgendwelche Beglückung aufzwingen, ohne damit seinen eigenen Sieg zu untergraben. Womit natürlich Verteidigungskriege verschiedener Art keineswegs ausgeschlossen sind." Dieser Brief zeigt zu dem Brief Marxens keine wesentliche Differenz außer der, daß er die Gefahr für ein sozialistisches Europa zerschlagen zu werden wesentlich geringer einschätzt als Marx im Jahre 1858. Dies erklärt er mit der kolossalen Macht, die ein sozialistisches Europa darstellen würde. Wird der Brief isoliert betrachtet, so erscheint er ziemlich widersprüchlich. Er behandelt zwei Fragen: einerseits die politische Apathie des Proletariats gerade im fortgeschrittensten Industrieland, dem England des Weltmarkts- und Kolonialmonopols, und andererseits das Verhältnis des Aufbaus des Sozialismus in den Metropolen, d. h. selbstverständlich unter Einschluß Englands, zu den früheren Kolonien. Gerade das Verhältnis von Kolonialpolitik und Machtergreifung des Proletariats wird nicht behandelt. Wie sich das siegreiche Proletariat gegenüber den Kolonien verhält, behandelt Engels. Wie sich das Proletariat derzeit in der Kolonialfrage verhält, zeigt Engels gleichfalls. Wie aber das apathische Proletariat, das durch Weltmarkt- und Kolonialmonopol ideologisch korrumpiert ist, die Macht ergreifen soll, zeigt Engels nicht. Damit ist das Problem der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung des Kapitalverhältnisses im Weltmaßstab in dem Brief Engels implizit in radikalerer Form enthalten als in Marxens Brief von 1858. Marx hatte gefragt, wie soll sich das in Europa siegreiche Proletariat an der Macht halten gegen die übrige Welt, in der der Kapitalismus sich erst entfaltet; der Brief von Engels stellt die Frage, wie soll das Proletariat in Europa überhaupt siegen können, solange es durch Weltmarkt- und Kolonialmonopol seiner Bourgeoisie von dieser gar nicht zum Kampf gezwungen ist. Zur Rechtfertigung des Sozialimperialismus konnte dieser Brief nicht herangezogen werden. In dieser Hinsicht war er zu eindeutig. Aber wie denn überhaupt das Proletariat in Europa die Macht ergreifen könne, diese Frage wurde in ihm nicht geklärt.

Es ist in diesem Brief freilich nur vom englischen Proletariat die Rede; aber wie sollte der Sozialismus in Europa siegen, wenn England, die Hauptmacht des Kapitalismus, nicht radikal umgewälzt würde?

Diese Frage wurde von Marx und Engels nach dem Scheitern der Revolution von 1848 immer wieder aufgenommen. Die Revolution von 1848 hatte deutlich den Zusammenhang zwischen Revolution und Krise gezeigt und damit die Notwendigkeit der Analyse des Weltmarktes bewiesen. Diese Analyse blieb innerhalb der Perspektive des kommunistischen Manifestes, d.h. die nichtkapitalistischen Länder wurden als passive Materiatur der Expansion des Kapitalverhältnisses verstanden. Entsprechend interessierten diese Länder vor allem insofern, als ihre inneren Verhältnisse positiven oder negativen Einfluß auf die Entwicklung des Weltmarkts und dadurch vermittelt auf die revolutionäre Bewegung in den Metropolen hatten. Die Einschätzung der inneren Verhältnisse vor allem Chinas und Indiens, war entsprechend ambivalent: einerseits wurde die progressive Funktion des Kapitalismus in seiner Vernichtung aller vorkapitalistischen Strukturen weiterhin anerkannt, andererseits wurde jede Hemmung, die diese inneren Verhältnisse für die Expansion des Kapitals bedeuteten, als möglicher Krisenfaktor betrachtet, der die revolutionäre Bewegung in Europa beschleunigen konnte. So hatte Marx 1853 geschrieben: "Ein sehr tiefgründiger, doch etwas phantasiereicher Erforscher der Bewegungsgesetze der Menschheit (Hegel) pflegte das, was er das Gesetz von der Einheit der Gegensätze nannte, zu einem der herrschenden Naturgeheimnisse zu erheben. Nach seiner Ansicht war das schlichte Sprichwort 'Die Extreme berühren sich' eine erhabene und machtvolle Wahrheit auf jedem Gebiet des Lebens, ein Axiom, auf das der Philosoph ebensowenig verzichten könne wie der Astronom auf die keplerschen Gesetze oder auf die große Entdeckung Newtons. Ob nun die 'Einheit der Gegensätze' wirklich ein derartig allgemein gültiges Prinzip ist oder nicht: dafür ist der Einfluß, den die chinesische Revolution aller Wahrscheinlichkeit nach auf die zivilisierte Welt ausüben wird, ein treffendes Beispiel. Scheinbar ist es eine sehr seltsame und sehr paradoxe Behauptung, daß die nächste Erhebung der Völker Europas und ihr nächster Schritt im Kampf für republikanische Freiheiten und ein wohlfeileres Regierungssystem wahrscheinlich in großem Maße davon abhängig sein dürfte, was sich jetzt im Reich des Himmels - dem direkten Gegenpol Europas abspielt..." (39)

Die Revolution, die England mit seinen billigen Waren und seinen Kanonen nach China gebracht habe, müsse auf England zurückwirken, weil sie den chinesischen Markt einschrumpfen lasse und dadurch die Krisenentwicklung zwangsläufig beschleunige. Die chinesische Revolution an sich interessierte Marx kaum, auf ihren Inhalt geht er nicht ein; er beschreibt sie als bloße Auflösungserscheinung des alten China, das unter dem Einbruch Englands wie eine alte Mumie zerfalle, die mit frischer Luft in Berührung komme. Die chinesische Revolution könnte der Auslöser der europäischen Revolution sein, denn ohne "Handels- und Finanzkrise hat es seit Beginn des 18. Jahrhunderts keine ernstliche Revolution" gegeben. Die chinesische Revolution wird als ökonomischer Faktor für eine Revolution in Europa beschrieben, als beschleunigendes Moment einer allgemeinen Krise: "Daß Europa sich durch Kriege oder Revolution in die Haare geraten wird, ist unwahrscheinlich, es sei denn, im Gefolge einer allgemeinen Handels- und Industriekrise, für die das Signal wie gewöhnlich von England, dem Repräsentanten der europäischen Industrie auf dem Weltmarkt, gegeben werden müßte" (40). In sich selber hatte diese Revolution keine Perspektive. 1862 schrieb Marx über die Taipings: "Originell an dieser chinesischen Revolution sind in der Tat nur ihre Träger. Sie sind sich keiner Aufgabe bewußt, den Dynastiewechsel abgerechnet. Sie sind ein noch größerer Greuel für die Volksmasse als für die alten Herrscher. Ihre Bestimmung scheint keine andere, als dem konservativen Marasmus gegenüber die Zerstörung ohne irgendeinen Keim der Neubildung geltend zu machen (...) Der Taiping stellt offenbar den Teufel in persona vor, wie ihn die chinesische Ge-

39) Die Revolution in China und Europa, MEW 9, S. 95

40) a.a.O. S. 102

sellschaft sich vorstellen muß. Aber auch nur in China war dieselbe Sorte Teufel möglich. Sie ist der Absprung eines fossilen Gesellschaftslebens" (41). China mußte gemäß der Perspektive des kommunistischen Manifestes, nachdem es einmal aufgebrochen war, entweder die kapitalistische Produktionsweise übernehmen oder die Beute der rundum lauernden europäischen Staaten werden. Die Rebellion gegen das Eindringen des Kapitalismus hatte keine Perspektive. Sie war reaktionär. Diese Einschätzung Marxens ergab sich offensichtlich daraus, daß die Taipingrebellion eine dem Kapitalismus externe Bewegung war, eine bloße Abwehr seines Vordringens, nicht aber Ausdruck der inneren Widersprüche des Kapitalismus selber, deren Verschärfung sie allerdings mittelbar bewirken konnte.

Anders verhielt es sich mit den revolutionären Bewegungen in den gegenüber dem kapitalistischen Kernland zurückgebliebenen kontinentalen Staaten. Diese hatten ihre Ursache in den Krisen des Kapitalismus, wie sie sich 1848 gezeigt hatten. Diese Krisen gingen aus von England, doch riefen sie dort keine unmittelbar revolutionären Bewegungen hervor. In der Analyse der Revolution von 1848 und der ihr zugrundeliegenden Krise hatte Marx festgestellt: "Wie die Periode der Krise später eintritt auf dem Kontinent als in England, so die der Prosperität. In England findet stets der ursprüngliche Prozeß statt; es ist der Demiurg des bürgerlichen Kosmos. Auf dem Kontinent treten die verschiedenen Phasen des Zyklus, den die bürgerliche Gesellschaft immer von neuem durchläuft, in sekundärer und tertiärer Form auf.(...) Wenn daher die Krisen zuerst auf dem Kontinent Revolutionen erzeugen, so ist doch der Grund derselben stets in England gelegt. In den Extremitäten des bürgerlichen Körpers muß es natürlich eher zu gewaltsamen Ausbrüchen kommen als in seinem Herzen, da hier die Möglichkeit der Ausgleichung größer ist als dort. Andererseits ist der Grad, worin die kontinentalen Revolutionen auf England zurückwirken, zugleich der Thermometer, an dem es sich zeigt, inwieweit diese Revolutionen wirklich die bürgerlichen Lebensverhältnisse in Frage stellen, oder wieweit sie nur ihre politischen Formationen treffen" (42).

Die wesentliche Differenz zwischen der Taipingrevolte in China und den Revolutionen von 1848 auf dem europäischen Kontinent bestand also darin, daß China noch nicht Extremität des bürgerlichen Körpers geworden war, daß der Kapitalismus gerade erst eine Bresche in die vorkapitalistische Produktionsweise geschlagen hatte, daß sie bloße Hemmung der Erweiterung des kapitalistischen Marktes war, aber nicht Ausdruck der Krise dieses Marktes, die ausgehend vom Herz des Kapitalismus die Extremitäten der bürgerlichen Gesellschaft (zu denen China gerade noch nicht gehörte) erschütterte und je nach der Intensität der Revolutionen, die sie hervorrief, mehr oder weniger revolutionär auf dieses Herz zurückwirkte. Der Taiping aufstand war gerade "Absprung", d.h. Splitter, Auflösungsmoment der fossilen chinesischen Gesellschaft, Ausdruck ihrer Erschütterung, nicht Zeichen der Vibrationen, die im Körper der bürgerlichen Gesellschaft selbst vorgingen. Deshalb konnte er auch bloß mechanisch, über den Marktmechanismus, auf England zurückwirken. Das Verhältnis der Revolutionen auf dem Kontinent zum Herz der bürgerlichen Gesellschaft zu England war demgegenüber ein wirkliches Wechselverhältnis: ihre Ursache lag unmittelbar in der ökonomischen Entwicklung Englands und dementsprechend konnten sie auch unmittelbar auf England zurückwirken, wenn sie eine entsprechende Intensität erreichten. Sie waren keine reaktionären Abwehrbewegungen gegen den Kapitalismus, sondern dessen ureigenster und unverhüllter Ausdruck. Dies ist der Grund, warum Marx und Engels dem Taipingaufstand, ebenso wie dem Aufstand der Sepoy in Indien sehr distanziert gegenüberstanden. Dies zeigt ihre historische Differenz zu Lenin, zu dessen Zeit in der Epoche des Imperialismus diese Länder tatsächliche Extremitäten der bürgerlichen Gesellschaft geworden waren und ihre Erschütterungen dementsprechend unmittelbar zu Erschütterungen des im Weltmaßstab herrschenden Kapitalverhältnisses führen konnten. Damit stellte sich überhaupt erst die Bündnisfrage für das Proletariat, die der Taiping- oder Sepoyaufstand für Marx und Engels nicht stellten.

Bestimmte Länder sind dann endgültig in das Kapitalverhältnis einbezogen, wenn im Handel mit ihnen nicht bloß kapitalistischer Mehrwert realisiert wird, sondern wenn ihre eigenen Produktionsverhältnisse der Mehrwertproduktion unterworfen worden sind. Diese Länder werden als Länder ausgebeutet, wenn der produzierte Mehrwert von Kapitalisten fremder Länder angeeignet wird, sei es durch ungleichen Tausch oder durch direkten Kapitalentzug, dabei braucht dieser Mehrwert nicht durch freie Lohnarbeit erzeugt zu werden. Unter diesen Bedingungen ist die "Möglichkeit zur Ausgleichung" in den ausbeutenden Ländern selbstverständlich größer als in den ausgebeuteten Ländern. Die ungleichzeitige Entwicklung des Kapitalismus schuf solche Ausbeutungsverhältnisse zwischen Ländern. England war im 19. Jhd. der Prototyp eines ausbeutenden Landes, ganz so wie es das Herz der bürgerlichen Gesellschaft war. Marx und Engels haben frühzeitig bemerkt, daß die konkreten Bedingungen der Durchkapitalisierung der Welt die subjektive Polarisierung der bürgerlichen Gesellschaft in Bourgeoisie und Proletariat zumindest in England hemmten. Sollte das Herz des Kapitalismus getroffen werden,

41) MEW 15, S. 516, vgl. dagegen M.N.Roy, vorübergehend Vertreter der Komintern in China, der die Taipingrevolution als gescheiterte bürgerliche Revolution versteht. S. M. N. Roy, Revolution und Konterrevolution in China, Berlin 1930, S. 111 ff.

42) Revue, Mai bis Oktober 1850, MEW 7, S. 440

dann war nicht nur eine allgemeine Krise nötig, sondern dann mußte auch die privilegierte Ausbeutungsposition Englands angegriffen werden, damit diese Krise in England ihre volle revolutionäre Wirkung tun konnte. Diesen Gedanken entwickelte Marx in der Analyse der irischen Frage. Am 10. Dez. 1869 schrieb Marx an Engels, daß "es das direkte, absolute Interesse der English Working Class ist, to get rid of their present connexion with Ireland. Und dies ist meine vollste Überzeugung, und aus Gründen, die ich teilweise den englischen Arbeitern selbst nicht mitteilen kann. Ich habe lange geglaubt, es sei möglich, das irische Regime durch English Working Class ascendancy zu stürzen. Ich habe stets diese Ansicht in der 'New-York-Tribune' vertreten. Tieferes Studium hat mich vom Gegenteil überzeugt. Die englische Working Class wird nie was ausrichten, before it has got rid of Ireland. Der Hebel muß in Irland angelegt werden. Dadurch ist die irische Frage so wichtig für die soziale Bewegung überhaupt" (43). - Bei diesem Gedanken handelte es sich offensichtlich um keinen spontanen Einfall, vielmehr ist er durch "tieferes Studium" der irischen Frage hervorgerufen. Hinter ihm stand eine Korrektur der Auffassung des kommunistischen Manifestes und tendenziell eine revolutionäre Strategie, die ein nach Marxens Meinung offensichtlich widersprüchliches Bündnis von Proletariat und bäuerlichen Befreiungsbewegungen zum Inhalt hatte. Daß Marx allerdings unter die Gründe einer notwendigen Priorität des Kampfes für die Unabhängigkeit Irlands, die er teilweise den englischen Arbeitern nicht mitteilen konnte, auch eine indirekte ökonomische Korrumpierung des englischen Proletariat mit Hilfe der Extraprofite aus der Ausbeutung Irlands zählte, läßt sich nicht belegen. In dem offiziellen Dokument der I. Internationale zur irischen Frage nennt er zwar die ökonomischen Vorteile, die die englischen Landlords und die englische Bourgeoisie aus der politischen Unterdrückung Irlands zogen, meint aber, daß sie für das englische Proletariat auch unmittelbar bloß Nachteile bedeuten würde. Die billigen Arbeitskräfte, die aufgrund der Vernichtung der irischen Bauernklasse nach England strömten, würden das englische Proletariat ökonomisch und moralisch degradieren. Außerdem sei es so dem englischen Kapital möglich, ständig den englischen und irischen Teil des Proletariats gegeneinander auszuspielen. Diese Möglichkeit für die Bourgeoisie ergibt sich jedoch aus den tatsächlichen Unterschieden im Lebensniveau der englischen und irischen Arbeiter. "Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, der die Löhne und den standard of life herabdrückt. Er empfindet ihm gegenüber nationale und religiöse Antipathien. Er betrachtet ihn fast mit denselben Augen wie die poor whites der Südstaaten Nordamerikas die schwarzen Sklaven betrachteten. Dieser Antagonismus zwischen den Proletariern in England selbst wird von der Bourgeoisie künstlich geschürt und wachgehalten. Sie weiß, daß diese Spaltung das wahre Geheimnis der Erhaltung ihrer Macht ist" (44). Wenn also auch die wirklichen Interessen des englischen Proletariats der Ausbeutung und Unterdrückung Irlands zutiefst widersprachen, so führte diese doch dazu, daß die englischen Arbeiter kein Bewußtsein ihrer gegensätzlichen Interessen zur Bourgeoisie gewinnen konnten. Irland galt Marx auch als strategischer Ausgangspunkt der Zerstörung des Commonwealth, dessen Existenz ebenfalls hemmend auf den Klassenkampf in England wirkte und sei es bloß durch die ideologische Verschleierung des Klassengegensatzes in England. Die Unabhängigkeit Irlands und die Vernichtung des Commonwealth mußten unmittelbare Auswirkungen auf den Klassenkampf in England haben und damit auf die ganze revolutionäre Entwicklung Europas: "Um die soziale Entwicklung Europas beschleunigen, muß man die Katastrophe des offiziellen Englands beschleunigen. Dazu muß man den Schlag in Irland führen. Das ist sein schwächster Punkt. Wenn Irland verloren ist, ist das britische Empire dahin, und der Klassenkampf in England bis jetzt schläfrig und schleppend, wird heftige Formen annehmen. Doch England ist die Metropole des Land-Lordismus und des Kapitalismus der ganzen Welt " (45)

Die nationale Befreiung Irlands wurde als Hebel und Voraussetzung des revolutionären Klassenkampfes in England verstanden. Die "Möglichkeit zur Ausgleichung" in England beruhte nicht allein auf Englands fortgeschrittenen Produktivkräften, sondern auch auf der Ausbeutung Irlands, die durch politische Unterdrückung der nationalen Unabhängigkeit gewährleistet wurde. Diese politische Unterdrückung erlaubte es, die ganze Rente, die aus den irischen Pächtern, und einen Teil des Profits, der aus dem irischen Landproletariat gezogen wurde, nach England zu transferieren. Irland war also seiner ökonomischen Funktion nach in die kapitalistische Ökonomie eingezogen, und seine Funktion bestand gerade darin, selbst nicht industriell entwickelt zu werden. Eine bäuerliche Bewegung, die für nationale Unabhängigkeit und Land kämpfte, war also keine reaktionäre Bewegung, war keine externe Widerstandsbewegung gegen das Kapital, sondern Ausdruck immanenter Widersprüche des englischen Kapitalismus, des höchstentwickelten Kapitalismus, der gerade ein Interesse an Irland hatte, so wie es war, rückständig, politisch unterdrückt, und industriell zurückgeblieben. Die Befreiungsbewegung in Irland war entsprechend ihrer Grundlage, der zunehmenden Verelendung der Landbevölkerung, nicht von der kurzfristigen Krisenentwicklung abhängig. "Weil in Irland die Landfrage jetzt die ausschließliche Form der sozialen Fragen, weil sie eine Existenzfrage, eine Frage von Leben und Tod für die immense Majorität des irischen Volkes ist, weil sie zugleich unzertrennlich von der nationalen Frage ist", könne die Agragrevolutionin Irland leichter durch geführt werden als in England. (46). Durch sie werde auch die Herrschaft des Grundherren in England gebrochen. Gleichzeitig könne englisches Kapital nicht

43) MEW 32, S. 414 f.

44) Der Generalrat an den Foederalrat der Schweiz, 1. Juni 1870, MEW 16, S. 388; vgl. Brief an S. Meyer u. A. Vogt vom 9. April 1870, MEW 32, S. 667 f.

45) MEW 32, S. 678; vgl. Brief an Kugelmann, 29. Nov. 1869, a.a.O. S. 638 f.

46) MEW 32, S. 668

"In allen wichtigen Fragen muß er ihr zu Willen sein. Wenn sie sich inzwischen die despotische Selbstherrlichkeit des Zaren und seiner Beamten noch gefallen läßt, so nur, weil diese Selbstherrlichkeit, ohnehin gemildert durch die Bestechlichkeit der Bürokratie, ihr mehr Garantien bietet als Veränderungen selbst im bürgerlich-liberalen Sinn, deren Folgen, bei der inneren Lage Rußlands, niemand absehen kann. Und so geht die Umwandlung des Landes in ein kapitalistisch-industrielles, die Proletarisierung eines großen Teils der Bauern und der Verfall der alten kommunistischen Gemeinde in immer rascherem Tempo voran". (Nachwort zu 'Soziales aus Rußland' , MEW 18, S. 673).

mehr ohne weiteres als Pachtkapital in Irland funktionieren, und vor allem werde der Antagonismus zwischen den nach England getriebenen, ihres Landes beraubten Bauern und den englischen Arbeitern beseitigt, der letztere vom Klassenkampf ablenkte. Der Zusammenhang zwischen irischer Revolution und Revolution in England kann nicht generalisiert werden als Zusammenhang zwischen allen ausgebeuteten Bauernländern und den kapitalistischen Metropolen. Jedenfalls war er wesentlich enger als der Zusammenhang zwischen der Taipingrevolution in dem noch kaum in den Weltmarkt einbezogenen China und der europäischen Revolution, der höchstens über den Marktmechanismus vermittelt war.

Die Entdeckung der Funktion Irlands innerhalb des englichen Kapitalismus zeigte einerseits, daß die Entfaltung des Kapitalverhältnisses im Weltmaßstab keineswegs eine Entwicklung der Produktivkräfte im Stil des englischen Kapitalismus verallgemeinerte, sondern die Entwicklung der Produktivkräfte in England sehr wohl mit einer bewußt herbeigeführten Stagnation in anderen Ländern Hand in Hand gehen konnte. Sie zeigte aber auch, daß bäuerliche Befreiungsbewegungen selbst gegenüber dem Proletariat eine progressive Funktion haben konnten, weil die Ausbeutung der Bauernländer innerhalb des Kapitalismus die Möglichkeit zur Verschleierung des Klassengegensatzes von Bourgeoisie und Proletariat schuf.

Wenn Marx nach der Revolution von 1848 eine zweite Auflage des Bauernkrieges für eine Bedingung hielt, "to back the proletarian revolution" (47) in Deutschland, so hielt er 1870 eine bäuerliche Befreiungsbewegung in Irland sogar für eine Voraussetzung für den Sieg des Proletariats in England. Beide Ansichten bedeuteten eine bestimmte Korrektur des "Kommunistischen Manifests" in bezug auf die Tendenz der tatsächlichen Formen der Entfaltung des Kapitalverhältnisses in der Welt. Diese Korrektur wurde durch die Analyse wirklicher revolutionärer Bewegungen erzwungen. Sie tangierte nicht die historische und systematische Priorität der sozialistischen Revolution in den Industrieländern, wohl aber die Beantwortung der Bündnisfrage des Proletariats in der sozialistischen Revolution. Sie betraf auch nicht die Bedingungen des Aufbaus des Sozialismus, die Herstellung des Weltmarktes und die Entwicklung der Produktivkräfte durch die Bourgeoisie bei Vernichtung aller vorkapitalistischen Produktionsweisen. Dennoch betraf diese Korrektur die Einschätzung der Bourgeoisie als bedingungslos progressiven Faktor, als den sie das Manifest verstanden hatte. Weder entsprach ab einem bestimmten Zeitpunkt ihre politische Funktion ihrer ökonomisch-progressiven Funktion, noch war diese ökonomische Funktion in dem emphatischen Sinne progressiv, wie es das Manifest vermutet hatte. Die Bourgeoisie entwickelte zwar die Produktivkräfte, aber sie verallgemeinerte sie keineswegs in dem Maße, wie sie die ganze Welt ihren Produktionsverhältnissen unterwarf. Gleichzeitig zeigte sie sich zu jedem Arrangement mit jeder politischen Macht bereit, wenn dieses Arrangement der Ausdehnung und Erhaltung ihrer Produktionsverhältnisse diente.

Die nichtkapitalistischen Gesellschaftsformationen beschäftigten Marx systematisch im wesentlichen als Vorformen der bürgerlichen Gesellschaft und als Bedingungen der Erklärung ihrer Genese. Historisch und empirisch analysierte er ihre fördernde oder hemmende Wirkung in der Entfaltung des Kapitalverhältnisses im Weltmaßstab. So entwickelte er den Begriff der "Asiatischen Produktionsweise" zunächst in der Analyse der Kolonialisierung Indiens durch England. Die Erkenntnis der Ungleichzeitigkeit der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise und der revolutionären Bewegung einerseits und die Ideologie der russischen Revolutionäre andererseits zwangen ihn jedoch dazu, das Verhältnis von vorkapitalistischen Produktionsweisen und Sozialismus zu reflektieren. Fritz Kramer leitet aus dem Ergebnis dieser Überlegungen die These ab, Marx habe behauptet, daß "im historischen Milieu des Imperialismus die Gesellschaften Asiens und Afrikas sich aufgrund ihrer inneren Struktur zum Sozialismus hin entwickeln, nicht zum Kapitalismus". Als Beleg führt er den Brief und die drei Briefentwürfe an Vera Sassulitsch an. Diese Auffassung hat Marx natürlich nicht vertreten. Marx hat keine Theorie der nichtkapitalistischen Entwicklung der asiatischen Produktionsweise zum Sozialismus unter den Bedingungen des Imperialismus formuliert. Für die russische Dorfgemeinde aber hat Marx die Möglichkeit gesehen, daß sie unter bestimmten Bedingungen zum "Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen" könne. (Vorwort zur russischen Ausgabe des Manifests).

V. Das Verhältnis von vorkapitalistischen Eigentumsformen und proletarischer Revolution beim Aufbau des Sozialismus in Rußland

Genausowenig wie Marx die Bündnisfrage des Proletariats und die Beziehung von proletarischer Revolution und nationaler Befreiungsbewegung aus der abstrakten Theorie des Kapitals im allgemeinen abgeleitet hat, genausowenig hat er die Perspektive der Revolution in Russland aus einer Theorie der Geschichte abgeleitet. Wenn Marx einen nichtkapitalistischen Weg Russlands zum Sozialismus für möglich hielt, so stützte er sich dabei auf eine empirische Analyse der Entwicklung des Kapitalismus in Russland und der Möglichkeiten der proletarischen Revolution in Europa, vor allem in England. So hat es auch Engels gehalten. In den beiden wichtigsten Dokumenten, die Kramer heranzieht für seine Interpretationen der marxschen Theorie der Geschichte, hütete sich Marx sowohl vor der Formulierung einer solchen Theorie, als auch vor einer endgültigen Antwort auf die Perspektive einer nichtkapitalistischen Entwicklung Russlands. Beide Briefe, sowohl an die Redaktion der "Otetschestwennyie Sapiski" (Nov. 1877) als auch der Brief an Vera Sassulitsch haben vor allem eine defensive Funktion.

47) Marx an Engels, 16. April 1856, MEW 29, S. 47

Der erste Brief wehrt sich gegen die Verwandlung der "historischen Skizze von der Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa", wie sie Marx im 24. Kapitel von Kapital I. gegeben hatte, "in einer geschichtsphilosophischen Theorie des allgemeinen Entwicklungsganges", "der allen Völkern schicksalsmäßig vorgeschrieben ist, was immer die geschichtlichen Umstände sein mögen, in denen sie sich befinden, um schließlich zu jener ökonomischen Formation zu gelangen, die mit dem größten Aufschwung der Produktivkräfte die allseitigste Entwicklung des Menschen sichert" (48). Im zweiten Brief verteidigt er sich gegen das Mißverständnis seiner "sogenannten Theorie" (49) der "historischen Notwendigkeit, daß alle Länder der Welt alle Phasen der kapitalistischen Produktion durchlaufen" (50). Ausgangspunkt beider Briefe ist also die Abwehr der Unterstellung einer geschichtsphilosophischen Theorie, wie sie ihm Kramer jetzt in einer anderen Form unterschieben will. Deshalb war seine Antwort auf die Frage der Entwicklungsperspektiven der russischen Dorfgemeinde und der auf ihr beruhenden Produktionsweise fakultativ und äußerst vorsichtig. Als Resultat seines Studiums der russischen Quellen teilt er der Redaktion der "Otetschestwennyie Sapiski" mit: "Fährt Russland fort, den Weg zu verfolgen, den es seit 1861 eingeschlagen hat, so wird es die schönste Chance verlieren, die die Geschichte jemals einem Volk dargeboten hat, um dafür alle verhängnisvollen Wechselfälle des kapitalistischen Systems durchzumachen" (48). Im Brief an Vera Sassulitsch schließt er: " Die im "Kapital" gegebene Analyse enthält also keinerlei Beweise - weder für noch gegen die Lebensfähigkeit der Dorfgemeinde, aber das Spezialstudium, das ich darüber getrieben habe, hat mich davon überzeugt, daß diese Dorfgemeinde der Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Russlands ist; damit sie aber in diesem Sinne wirken kann, müßte man zuerst die zerstörenden Einflüsse, die von allen Seiten auf sie einstürmen, beseitigen, und ihr sodann die normalen Bedingungen einer natürlichen Entwicklung sichern".(51) Um "Stützpunkt" und nicht etwa Avantgarde oder führende Kraft der sozialen Wiedergeburt Russlands werden zu können, mußte also die Dorfgemeinde rechtzeitig von den zerstörenden Einflüssen der kapitalistischen Warenwirtschaft, der sie durch die Einbeziehung Russlands in den Weltmarkt ausgesetzt wurde, und des Fiskus befreit werden, mit Hilfe dessen sie der Staat im Interesse seiner Selbsterhaltung und der Industrialisierung Russlands grausam ausbeutete. Außerdem mußten sie in die Lage kommen, die modernen Produktivkräfte anzuwenden, um ihre Parzellenwirtschaft in kollektive Bearbeitung des Bodens zu verwandeln. Das historische Milieu, in dem die Dorfgemeinde rasch zerstört wurde, mußte radikal verändert werden, damit sich Russland die "positiven Ergebnisse" der kapitalistischen Produktionsweise aneignen konnte, um so die "noch archaische Form dieser Dorfgemeinde zu entwickeln und umzuformen, statt sie zu zerstören". Da dieses historische Milieu über den Weltmarkt auf die inneren Verhältnisse in Russland einwirkte, mußte eine russische Revolution, die den zaristischen Staat zerschlug, nicht nur die Aristokratie, Bürokratie und die Bourgeoisie beseitigen, die alle unbewußte oder bewußte Agenten des Weltmarkts waren, und dessen Druck auf die Dorfgemeinde abluden, sondern sie mußte auch einen so starken Staat zu schaffen in der Lage sein, daß dieser die zersetzenden Einflüsse des Weltmarkts ausschalten konnte.

Beide Bedingungen konnte nur eine Revolution erfüllen, die entweder zum auslösenden Moment einer proletarischen Revolution im Westen und damit der Vernichtung des kapitalistischen Weltmarkts wurde, oder von einem Proletariat geführt wurde, das als Funktionär der modernen Produktivkräfte in der Lage war, die Bedingungen zu erkämpfen, unter denen tatsächlich ein Aufbau des Sozialismus auf Basis der Dorfgemeinde möglich wurde. Die erste Perspektive haben Engels und Marx, die zweite hat Lenin vertreten, wenn auch mit entscheidenden Modifikationen, die sich notwendig daraus ergeben, daß ein russischer Kapitalismus, der ein relativ starkes Proletariat hervorgebracht hatte, auch die Zersetzung der russischen Dorfgemeinde viel weiter getrieben haben mußte, als dies um 1880 der Fall gewesen war.(52) Bei der ganzen Frage der modern kommunistischen Möglichkeiten ging es ja nicht etwa um die Frage, ob die Landwirtschaft im Sozialismus kollektiviert werden sollte oder nicht, denn diese Frage war durch Marx und Engels längst geklärt.(53) Vielmehr ging es darum, ob diese Kollektivierung sofort auf Grundlage der alten Dorfgemeinde durchgeführt werden konnte oder ob sie, weil die alte Dorfgemeinde weithin zersetzt war, eine moderne Form der Dorfgemeinde erst wieder schaffen mußte. Hierin liegt die wesentlich historisch, nicht theoretisch bedingte Differenz zwischen Marx und Engels auf der einen Seite und Lenin auf der anderen Seite, wobei Engels in den späten -80iger und den 90iger Jahren des 19. Jahrhunderts eine ähnliche Einschätzung entwickelte, wie sie Lenin vertrat. Da das russische Proletariat zur Lebenszeit Marxens praktisch irrelevant war, die Dorfgemeinde aber noch relativ intakt schien(54), konnten Marx und Engels damals die erste Perspektive vertreten : den sofortigen Aufbau des Sozialismus in Rußland auf Grundlage der alten Dorfgemeinde, vorausgesetzt daß die russische Revolution eine proletarische Revolution im Westen hervorrief, die das kapitalistische Milieu im Kern traf. Im einzigen zu Lebzeiten Marxens veröffentlichten Dokument, das sich mit dieser Frage befasste, vertraten Marx und Engels denn auch diese Auffassung. In ihrem gemeinsamen Vorwort zur russischen Ausgabe des kommunistischen Manifestes schreiben sie 1882, nachdem sie die historische Begrenztheit des Manifestes und die Tatsache betont haben, daß Rußland heute die "Vorhut der revolutionären Aktion in Europa" bilde : "Das 'kommunistische Manifest' hatte zur Aufgabe, die unvermeidlich bevorstehende Auflösung des modernen bürgerlichen Eigentums zu proklamieren. In Rußland aber finden wir, gegenüber rasch aufblühendem kapitalistischen Schwindel und sich eben erst entwickelnder

48) MEW 19, S. 111

49) a.a.O. S. 242

50) So lautete die Frage Vera Sassulitschs, zit. a.a.O. S.572 Anm. 155

51) .a.a.O. S. 243; es ist klar, daß Marx nicht glaubte, daß durch die Ermordung des Zaren diese zerstörenden Einflüsse beseitigt wären.

52) Außerdem hielt Lenin auch nach wie vor ein Übergreifen der russ. Revolution auf Westeuropa für eine Voraussetzung des Aufbaus des Sozialismus in Rußland.

53) s. z.B. Friedrich Engels, Die Mark, MEW S. 330. Engels schlug eine genossenschaftliche Erneuerung der "Mark" vor.

54) Dies bedingt sich gegenseitig.

den bürgerlichen Grundeigentum, die größere Hälfte des Bodens im Gemeinbesitz der Bauern. Es fragt sich nun: kann die russische Obtschina, eine wenn auch stark untergrabene Form des uralten Gemeinbesitzes am Boden, unmittelbar in die höhere des kommunistischen Gemeinbesitzes übergehen? Oder muß sie umgekehrt vorher den selben Auflösungsprozeß durchlaufen, der die geschichtliche Entwicklung des Westens ausmacht? Die einzige Antwort hierauf, die heutzutage möglich, ist die: wird die russische Revolution das Signal einer proletarischen Revolution im Westen, so daß beide einander ergänzen, so kann das jetzige russische Gemeineigentum am Boden zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen." (55)

Bezeichnenderweise geht Kramer auf dieses Dokument nicht ein, denn es könnte seine völlig falsche Behauptung revidieren, daß Engels der marxschen Auffassung eines möglichen Aufbaus des Sozialismus in Rußland "später" eine zusätzliche Bedingung, die proletarische Revolution im Westen, hinzugefügt habe. (56)

Ist Marx nun ebenfalls ein Evolutionist im Dienste des Hegemonieanspruchs der II. Internationale, die es 1882 ebenso wenig gab, wie 1875 als Engels die Bedingung der proletarischen Revolution im Westen für einen unmittelbaren Aufbau des Sozialismus in Rußland erstmals formulierte? In Wirklichkeit ist die Theorie des Zusammenhangs der russischen und der westeuropäischen Revolution gerade nicht evolutionistisch. Sie beruhte einerseits auf der Auffassung, daß eine Revolution in Rußland, obwohl sie ihrer sozioökonomischen Grundlage nach von der proletarischen Revolution in Europa durchaus verschieden war, deshalb auf Westeuropa revolutionär zurückwirken müsse, weil Rußland integrierender Bestandteil des ganzen politökonomischen Systems in Europa war. Sie beruhte andererseits auf der Auffassung, daß die Bourgeoisie in Rußland so schwach entwickelt war, daß sie, wenn sie ihrer Stütze in Westeuropa beraubt wurde, einem Aufbau des Sozialismus in Rußland mit Unterstützung des westeuropäischen Proletariats keinen entscheidenden Widerstand entgegensetzen könnte.

Die Perspektive, die Marx und Engels im Vorwort zum kommunistischen Manifest entwickelt hatten, war also: wenn die russische Revolution zum Signal einer proletarischen Revolution im Westen werde und so durch die Vernichtung des Kapitalismus in seinen Kernländern, die kapitalistischen Weltmarktbeziehungen sich in Beziehungen gegenseitiger Unterstützung verwandelten, dann werde eine unmittelbare Verbindung der "positiven Seiten" des Kapitalismus mit der russischen Dorfgemeinde möglich. Diese Perspektive wird zwar ebenso wenig wie die isolierte russische explizit in den Briefen oder in den Entwürfen des Briefes an Vera Sassulitsch entwickelt, doch ist sie implizit in ihnen enthalten, so wenn Marx in einer auch von Kramer teilweise zitierten Passage ausführt: "Falls die Verehrer des kapitalistischen Systems in Rußland die Möglichkeit einer solchen Kombination (der "positiven Seiten" der kapitalistischen Produktionsweise, d.h. der Entwicklung und Vergesellschaftung der Produktivkräfte, mit den Eigentumsverhältnissen der Dorfgemeinde, A.d.Verf.) leugnen, so mögen sie nachweisen, daß Rußland, um die Maschinen zu benützen, gezwungen gewesen war, die Inkubationsperiode der Maschinenproduktion durchzumachen. Mögen sie mir erklären, wie sie es sozusagen in einigen Tagen fertiggebracht haben, den Tauschmechanismus (Banken, Kreditgesellschaften etc.) bei sich einzuführen, dessen Herausbildung den Westen Jahrhunderte gekostet hat!" (56a) Dieser Vergleich stimmt offensichtlich nur, wenn eine sozialistische Revolution im Westen als Folge der russischen Revolution angenommen wird, deren Errungenschaften Rußland ebenso in den Dienst seiner Entwicklung stellen könnte, wie es die Maschinen und den Tauschmechanismus schon übernommen hat. Diese Interpretation ist auch deshalb gerechtfertigt, weil Marx sehr stark die inneren Auflösungsmomente der russischen Dorfgemeinde hervorhob, die vor allem im Privateigentum an der beweglichen Habe, Häusern, Arbeitsvieh, Gerätschaften etc. bestanden und die sich in einer Revolution, die den eingeführten Tauschmechanismus nicht zerbrechen konnte, notwendig verschärfen mußten.

In dem Brief an die "Otetschestwennyie Sapiski" hatte Marx die Notwendigkeit einer raschen revolutionären Unterbrechung der Entwicklung Rußlands zum Kapitalismus, als Bedingung für einen Aufbau des Sozialismus auf der Dorfgemeinde betont. Diese Entwicklung war vom Zarismus nur widersprebend aufgrund ökonomischer, u.a. über die russische Außenpolitik vermittelter Zwänge eingeschlagen worden. Wenn eine Beseitigung des Zarismus nicht einfach die politischen Hemmnisse für die kapitalistische Entwicklung, sondern gerade die Grundlagen dieser Entwicklung selbst beseitigen sollte, dann mußte die russische Revolution, da das russische Proletariat noch kein Machtfaktor war, von diesen äußeren Zwängen befreit werden durch eine proletarische Revolution im Westen. Das wird im Vorwort zur russischen Ausgabe des kommunistischen Manifests ausdrücklich formuliert und mußte, wenn das Manifest nicht grundsätzlich revidiert

55) MEW 19, S. 296; Über die enge Beziehung, die Marx und Engels damals zwischen der russ. Revolution und einer revolutionären Entwicklung in Westeuropa sahen, vgl. Engels an Bernstein vom 22. - 25. 2. 1882, MEW 35, S. 283:
"Wir haben in Deutschland eine Situation, die mit steigender Geschwindigkeit der Revolution zutreibt und in kurzem unsere Partei in den Vordergrund bringen muß. Wir selbst brauchen nichts zu tun als unsere Gegner für uns arbeiten zu lassen (...) Was uns fehlt, ist einzig ein Anstoß von außen. Diesen bietet die Lage Rußlands, wo der Beginn der Revolution nur noch eine Frage von Monaten ist. Unsere Leute haben den Zaren so gut wie gefangen genommen, die Regierung desorganisiert, die Volkstraditionen erschüttert. Auch ohne einen neuen großen Schlag muß der Zusammenbruch in nächster Zeit erfolgen; er wird sich jahrelang fortsetzen wie 1789 bis 1794; es gibt also volle Zeit, um auf den Westen und besonders Deutschland zurückzuwirken, so daß die Bewegung eine allmählich ansteigende wird, nicht wie 1848, wo die Reaktion am 20. März schon in ganz Europa wieder in vollem Gange war, kurz, es ist eine so prachtvolle revolutionäre Situation wie noch nie".

56) Bei dem Vorwort zum kommunistischen Manifest handelt es sich übrigens um einen tatsächlich gemeinsamen Text, den Marx selbst am 23.1.82 an Lawrow geschickt hatte; s. MEW 35, S. 262. Die Behauptung, Engels habe diese Bedingung "später" hinzugefügt, ist ohnehin Unsinn; denn tatsächlich hat sie Engels schon 1875 in dem Text "Soziales aus Rußland" geäußert. Von Marx ist sie nie zurückgewiesen worden.

56 a) MEW 19, S. 398

werden sollte, auch ausdrücklich formuliert werden. Ohne diese Bedingung mußte in Rußland durch die Revolution eine Entwicklung eingeleitet werden, die parallel zu der kapitalistischen Europas verlief. Die russische Revolution würde sich auf eine russische Version der großen Revolution in Frankreich beschränken. So hatte Marx anläßlich der Vorbereitungen der sog. Bauernemanzipation durch den Zaren geschrieben, die Bauern würden diese nicht akzeptieren und sich "sicherer denn je zuvor erheben. Und wenn sie dies tun, dann wird das russische 1793 ausbrechen, die Schreckenherrschaft dieser halbasiatischen Leibeigenen wird etwas in der Geschichte noch nie dagewesenes sein, aber sie wird der Wendepunkt in der russischen Geschichte sein und schließlich eine wirkliche und allgemeine Zivilisation an die Stelle der trügerischen und unechten Zivilisation setzen, welche Peter der Große eingeführt hat." (57) Damit diese Zivilisation keine bürgerliche Zivilisation würde, mußte die bürgerliche Zivilisation in Europa selber in eine sozialistische Zivilisation verwandelt werden, denn daß Rußland unter seinen zurückgebliebenen Bedingungen nicht die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft lösen konnte, war für Marx gerade so selbsverständlich wie für Engels. 1874/75, zur selben Zeit also, als Engels "Soziales aus Rußland" schrieb, hatte Marx in einem Konspekt von Bakunins "Staatlichkeit und Anarchie" geschrieben : " Eine radikale soziale Revolution ist an gewisse historische Bedingungen geknüpft ; letztre sind ihre Voraussetzung. Sie ist also nur möglich, wo mit der kapitalistischer Produktion das industrielle Proletariat wenigstens eine bedeutende Stellung in der Volksmasse einnimmt. Und damit es irgendeine Chance zum Sieg habe, muß es wenigstens fähig sein, soviel unmittelbar mutatis mutandis für die Bauern zu tun, als die französische Bougeoisie für die damaligen Bauern tat.(... Bakunin) versteht absolut nichts von sozialer Revolution, nur die politischen Phrasen davon ; die ökonomischen Bedingungen derselben existieren nicht für ihn. Da nun alle bisherigen ökonomischen Formen, entwickelt oder unentwickelt, Knechtschaft des Arbeiters (sei es in der Form des Lohnarbeiters, Bauern etc.) einschließen, so glaubt er, daß in allen gleichmässig radikale Revolution möglich." (58) Da nun ohne radikale Revolution und bei herrschender kapitalistischer Produktionsweise im Weltmaßstab, an einen Aufbau des Sozialismus in Rußland nicht zu denken war, setzte der Aufbau des Sozialismus in Rußland voraus, daß die russische Revolution die proletarische Revolution im Zentrum des Kapitalismus einleitete. Und eben in dieser Funktion hat Marx die russische Revolution gesehen, die für ihn neben dem Unabhängigkeitskampf der Iren zunehmend eine zentrale strategische Bedeutung annahm. So schrieb Marx in demselben Brief an die Lafargues, in dem er die wichtige strategische Rolle Irlands für die proletarische Revolution in England bestimmt hatte (s.o.), anläßlich der Lektüre von Flerowskis Buch über die "Lage der Arbeiter in Rußland", das die "gesamte ökonomische Lage Rußlands" darlege : "Natürlich ist er (Flerowski) in einigen Irrtümern befangen, hinsichtlich la perfectibilité perfectible de la Nation russe, et le principe providentiel de la propriété communale dans sa forme russe. Doch lassen wir das. Nach dem Studium seines Werkes ist man fest davon überzeugt, daß eine äußerst schreckliche soziale Revolution - natürlich in den niederen Formen, wie sie dem gegenwärtigen Moskowiter Entwicklungsstand entsprechen - in Rußland unvermeidlich ist und nahe bevorsteht. Das sind gute Nachrichten. Rußland und England sind die beiden großen Eckpfeiler des gegenwärtigen europäischen Systems. Alles andere ist von zweitrangiger Bedeutung, sogar la belle France et la savante Allemagne." (59) Bevor sich Marx über den isolierten Aufbau des Sozialismus auf der Grundlage der Dorfgemeinde Gedanken machte, hatte er allemal die weltrevolutionäre Rolle der russischen Revolution vorausgesetzt; diese weltrevolutionäre Rolle bestand nicht etwa in einem wie immer gearteten unmittelbar sozialistischen Inhalt, sondern in der festen Verflechtung des russischen Zarenstaates mit dem polit-ökonomischen System Europas, dessen Sturz überhaupt erst einen besonderen Weg Rußlands zum Sozialismus ermöglichen konnte. So schrieb Marx während des russisch-türkischen Krieges mit einem Seitenhieb auf die Narodniki, deren Illusionen er angeblich geteilt haben soll, folgendes:

"Diese (orientalische Krise) ist ein neuer Wendepunkt der europäischen Geschichte. Rußland - und ich habe seine Zustände aus den russischen Originalquellen, unoffiziellen und offiziellen, (...) studiert, stand schon lange an der Schwelle einer Umwälzung; alle Elemente dazu fertig. ... Die Umwälzung wird secundum artem mit Konstitutionsspielereien beginnen, et puis il y aura un beau tapage. Wenn uns Mutter Natur nicht besonders ungünstig, erleben wir den Jubel noch! Das dumme Zeug, das die russischen Studenten machen, ist nur ein Symptom, an sich selbst wertlos. Aber es ist ein Symptom. Alle Schichten sind ökonomisch, moralisch, intellektuell in voller Dekomposition. Die Revolution beginnt diesmal im Osten, wo das bisherige unverletzte Bollwerk und die Reservearmee der Konterrevolution."(60) Marx betrachtete das europäische System, gerade auf seiner uneinheitlichen sozio-ökonomischen Grundlage, als Einheit. Entsprechend heterogen in ihrem sozialen Inhalt mußte die Revolutionierung dieses Systems sein. Das aber hieß nicht, daß irgendeiner dieser partiellen Umwälzungen eine isolierte Bedeutung im Aufbau des Sozialismus zukommen konnte. Gerade wenn alle verschiedenen revolutionären Bewegungen von Marx letztlich auf England bezogen wurden, so deshalb, weil hier allein eine proletarische Revolution unmittelbar auf der Tagesordnung stand und sich nur entfalten konnte in einem gesamteuropäischen revolutionären Prozeß: aber die englische Revolution, als Revolution im Herzen des Kapitalverhältnisses, konnte dann die übrigen Revolutionen radikalisieren, d.h. die Beseitigung des Kapitalismus als internationaler gesellschaftlicher Formation einleiten. Die revolutionäre Initiative konnte von verschiedenen Punkten ausgehen, aber sie mußte letztlich das Herz des Kapitalverhältnisses treffen, damit an einen Aufbau des Sozialismus ernstlich gedacht werden konnte. In dem Schreiben des Generalrats der I. Internationale an den Foederalrat der romanischen Schweiz (Bakunisten) schreibt Marx: "Obgleich die revolutionäre Initiative wahrscheinlich von Frankreich ausgehen wird, kann allein England als Hebel für eine ernsthafte ökonomische Revolution dienen. Es ist das einzige Land wo es keine Bauern mehr gibt und wo der Grundbesitz in wenigen Händen konzentriert ist. Es ist das einzige Land, wo die kapitalistische Form - d.h. die auf großer Stufenleiter kombinierte Arbeit unter kapitalistischen Unternehmern - sich fast der gesamten Produktion bemächtigt hat. Es ist das einzige Land, wo

57) MEW 12, S. 682
58) MEW 18, S. 633 f.
59) MEW, 32, S. 678
60) an Sorge, 27.7.1877, MEW 34, S. 296

die große Mehrheit der Bevölkerung aus Lohnarbeitern (wage labourers) besteht. Es ist das einzige Land, wo der Klassenkampf und die Organisation der Arbeiterklasse durch die Trade Unions einen gewissenGrad der Reife und der Universalität erlangt haben. Dank seiner Herrschaft auf dem Weltmarkt ist England das einzige Land, wo jede Revolution in den ökonomischen Verhältnissen unmittelbar auf die ganze Welt zurückwirken muß. Wenn der Landlordismus und der Kapitalismus ihren klassischen Sitz in diesem Land haben, so sind andererseits die materiellen Bedingungen ihrer Vernichtung dort am meisten herangereift."(61) Ursprünglich hatte Marx fast ausschließlich die Rückwirkung einer Revolution in Rußland auf das europäische polit-ökonomische System interessiert. (62) Generell interessierten Marx die Länder an der europäischen Peripherie und in Asien als Hemmnisse oder Fördernisse des Vordringens des Weltmarkts und damit vermittelt der sozialistischen Revolution in Europa. Soziale und politische Bewegungen wurden auf ihre Auswirkungen im Kern des Kapitalismus überprüft, letztlich Englands. Erst das Problem einer sozialistischen Revolution in Europa bei gleichzeitiger Entfaltung des Kapitalismus in der Welt warf die Frage der Rückwirkung der sozialistischen Revolution in Europa auf die vorkapitalistischen oder gerade erst am Anfangeiner kapitalistischen Entwicklung stehenden Länder auf. Sie beschäftigte Engels noch in dem Brief an K.Kautsky. Die Einschätzung der Möglichkeiten eines sozialistischen Aufbaus in Rußland sind vor allem auch als Antwort auf diese Frage zu betrachten und nicht als Antwort auf eine von Marx und Engels keineswegs vorausgesehene isolierte sozialistische Entwicklung in Rußland oder China und den nicht voll durchkapitalisierten Ländern überhaupt. Was Rußland betrifft, so schreibt Engels über die Marxsche Einstellung zu einer revolutionären Entwicklung in Rußland folgendes - und diese Beschreibung ist nach allen vorliegenden Dokumenten richtig:

"Es war dies ein Punkt, über den Marx sich immer mit der größten Sicherheit aussprach und ich kenne niemand, der Rußland so gut verstand wie er, nach innen wie nach außen: daß, sowie in Rußland das alte System gebrochen, einerlei durch wen, und eine Repräsentativversammlung zusammen, einerlei welche, es am Ende sei mit der russischen Eroberungspolitik, daß dann die inneren Fragen alles beherrschen würden.Und der Rückschlag auf Europa, wenn diese letzte Burg der Reaktion gebrochen, würde enorm sein; wir in Deutschland würden es zuerst merken."(63)

Engels hat diese Perspektive der Wechselwirkung zwischen russischer Revolution und Revolution im europäischen Zentrum, die Rußland einen nichtkapitalistischen Weg zum Sozialismus ermöglichen sollte, immer beibehalten. Er hat auch ausdrücklich Marxens Perspektive im Brief an das "Otetschestwennyie Sapiski" beibehalten (64). Allerdings sah er, dass sich die Bedingungen der russischen Revolution selbst verändert hatten und damit auch die Voraussetzungen für einen nichtkapitalistischen Weg zum Sozialismus (65). Die Bedingungen dieser russischen Revolution hingen nicht von einer Theorie der "asiatischen Produktionsweise" ab,sondern von der tatsächlichen Entwicklung des Kapitalismus in Russland.
Das deutlichste Kriterium dieser Entwicklung war das Proletariat, das natürlich aus eben den Dorfgemeinden kam, die bis zu einem gewissen Zeitpunkt Stützpunkt einer unmittelbaren sozialistischen Entwicklung in Russland sein konnten und danach unweigerlich unter dem Einfluss des Kapitalismus zu Bruch gingen.(66). Aber parallel zum Zusammenbruch der Dorfgemeinde verlief das Aufkommen der einzig radikalen Klasse , des Proletariats. Die fehlenden Bedingungen für eine radikale russische Revolution, die Marx Bakunin und Engels Tkatschow entgegengehalten hatten, nämlich die mangelnde Ausbildung einer Bourgeoisie und eines Proletariats wurden durch die treibhausmässige Entwicklung des Kapitalismus in Russland geschaffen. Hier entwickelte sich mutatis mutandis jene Struktur, die Marx und Engels im Manifest in Deutschland festgestellt hatten. Engels schätzte die Rolle des Proletariats 1891 richtig ein, wenn er sagte, es sei zur Revolution noch zu schwach. Die Menschewiki sollten an dieser Einschätzung für immer hängenbleiben. Die Bauernklasse hielt er keiner selbstständigen revolutionären Rolle fähig. Engels erkannte die rasche Entwicklung der Bourgeoisie und des Proletariats. Engels schrieb 1891:

"In Russland leiden drei Klassen: der grundbesitzende Adel, der Bauer, das entstehende Proletariat. Letzteres ist noch , ersterer ist schon zu schwach zu einer Revolution, und der Bauer bringts nur zu unfruchtbaren Lokalaufständen, solange nicht der siegreiche Aufstand der städtischen Zentren diesen Aufständen den fehlenden Zusammenhang und Halt gibt. Dagegen floriert die junge Bourgeosie wie nirgendwo anders; sie rückt allmählich dem Punkt näher, wo sie mit der Bürokratie in Konflikt kommen muss.Aber das kann noch Jahre dauern. Die russische Bourgeoisie ist entstanden aus Schnapspächtern und staatsplündernden Armeelieferanten, ist, was sie ist, durch den Staat - Schutzzölle, Subventionen, Staatsberaubung, Erlaubnis und den Staatsschutz zur drückendsten Arbeiterausbeutung, Da muss es hart kommen, bis diese, die unsrige an Niedertracht noch weit übertreffende am Zarentum rüttelt. (...Sie) bildet den neuen Schutzwall des Zarismus gerade in den Hauptstädten, wo allein Gefahr drohen könnte. Und eine Palastrevolution oder ein geglücktes Attentat könnte heute nur die Bourgeoisie an die Herrschaft bringen, einerlei von wem der Streich gemacht."(67)

61) MEW 16, S. 386

62) z. B. in einem Brief an Engels vom 29.4.1858, MEW 29,S.324: "Die Bewegung der Leibeigenenemanzipation in Rußland scheint mir wichtig, sofern es den Anfang einer inneren Geschichte in dem Lande zeigt, die der traditionellen auswärtigen Politik desselben in die Quere kommt".

63) MEW 36, S. 527; vgl. Belege von Marx selbst neben den schon genannten, MEW 29, S. 324, MEW 34, S. 296

64) z. B. Brief an Danielson vom 24.3.1893, MEW 39, S. 149 f.

65) vgl. Nachwort zu "Soziales aus Rußland", 1894, MEW 18, S. 663 ff.

66) vgl. 64) und 65)

67) an Bebel, 29.9. - 1.10. 91, MEW 38, S. 160

Damit hatte Engels die Bedingungen benannt, die die Auseinandersetzungen im zwanzigsten Jahrhundert unter den Sozialisten in Russland bestimmten. Diese wurden nicht mehr bestimmt durch die Frage, ob für Russland ein nichtkapitalistischer Weg zum Sozialismus möglich sei oder nicht, sondern durch die Frage, wann und wie das Proletariat die proletarische Revolution durchführen könne. Die Auseinandersetzung mit den Volkstümlern wurde bald eine Nebenfrage, einerseits eine Frage des Kampfes gegen eine reaktionäre Utopie, andererseits zu einer Bündnisfrage im demokratischen Kampf gegen den Zarismus, den russischen Adel und die duckmäuserische Bourgeoisie. (68)

Alles hing davon ab, in welchem Milieu sich die russische Dorfgemeinde entwickelte. Das kapitalistische Milieu konnte, solange es in Russland selbst kein Proletariat hervorgebracht hatte, in Russland auch nicht vernichtet werden. Der Kapitalismus drang nach Russland von aussen herein (durch ausländisches Kapital) und von oben nach unten vor (Bürokratischer Kapitalismus). Ausserdem hatte er schon frühzeitig in der Dorfgemeinde Fuss gefasst. "Die ganze Scheisse ist am Kaputtgehen" hatte Marx 1868 konstatiert (69) und Engels hatte die Gründe genannt: "Der Tauschwert ist schon zu tief in diese urwüchsigen Gemeinden eingedrungen, als dass die Sache, nach Abschaffung der Leibeigenschaft noch haltbar schiene"(70). Unter diesen Umständen musste die Dorfgemeinde, die eine stark differenzierte Bauernschaft künstlich und mit Zwang zusammenhielt, immer mehr zum zusätzlichen Instrument der Ausbeutung und Unterdrückung werden, zu einem zusätzlichen Mittel der Aufrechterhaltung des "Idiotismus des Landlebens"(71). Die Dorfgemeinde in ihrer Isolation konnte diese Unterdrückung nicht selbstständig durchbrechen und selbstständig mit dem Aufbau des Sozialismus beginnen. Sie war gerade die Grundlage der bürokratischen Unterdrückung. Zur Grundlage des Sozialismus konnte sie nur werden, wenn sie von aussen aufgerüttelt wurde, dies umso mehr, wenn sie wie die russische Dorfgemeinde patriarchalisch und nicht demokratisch organisiert war.(72). Engels hat am Beispiel von Java zu zeigen versucht, wie gerade eine bürokratische Form des Kapitalismus hervorragend mit der traditionellen Dorfgemeinde verbunden werden kann: "Hier (in Java) sieht man wie die Holländer auf Grundlage des alten Gemeindekommunismus die Produktion von Staatswegen organisiert und den Leuten eine nach ihren Vorstellungen ganz komfortable Existenz gesichert haben; Resultat: Erhaltung des Volks auf der Stufe natürwüchsiger Dummheit und Einkassierung von siebzig Millionen Mark jährlich (jetzt wohl mehr) für die holländische Staatskasse. Der Fall ist höchst interessant und die Nutzanwendungen leicht zu ziehen. Nebenbei Beweis wie der Urkommunismus dort wie in Indien und Russland heute die breiteste Grundlage der Ausbeutung und des Despotismus liefert(solange kein modern-kommunistisches Element ihn aufrüttelt) und sich in der Mitte der modernen Gesellschaft als schreiender (zu beseitigender oder aber fast zurückentwickelnder) Anachronismus bewährt wie die unabhängige Markgenossenschaft der Urkantone" (73).

Der Widerspruch musste sich verschärfen, wenn die kommunistischen Eigentumsformen der Dorfgemeinde in Gegensatz traten zu der tatsächlichen ökonomischen Struktur der Dorfes, das durch Tauschhandel und Lohnarbeit innerlich zerrissen wurde. Dann konnten die kommunistischen Eigentumsformen, die zunehmend zur juristischen Hülle einfacher oder gar kapitalistischer Warenproduktion geworden waren, nicht mehr unmittelbar zum Ausgangspunkt einer Kollektivierung der Produktion dienen. Die russische Revolution hat die Eigentumsform der Dorfgemeinde auf eine höhere Stufe gehoben, indem sie den Grund und Boden generell, Adelsland und Gemeindeland zum Eigentum des proletarischen Staates erklärte. Die Lösung des Problems der Kollektivierung der Kleinproduktion, die im zaristischen Staat zu Warenproduktion geworden war, konnte damit natürlich bloss juristisch vorbereitet werden. Die sozio-ökonomische Seite dieser Aufgabe wurde durch die Bolschewiki mit verschiedenen Massnahmen eingeleitet (auch die NEP diente der Kollektivierung). Der einen Voraussetzung für eine unmittelbare Überführung der Dorfgemeinde in den Kommunismus, den urkommunistischen Eigentumsverhältnissen am Boden, entsprachen die tatsächlichen Produktionsverhältnisse nicht mehr. Wenn das urkommu-

68) Rosa Luxemburg z. B. konnte sich nicht genug wundern, daß Woronzow noch 1902 auf den früheren Auffassungen der Volkstümler bestehe, eine Tatsache, die seinem Charakter mehr Ehre mache als seinem Kopf, Die Akkumulation des Kapitals, Berlin 1913, S. 260, (Anm.)
Aber wenn auch die Theorien der Volkstümler durch die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland völlig obsolet geworden waren und dieser Meinung neigte Engels schon in den 90-iger Jahren zu (vgl. Brief an Danielson vom 17. Oktober 1893, MEW 39, S.148-150), so hat Lenin über der Kritik des utopisch-reaktionären Versuchs die Dorfgemeinde durch Appelle an den zaristischen Staat aufrechtzuerhalten, nicht die demokratische Tendenz der volkstümlerischen Ideologie übersehen. " In der alten marxistischen Literatur der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts kann man das systematische Bestreben finden, diesen demokratischen Kern herauszuschälen. Irgendwann werden die Historiker dieses Bestreben studieren und seinen Zusammenhang mit dem verfolgen, was im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts die Bezeichnung 'Bolschewismus' erhalten hat. " (Lenin, Zwei Utopien, 1912, W. 18, S. 531)
Zur ganzen Problematik des Verhältnisses von Marxismus und Populismus vgl. A. Walicki, The controversy over capitalism, Oxford 1969; auch David Mitrany, Marxismus und Bauerntum, München 1956; die Tendenz dieses Buches wird aus seinem engl. Titel ersichtlich: "Marx against the peasants", London 1952; Mitrany führt ähnliche Argumente gegen Marx an, wie Kramer gegen Lenin)

69) MEW 32, S. 197

70) an Marx, 2. Juli 1868, a.a.O. S. 112

71) Theorien über den MEhrwert, MEW 26.2., S. 38 f.

72) s. Marx an Engels 7. Nov. 1868, MEW 32, S.197

73) E. an Kautsky, 16.2.1884, MEW 36, S. 109

nistische Eigentum in Eigentum des proletarischen Staates überführt wurde, waren damit noch keineswegs neue Produktionsverhältnisse geschaffen, die eine Kollektivierung der Produktion und damit eine Wiederherstellung der Dorfgemeinde auf ganz neuer Grundlage ermöglicht hätten. Die Bedingung um diese neuen Produktionsverhältnisse sofort zu errichten, die proletarische Revolution im Westen blieb aus und konnte auch durch das russische Proletariat nicht ersetzt werden. Die russische Revolution von 1917 unterschied sich damit in zwei wesentlichen Punkten von den Bedingungen, unter denen Marx und Engels einen sofortigen Aufbau des Kommunismus für möglich gehalten hatten: sie fand nicht auf Grundlage einer weithin intakten Dorfgemeinde statt (dafür ist das Proletariat selbst Beweis genug) und sie wirkte nicht in dem Maße auf das Herz des Kapitalismus zurück, wie dies Marx und Engels erhofft hatten. Ihre Entwicklung hing damit wesentlich von der Stärke des russischen Proletariats ab, seinem Verhältnis zu der Landbevölkerung und dies innerhalb eines internationalen Milieus, das völlig vom Kapitalismus bestimmt war.

Diese Entwicklung der russischen Revolution hing nicht ab von dieser oder jener theoretischen Fehleinschätzung Lenins, etwa von einer angeblich falschen Einschätzung der Dorfgemeinde und der Bauernklasse sondern von einer Dialektik der Weltrevolution, die viel weitere Umwege zur Revolutionierung der Kapitalverhältnisse einschlägt als Marx und Engels dies vorausgesehen hatten.(74)

Marx und Engels haben den Zusammenhang zwischen bäuerlichen Befreiungsbewegungen in den zurückgebliebenen Ländern und proletarischer Revolution in den Kernländern des Kapitalismus, sowie das Verhältnis von Arbeiter- und Bauernklasse in Europa nur unter spezifischen Fragestellungen untersucht: das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Bauernklasse vor allem in der Analyse der Revolutionen von 1848 in Frankreich und Deutschland; den Zusammenhang zwischen revolutionären Bewegungen in den zurückgebliebenen Ländern und der proletarischen Revolution in Europa vor allem an Hand der irischen Frage und den möglichen Perspektiven einer Revolution in Rußland. Dabei gaben sie spezifische Antworten, die abhingen von der Entwicklung des Kapitalismus in bestimmten Ländern und dem Grad der Vereinheitlichung der Welt durch den Kapitalismus. Sie entwickelten aber keine "Theorie der Geschichte", die besagen würde, daß im historischen Milieu des Imperialismus die Gesellschaften Asiens und Afrikas sich aufgrund ihrer inneren Struktur zum Sozialismus hin entwickeln, nicht zum Kapitalismus". Im Gegenteil sahen sie zunächst wie Rosa Luxemburg noch 1913 (75) keine andere Perspektive für die vorkapitalistischen Gesellschaften als die ihrer Vernichtung. Erst die konkrete Analyse der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung des Kapitalismus, die in Europa die sozialisti-

(74) Es bedeutet eine völlige Aufgabe der marxistischen Analyse, wenn Kramer den weithin bürgerlichen Charakter der Agrarrevolution von 1917 auf einen angeblichen Verzicht der Bolschewiki zurückführt, die Agitation aufs Land zu tragen. Ein wesentlicher Punkt der Agitation der Bolschewiki auf dem Lande war allerdings die Parole, die demokratischen Bauernkomitees sollten unabhängig über den nationalisierten Boden verfügen können. Sie verfügten 1917 über diesen Boden, indem sie ihn verteilten. Gerade diese Tatsache beweist, daß die Leninsche Analyse der Bauern als kleiner Warenproduzenten richtig war. Es ist ein Rückfall in idealistische Methoden, wenn der Hauptwiderspruch in der russischen Revolution auf eine falsche Agitation der Bolschewiki zurückgeführt wird. Natürlich sind die Bolschewiki auch nicht erst 1928 auf den Einfall gekommen, die Kleinproduktion zu kollektivieren. Nur war diese Kollektivierung mit großen Schwierigkeiten verbunden. denn diese widersprach gerade der unmittelbaren Tendenz der Agrarrevolution in Rußland: "Als es den Dörfern gelungen war, sich des Eigentums der Grundherren zu bemächtigen, verschlossen sie ihre Ohren gegen die Ideen des Sozialismus und opponierten entschlossen gegen jede Idee einer Kommune." (Landwirtschaftskommissar Ossinskij 1921; zit. Mitrany a.a.O. S. 140)
Obwohl sie sich im Rahmen der Dorfgemeinde des Landes bemächtigt hatten, obwohl das Land nicht etwa wie Kramer annimmt Privateigentum der Bauern wurde, sondern nationalisiert wurde (19.4.1918), bebauten die Bauern das Land auf private Rechnung und zeigten keine spontane Tendenz zur Kollektivierung. Deshalb musste der erste Schritt zur Kollektivierung, die Organisation der Dorfarmut sein, mit der die Bolschewiki auch schon vor der Revolution von 1917 begonnen hatten und die sie nach 1917 zu intensivieren versuchten. Es ist aber einleuchtend, daß in einer großen Revolution zunächst die spontane Tendenz der Massen den Ausschlag gibt, und diese Tendenz ging auf dem Lande auf Ausdehnung der kleinen Warenproduktion und nicht auf Abschaffung der Kleinproduktion durch ihre Kollektivierung. Wie sehr die Bauern durch die Ideologie des kleinen Warenproduzenten bestimmt waren, muß gerade eine verbissene Gegnerin der Bolschewiki, die in der Tradition der volkstümlerischen Sozialrevolutionäre steht, zugeben: Ida Mett behauptet nämlich die Ernährungsschwierigkeiten seien nach der Revolution bloß aufgetreten, weil die Bolschewiki den privaten Markt abgeschafft hätten. (Le paysan russe dans la révolution et la post-revolution, Paris o.J., Ende der 60-iger Jahre, S. 26 ff.)
Kramer fragt auf S. 24 : "Wenn aber die Bauern, wie Lenin und Trotzki meinten, immer entweder mit dem Proletariat oder der Bourgeoisie gehen, warum gingen sie dann 1917 in Rußland zwar mit dem Proletariat, aber in bürgerlicher Richtung, und warum ging in der chinesischen Revolution nicht die Bauernschaft nicht mit dem Proletariat, sondern das Proletariat mit der Bauernschaft?" Will man diese reichlich naive Fragestellung überhaupt akzeptieren, dann ist dennoch klar, daß sie nicht bloß mit dem Hinweis auf die Unterschiede in der Taktik der Bolschewiki und der KPCh einerseits und der gemeinsamen Grundlage beider Revolutionen in der asiatischen Produktionsweise andererseits beantwortet werden kann.

sche Revolution auf die Tagesordnung setzte, während sich der Kapitalismus in anderen Teilen der Welt erst entwickelte, führte zur Modifikation dieser Auffassung. Zunächst gelangten Marx und Engels zu der Einsicht, daß die sozialistische Revolution im Herzen des Kapitalismus durchaus von den "Extremitäten der bürgerlichen Gesellschaft" ausgehen würde. Dies erklärt ihr revolutionäres Interesse gerade an der irischen Frage und der russischen Revolution, das von ihrem Interesse am Taiping- Aufstand,der außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft stattfand, unterschieden werden muß. 1875 formulierte Engels dann erstmals die Möglichkeit eines unmittelbaren Aufbaus des Sozialismus auf den vorkapitalistischen Eigentumsformen der russischen Dorfgemeinde, wenn die russische Revolution zum Signal der proletarischen Revolution im Westen werde. Damit war zwar die Frage, die Marx 1858 Sorge gemacht hatte, wie nämlich die sozialistische Revolution in Europa sich halten könne, wenn der Kapitalismus in der übrigen Welt erst im Aufblühen sei, teilweise beantwortet.
Es wurde aber keineswegs behauptet, daß in Rußland bloß noch der Sozialismus möglich und der Kapitalismus unmöglich sei. Auf derlei volkstümlerische Illusionen ließen sich Marx und Engels nicht ein, und heute ist eine solche Illusion um so weniger angebracht, als sich der Kapitalismus gegenwärtig zu einer neuen Kapitalisierungsphase der unterdrückten und ausgebeuteten Länder aufschwingt (76). Eine Garantie gegen die völlige Durchkapitalisierung der Welt, deren größerer Teil immer noch dem Imperialismus unterworfen ist, sind nicht die vorkapitalistischen Strukturen der Gesellschaften Afrikas und Asiens, sondern nur die proletarische Revolution in den USA und Europa. Die russische Revolution hat aber, allerdings in einem anderen Sinn als Marx und Engels dies annahmen, dem Kapitalismus einen schweren Schlag versetzt. Zwar wurde sie nicht zum Signal der proletarischen Revolution im Westen, zwar konnte sie keineswegs die Dorfgemeinde zum unmittelbaren Ausgangspunkt einer sozialistischen Entwicklung machen, doch hat sie auf anderer Grundlage, nämlich der Verstaatlichung der großen Industrie, unter Führung der Partei des Proletariats den Aufbau des Sozialismus begonnen. In Rußland hatte die ursprüngliche Akkumulation sehr rasch ein relativ starkes und konzentriertes Proletariat geschaffen das in einem widersprüchlichen Bündnis mit den von Vernichtung bedrohten kleinen Warenproduzenten auf dem Lande, die Macht erobern und den Aufbau des Sozialismus einleiten konnte, obwohl die proletarische Revolution im Westen ausblieb. Damit konnte die Sowjetunion partiell und auf durchaus beschränkte und fragwürdige Weise gegenüber den antiimperialistischen Bewegungen jene Funktion einnehmen, die Marx und Engels dem west-europäischen Proletariat für den Aufbau des Sozialismus in Rußland zugeschrieben hatten. Die antiimperialistischen Bewegungen in den nicht voll durchkapitalisierten Ländern, die einen nichtkapitalistischen Weg zum Sozialismus einschlagen, haben heute nicht bloß die Alternative des Kampfes "bis zur völligen Erschöpfung oder bis zur Ausrottung" (75), dies aber nicht, weil der Kapitalismus in seine Kernländern vernichtet ist, sondern weil im Gefolge der russischen Revolution ein Teil der Extremitäten der bürgerlichen Gesellschaft mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen hat. Lenin hat als erster diesen Weg der Vernichtung des Kapitalverhältnisses reflektiert, der sich wohl von Marxens und Engels Prognosen unterscheidet, aber mit ihren Methoden durchaus entschlüsselt werden kann. Allerdings nur, wenn man diese Methode nicht in eine allgemeine Theorie der Beziehung eines historisch unspezifisch begriffenen Imperialismus und einer durch den Kapitalismus nicht zerstörbaren asiatischen Produktionsweise reduziert.

Joscha Schmierer

Rechtshilfefonds

Heidelberger Volksbank

Kto. Nr.

9980

(75) Daß Rosa Luxemburg den antikapitalistischen Abwehrbewegungen der "primitiven Gesellschaften" genauso wenig eine Perspektive zuerkannte, wie das Kommunistische Manifest, geht sowohl aus ihrem ganzen Werk, als auch aus ihrer aus der Zusammenbruchstheorie abgeleiteten Revolutionstheorie hervor. Das belegt auch das Zitat aus der "Akkumulation des Kapitals", das Kramer auf S.6 anführt: " Für die primitiven Gesellschaften aber gibt es, da es sich in jedem solchen Falle um Sein oder Nichtsein handelt, kein anderes Verhalten als Widerstand und Kampf auf Leben und Tod, bis zur völligen Erschöpfung oder bis zur Ausrottung." (Unterstreichung J. Sch., a.a.O. 1913, S.343)

76) vgl. Fritz Kramer, Neues Rotes Forum 1/70

TECHNISCHER FORTSCHRITT UND KONSTANTES KAPITAL

Dieser Artikel setzt den im Roten Forum 3/7o begonnenen fort. Damals sind wir ausgegangen vom Kapitalkreislauf, haben die Station des Geldkapitals abgeschlossen und die des produktiven Kapitals begonnen mit der Analyse der allgemeinen Produktionsvorbereitung, also der Forschungs-, Entwicklungs- und Designabteilung. Dies haben wir getan unter dem Gesichtspunkt der Produktion neuer Waren. Nun werden wir uns dem unmittelbaren Produktionsprozeß zuwenden und hier die Wirkung des techn. Fortschritts auf das konstante Kapital untersuchen, also die Einführung neuer Produktionsverfahren in die Produktion. Die damit zusammenhängende Ingenieurtätigkeit wird kurz dargestellt, jedoch soll die umfassende Analyse der Wirkung des techn. Forschritts auf die Arbeitskraft, Veränderungen inder Zahl und ihrer Qualifikation, auf Arbeitsbedingungen usw, in einem späteren Artikel folgen. Nach der Darstellung der Erzeugung neuer Waren und neuer Produktionstechnologienund ihrer Verwendung folgt die Diskussion speziellerer Probleme der Innovation, so das Verhältnis von großen und kleinen Kapitalen zum techn. Fortschritt und das Patentwesen. Abschließend erfolgen einige Anmerkungen zur Gratisaneignung von Wissenschaft durch das Einzelkapital. Die Reparatur des fixen Kapitals und das Warenkapital sollen in dem angekündigten Artikel über den Einfluß des technischen Fortschritts auf die Arbeitskraft diskutiert werden.

Die gewissermaßen additive Darstellungsweise dieses Artikels entspringt notwendig seiner zugrundeliegenden Konzeption. In der Vergangenheit ist die Technologiedebatte der Linken in der BRD teils auf einem hohen Abstraktionsniveau geführt worden, weshalb das Zurückgehen aufs Einzelkapital in der Analyse notwendig erscheint. Zum anderen Teil wurden einzelne Erscheinungen vorschnell verallgemeinert und die Diskussion unqualifiziert geführt. Mit der Vorlage einigen empirischen Materials, das im Zusammenhang mit den von Marx entwickelten ökonomischen Kategorien interpretiert wird, soll die Technologiedebatte auf einen konkreteren und auch empirisch besser abgesicherten Boden gestellt werden und auch Anregungen zu tiefergehenden Analysen gegeben werden. Aus diesem Grund sind die in der Vergangenheit häufig in der Diskussion auftauchenden Themen Groß/Kleinkapital, Patente und die Gratisaneignung von Wissenschaft hier mit aufgenommen. Es wird sich zeigen, daß dieser Artikel im wesentlichen nichts weiter ist als eine Konkretion einiger Punkte dessen, was Marx in den 3 Bänden des "Kapitals" dargestellt hat. Daß sich die historischen Erscheinungsformen des Verhältisses von Kapital und Technik geändert haben seit Marx, nicht jedoch die dem zugrundeliegenden ökonomischen Beziehungen, ist sicher eine der wichtigsten Konsequenzen, die wir ziehen müssen.

Folgende Bemerkung zu der dem Artikel unterliegenden Methode. Da die marxistische Ökonomie in der kapitalistischen Welt schwach entwickelt ist, mußte im wesentlichen bürgerliche Terminologie angewendet werden. Nur dort, wo es nötig erschien, wird diese Terminologie erklärt bzw. in marxistische Kategorien soweit wie möglich transformiert. Eine Transformation hat Marx schon selbst vorgenommen: Die für das Betreiben eines industriellen Unternehmens erforderlichen Kapitalauslagen erscheinen dem Kapitalisten als Kosten (siehe Kapital Bd. III, Kapitel 1). Ohne nähere Erläuterungen wird daher im folgenden das Kostenkonzept angewendet.

I DAS KONSTANTE KAPITAL

1. ERSATZ VON ARBEITSKRAFT DURCH MASCHINEN

Das Charakteristische an der Maschinenanwendung ist die Tatsache, daß sie ihren Wert bloß stückweise ans Produkt abgibt. " Es ist zunächst zu bemerken, daß die Maschinerie stets ganz in den Arbeitsprozeß und immer nur teilweise in den Verwertungsprozeß eingeht. Sie setzt nie mehr Wert zu, als sie im Durchschnitt durch ihre Abnutzung verliert. Es findet also eine große Differenz statt zwischen dem Wert der Maschine und dem periodisch von ihr auf das Produkt übertragenen Wertteil", sagt Marx (1, S.408). Sind die Lohnkosten für eine Arbeitsoperation also höher als der Wertteil, der bei einer Operation einer entsprechenden Maschine übertragen wird, so sinkt der Kostpreis des Produkts, und die Anwendung der Maschine lohnt sich für den Kapitalisten. Formulieren wir dieses Ergebnis auf Jahresbasis, so muß der Verschleiß an fixem Kapital pro Jahr geringer sein als die Lohnsumme der durch die Maschine verdrängten Arbeiter pro Jahr.

Unterstellen wir einen Stundenlohn von 5DM, so ergibt sich für den Kapitalisten bei 24 stündigem Produktionsbetrieb mit 3 Schichten a 8 Stunden und 10 Arbeitern pro Schicht eine tägliche Lohnsumme von 1200DM und eine jährliche von ca. 400000DM. Damit sich eine Maschinenanwendung lohnt für den Kapitalisten, muß also ihr jährlicher Verschleiß geringer als 400000DM sein. Unterstellen wir weiter eine 10-jährige Lebensdauer[1] und eine jährliche Abnutzung um ein Zentel, so darf der Wert der Maschine, die die 10 Arbeiter ersetzen soll, nicht 4 Mio. DM übersteigen. Die Summe von 400000DM

[1] Diese Annahme ist einigermaßen realistisch. So befanden sich in den USA im Jahre 1945 40% der Werkzeugmaschinen im Alter von 10 Jahren oder darüber, 1963 waren es 64% (29, S.323). Wir sehen also ein Ansteigen der mittleren Lebensdauer der Maschinen, was im Widerspruch steht zu der Annahme, der techn. Fortschritt beschleunige den Innovationszyklus. Dieser Punkt muß also noch näher untersucht werden.

repräsentiert den bezahlten Teil der der jährlich geleisteten Arbeit, worüberhinaus noch Überschuß von unbezahlter Arbeit jährlich geleistet wird, die Mehrarbeit. Der Kapitalist wendet also eine Maschine an, "nicht wenn überhaupt an der lebendigen Arbeit, sondern nur wenn an dem bezahlten Teil der lebendigen Arbeit mehr erspart als an vergangener Arbeit" (in Form der Maschine) "zugesetzt wird"..., Marx (3,S,272). Daraus folgert er: "kostet die Maschine also ebensoviel als die von ihr ersetzte Arbeitskraft, so ist die in ihr selbst vergegenständlichte Arbeit stets viel kleiner" (nämlich um den Betrag der Mehrarbeit kleiner)" als die von ihr ersetzte lebendige Arbeit." (1,S.414).

Das oben entwickelte Kriterium für Maschinenanwendung benutzt der Kapitalist in einer abgewandelten, allerdings äquivalenten Form. Er betrachtet die Zeit, in der er die Kosten für die Maschine wieder "verdient" hat und setzt diese Zeit in Relation zur geschätzten Lebenszeit der Maschine[2]. Er hat dann die Maschine "verdient", wenn die Summe der Löhne, die ihm durch Maschinenanwendung erspart werden, den Kaufpreis der Maschine erreicht. Das Kriterium für Maschinenanwendung lautet dann in der neuen Formulierung[3]: Maschineneinsatz ist profitabel, falls der Kaufpreis für die Maschine vor ihrem Lebensende wieder "verdient" werden kann. Es läßt sich leicht zeigen, daß dieses Kriterium mit dem von Marx entwickelten äquivalent ist.[4]

Die Tendenz des Kapitals, lebendige Arbeit durch vergangene zu ersetzen, faßt Marx folgendermaßen zusammen : "Vom Standpunkt der kapitalistischen Produktion aus betrachtet, nicht mit Rücksicht auf Steigerung des Mehrwerts, sondern auf Senkung des Kostpreises- und Ersparung der Kosten auch im Mehrwert bildenden Element, der Arbeit, tut dem Kapitalisten diesen Dienst und bildet Profit für ihn, solange der regulierende Produktionspreis derselbe bleibt - ist die Anwendung von konstantem Kapital stets wohlfeiler als die von variablem". (3, S.702). Und :"Obgleich daher der Profit bloß aus der Mehrarbeit, also bloß aus der Anwendung von variablem Kapital entspringt, kann es dem einzelnen Kapitalisten doch so erscheinen, daß die lebendige Arbeit das kostspieligste und am meisten aufs Minimum zu reduzierende Element seiner Produktionskosten ist."(3,-S.703).

Die Extraprofite, die der Kapitalist durch Maschinenanwendung erzielt, sind jedoch nicht von langer Dauer, da die Konkurrenz die neue Produktionsweise verallgemeinert, was die Warenpreise fallen und die Extraprofite verschwinden läßt. "Sobald die neue Produktionsweise[5] anfängt, sich auszubreiten, und damit der Beweis tatsächlich geliefert wird, daß diese Waren wohlfeiler produziert werden können, müssen die Kapitalisten, die unter den alten Produktionsbedingungen arbeiten, ihr Produkt unter ihrem vollen Produktionspreis verkaufen, weil der Wert dieser Waren gefallen ist, die von ihnen zur Produktion erheischte Arbeitszeit über der gesellschaftlichen steht. Mit einem Wort- es erscheint dies als Wirkung der Konkurrenz-, sie müssen ebenfalls die neue Produktionsweise einführen..."(3, S.275)

2. ERSATZ ALTER MASCHINEN DURCH NEUE

Untersuchen wir die Ablösung eines alten Produktionsverfahrens durch ein neues. Beim Auftauchen einer neuen Produktionsweise wird das installierte fixe Kapital ganz oder teilweise entwertet. Die völlige Entwertung entspricht häufig den realen Bedingungen der Kapitalistischen Produktionsweise. "Diese Annahme hat deshalb praktische Bedeutung, weil es im Zeitpunkt des Eintreffens eines tech. Fortschritts meistens unmöglich ist, die alte Anlage noch zu verkaufen- es sei denn

---

2
Die Lebenszeit einer Maschine ist einmal technisch zu verstehen - die Zeit, die sie bis zum physischen Verschleiß im Produktionsprozeß angewendet werden kann. Zum zweiten hat die Maschine eine wirtschaftliche Lebensdauer - die Zeit, die sie rentabel bis zum Auftauchen neuer, produktiverer Maschinen verwendet werden kann und die Konkurrenz ihren moralischen Verschleiß bewirkt. Falls nicht näher erläutert, werden im folgenden beide Lebenszeiten als zusammenfallend angenommen.

3
So heißt es in einer amerikanischen Studie über Automatisierungstendenzen der Montagearbeit, wovon nicht die Rede sein wird, über die Zeit, in der die Maschine verdient wird: "Als Beispiel für die kurze Rückzahlungsperiode" bei Montageautomaten eines gewissen Typs folgendes: "Die Arbeit wurde in drei Schichten pro Tag, 7 Tage die Woche, von den Arbeitern gemacht für 4,32 Dollar die Stunde. Einsparungen durch den Einsatz von drei Arbeitern pro Schicht bedeutet eine Rückzahlungsperiode von 5 Monaten bei einer" 42000 Dollar-Maschine.(29,S.343)

4
Nennen wir die Lebenszeit der Maschine L, ihren Kaufpreis P, die jährlichen Lohnkosten der ersetzten Arbeiter A, die Zeit, in der die Maschine verdient wird, T, den jährlichen Verschleiß der Maschine V, so ist TA = P und P/L = V. Das Marxsche Kriterium lautet:
$V < A \Leftrightarrow P/L < A \Leftrightarrow P < LA \Leftrightarrow TA < LA \Leftrightarrow T < L$,
Rückzahlungsperiode also kleiner als Lebensdauer.

5
Mit Marx verwenden wir hier den Begriff "Produktionsweise" in zweifacher Hinsicht: Einmal in technischer, zum zweiten in sozio-ökonomischer. Der Zusammenhang macht die jeweils gewählte Bedeutung klar.

6
Die Direktinvestitionen der führenden kapitalistischen Staaten in Ländern der sogenannten 3. Welt nehmen häufig die Form von fixem Kapital an, das in den exportierenden Ländern infolge moralischen Verschleißes nicht mehr zu verwenden ist. Hierauf machte Santos, Mitglied des Instituts für sozioökonomische Studien in Santiago de Chile, in seinem Referat über die Industrialisierung Lateinamerikas aufmerksam, das er auf dem Kongress "Capitalism 70" in Tilburg, Holland, September 1970, hielt. Die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Welt erlaubt also dem Kapital, der vollen Wucht der dem "reinen Kapitalismus" zugrundeliegenden Gesetze zu entgehen.

für einen anderen Verwendungszweck, was aber infolge der weitgehenden Spezialisierung der Maschinen, Apparate usf. auch unwahrscheinlich ist," bemerkt Rudin in seiner Untersuchung über techn. Fortschritt und Kapitalenwertung (25, S.94). Katzenstein berichtet, daß gebrauchte Werkzeugmaschinen, die vor 1940 gebaut worden waren, im Jahre 1953-54 in der BRD nicht mehr absetztbar waren, weil sie nicht mehr die neueste, im Kriege entwickelte Technologie darstellten (11, S.142f).[6]

Bezeichnen wir die neue Wertabgabe des fixen Kapitals im Produktionsprozeß bei der alten Produktionsanlage mit Ka, bei den neuen mit Kn, die Betriebs-und Instandhaltungsausgaben der alten Anlage pro Jahr mit Ba- also im wesentlichen das pro Jahr konsumierte flüssige Kapital - und die der neuen mit Bn. Dann ist der Kostpreis des jährlichen Gesamtprodukts bei der alten Anlage Ka + Ba und bei der neuen Kn + Bn . Die neue Produktionsweise ist kostensparend gegenüber der alten. Kn+ Bn ist also kleiner als Ka + Ba. Nach unserer Voraussetzung hat aber der techniche Forschritt das alte fixe Kapital völlig entwertet, so daß es auch nicht mehr den jährlichen Betrag Ka im Produktionsprozeß abgeben kann. Der die alte Anlage besitzende Kapitalist hat also nur noch mit einem Kostpreis Ba des jährlichen Gesamtprodukts zu rechnen. Daher wird er nur dann seine Anlage durch die neue ersetzen, wenn der nun für ihn geltende Kostpreis Ba noch immer größer ist als der Kostenpreis Kn + Bn, der durch die neue Anlage gegeben ist. Andernfalls beläßt er die alte Anlage, siehe Rudin (25, S, 95f). Wir sehen, nicht in allen Fällen werden die alten Produktionsweisen abgelöst, wenn neue, kostensparende auftreten. Und diese Tatsache gilt wohlgemerkt unter Konkurrenzbedingungen! Selbstverständlich wird die alte Anlage jedoch am Ende ihrer Lebenszeit durch die neue ersetzt. Insofern bewirkt die Konkurrenz schließlich doch die entgültige Vorbereitung des neuen Verfahrens. "Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war," bemerkt Marx zum Innovationsprozeß (1, S.51of).

Vor den Kapitalverlusten durch techn. Forschritt versucht sich der Kapitalist durch verschiedene Methoden zu schützen. Einmal kann er eine degressive Abnutzung seines fixen Kapitals bei der Kalkulation seines Kostpreises in Rechnung stellen, sodaß gegen Ende der Lebensperiode des fixen Kapitals ein unverhältnismäßig kleiner Restwert im fixen Kapital sich darstellt. Das Risiko eines Kapitalverlusts sinkt dadurch, siehe Rudin (25, S.107) . Eine zweite Methode, sich vor Verlusten zu schützen, findet der Kapitalist darin, die physiche Lebenszeit des fixen Kapitals durch Einführung von Schichtarbeit zu senken und so durch den beschleunigten Innovationszyklus in den schnelleren Genuß der neuesten Maschinen zu kommen. Dazu schreibt Rudin, daß " eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit eine entsprechend radikale Vergrößerung der Antinomie zwischen technischer und wirtschaftlicher Lebensdauer zur Folge" hat, falls keine Schichtarbeit eingeführt wird (25, S.110) . Daher der Drang des Kapitals, den Arbeitstag zu verlängern. Marx : " Je kürzer die Periode, worin ihr Gesamtwert " (d.h. der einer Maschine) reproduziert wird, desto geringer die Gefahr des moralischen Verschleißes, und je länger der Arbeitstag, um so kürzer jene Periode. Bei der ersten Einführung der Maschinerie in irgendeinem Produktionszweig folgen Schlag auf Schlag neue Methoden zu ihrer wohlfeileren Reproduktion und Verbesserungen, die nicht nur einzelne Teile oder Apparate, sondern ihre ganze Konstruktion ergreifen. In ihrer ersten Lebensperiode wirkt daher dies besondere Motiv zur Verlängerung des Arbeitstages am akutesten."(1, S.427).[7]

Untersuchen wir die Vornahme von Ersatzinvestitionen unter monopolistischen Bedingungen.

. Das ideale Monopol. Für eine bestimmte Ware bzw. Warengruppe tritt nur ein Produzent als Verkäufer auf. Der Monopolist führt dann sofort ein neues Verfahren ein, wenn bei konstant angenommenen Verkaufspreisen für seine Waren die durch die Verwendung des neuen kostensparenden Verfahrens entspringenden jährlichen Extraprofite die jährliche Wertabgabe der alten Anlage, die im Produktionsprozeß vonstatten gehende Wertübertragung von fixem Kapital aufs Produkt, übersteigen. Rudin schreibt dazu : Der Monopolist führt dann das neue Verfahren ein, "wenn er dadurch während der Restlebensdauer der alten Anlage per saldo eine Kosteneinsparung erzielt. Diese Kosteneinsparung errechnet sich aus der Differenz zwischen den noch nicht amortisierten, nicht reproduzierten Kosten der alten Anlage und der Bruttokosteneinsparung des neuen Verfahrens gegenüber dem alten Verfahren." (25, S.180) . Andernfalls verwendet er das alte Verfahren weiter, bis das fixe Kapital seine Lebensdauer erreicht hat, sich amortisiert hat. Im Gegensatz zur Konkurrenzsituation tritt hier keine Entwertung des fixen Kapitals ein. Das obige Kriterium für Ersatzinvestitionen ist jedoch noch nicht scharf genug, da es die Profitrate unberücksichtigt läßt, die der Monopolist in weiteren Grenzen frei festsetzen kann als ein Kapitalist in Konkurrenzsituation. Joan Robinson formuliert das Kriterium exakt, wenn sie sagt : Das entscheidende Kriterium für den Monopolist " ist, daß die jährliche Einsparung an Gestehungskosten... auf die neue Investition eine genauso hohe Profitrate abwirft, wie er auch auf jede andere Weise erzielen könnte." (The Accumulation of Capital, Ld. 1956, S. 407. Ihre übrigen Ausführungen sind recht seicht). Baran/Sweezy unterstellen in ihrem " Monopolkapital" eine ähnlich scharfe Bedingung (5, S. 96f). Wir sehen, die Schranke für die Einführung einer neuen Technologie ist beim Monopolisten höher als beim Konkurrenzkapitalisten. Der Monopolist kann die Innovation bis zur völligen Abnützung der Anlage hinauszögern. Dies ist eine bekannte Tatsache. Katzenstein schreibt dazu : "Es ist ein besonderes Merkmal im Einflußbereich der großen Konzerne,

---

7 Ein weiteres Motiv zur Verlängerung des Arbeitstags sind die Extraprofite, die bei der Anwendung neuer Maschinen entstehen (1, S.429). Überhaupt liegt in der Anwendung von Maschinen im Kapitalismus ein immanenter Widerspruch: Der Kapitalist "verwandelt einen Teil des Kapitals, das früher variabel war, ... in Maschinerie, also in konstantes Kapital, das keinen Mehrwert produziert... Es liegt also in der Anwendung der Maschinerie zur Produktion von Mehrwert ein immanenter Widerspruch"(1, S.429).

daß sie alte, zum Teil sehr alte, und moderne Anlagen nebeneinander fungieren lassen. " (11, S.126). Beispiele dazu unten beim Vergleich zwischen Klein - und Großkapital

In der Realität existiert der ideale Monopolist selten, und der reale muß daher aus der Konkurrenz entspringende Bedingungen berücksichtigen, wie die möglicherweise starke Substitutionskonkurrenz, Kartellabsprachen oder die Situation auf oligopolitischen Märkten. Das Innovationskriterium wird daher der Situation gemäß abgeschwächt.

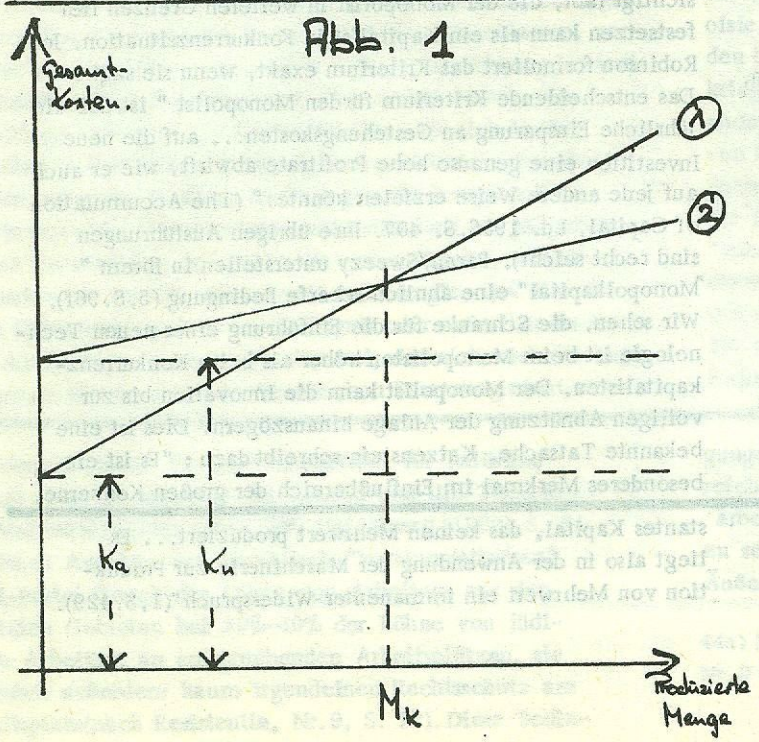
.. Reale Nebenbedingungen der Innovation

Die obigen Ausführungen hatten "konstante Verwertungsbedingungen" als Voraussetzung : konstante Einkaufspreise der Rohstoffen, konstante Löhne, Produktionskapazität, Verkaufspreise, Absatzchancen und müssen also entsprechend modifiziert werden. Die periodische Ausdehnung und Kontraktion der Produktion im Kapitalismus blieben unberücksichtigt, und gerade eine Krise erweist sich als Promotor der Innovation , worauf Marx besonders hinwies (2, S. 171). Die große Krise des Kapitalismus im Jahre 1929 bewirkte beispielsweise die entgültige Ablösung der Dampfmaschine durch den Elektromotor. Viele neue Produktionsweisen erhöhen die Produktionskapazität schlagartig und können nicht eingeführt werden, weil der Einzelkapitalist die erhöhte Warenmenge nicht absetzen kann. Die Zersplitterung der Produzenten wirkt also der Innovation entgegen, und erst die Zentralisation der Kapitale ermöglicht, sie zu vollziehen.

Es ist allerdings falsch anzunehmen, die Entwicklung der Produktivkräfte begünstige einseitig die großen Kapitale, so wie Katzenstein es seinen Lesern zu suggerieren versucht, um den monopolistischen Charakter der westdeutschen Wirtschaft zu unterstreichen (11,S.148). Jedoch ausführlicher dazu unten beim Vergleich von Klein - und Groß-Kapital.

3. KAPITAL- UND KOSTENSTRUKTUR IN DER B R D

Betrachten wir die gesamten Kosten, die dem Kapitalisten bei der Produktion einer Ware anfallen, so ergibt sich folgendes Bild, siehe Abb. 1.



Infolge drohenden technischen Fortschritts, muß der Kapitalist sein fixes Kapital in einer von vornherein festgesetzen Zeitperiode umgeschlagen haben. Dies bedeutet für ihn, daß er mit festen, von der produzierten Warenmenge unabhängigen Kosten pro Zeiteinheit zu rechnen hat. Dies sind Wertminderung und Zinskosten des fixen Kapitals und stellen den sogenannten Fixkosten- oder Kapitalkostensockel seiner Kostenfunktion dar. Oben haben wir diese Kosten Ka genannt. Darüber erheben sich die von der produzierten Menge annähernd linear abhängigen sogenannten variablen Kosten, also Lohnkosten und Auslagen fürs Rohmaterial, das in der Produktion konsumiert wird, also das flüssige Kapital. Diese Kosten haben wir oben Ba genannt. Wird nun eine techn. fortgeschrittene Produktionsanlage eingeführt, so sind grundsätzlich zwei Fälle möglich:

1. Der Fixkostensockel steigt, d.h.Kn ist größer als Ka. Damit die Gesamtkosten bei einer gewissen Produktenmenge kleiner sind als bei der alten Anlage - und dies ist Voraussetzung für die Einführung der neuen Anlage - müssen die Betriebskosten der neuen Anlage, Bn, flacher ansteigen. Diese Situation ist in Abb 1 dargestellt mit der Kostenfunktion 2.. Sie schneidet die alte Kostenfunktion 1, wenn die produzierte Menge die Menge M_k, die sogenannte kritische Menge, überschreitet. Also erst wenn die Produktion die Menge M_k übersteigt, produziert der Kapitalist kostengünstiger. Hier müssen wir voraussetzen, um den Vergleich zwischen alter und neuer Technologie vollziehen zu können, daß das alte fixe Kapital durch den techn. Fortschritt noch nicht entwertet ist, der Diffusionsprozeß der neuen Technologie also erst am Anfang steht.

Das breit angelegte Forschungsprojekt des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW) über den Ablauf der Erneuerung des fixen Kapitals in der Bundesrepublik hat zutagegefördert, daß in der Mehrzahl der untersuchten Fälle der Fixkostensockel gestiegen ist, nämlich bei knapp 3/4 der Erneuerungsfälle (31, S.121), und bei "mehr als der Hälfte dieser Beispiele lag der einen technischen Fortschritt limitierende Schwellwert "M_k" oberhalb, bei oder nur wenig unterhalb der Kapazitätsgrenze der ursprünglichen Anlage. In diesen Fällen ist die Realisierung eines deutlich kostensparenden Fortschritts an die Vergrößerung des Outputs gebunden", stellt die Studie weiter fest (31, S.121). Mit der Erneuerung des fixen Kapitals notwendig werdende Kapazitätsausweitung scheint also danach häufig aufzutreten, etwa in 40 % der Fälle nach der RKW-Studie.

2. Das neue fixe Kapital bindet weniger Geldkapital als das alte. In diesem Fall sinkt der Fixkostensockel, d.h. Kn ist kleiner als Ka. Die neue Anlage produziert unabhängig von der erzeugten Menge kostengünstiger.(Nur in Ausnahmefällen wird die neue Kostenfunktion ab einer gewissen Menge M_k über der alten liegen, die Betriebskosten der neuen Anlage, Bn, also schneller wachsen als die alten). Nur in 15 von 82 Fällen,die die RKW-Studie erfaßt hat, konnte ein Absinken oder ein Verharren des fixen Kapitalwerts der neuen Anlage gegenüber desjeni-

gen der alten festgestellt werden. Diese Fälle treten auf bei Durchbrüchen zu ganz neuen Produktionstechniken. Unten werden einige Beispiele dargestellt. Diese Fälle sind deswegen von Bedeutung, weil sie durch Ökonomie in der Anwendung von konstantem Kapital dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirken.

Auch noch heute scheinen die Lohnkosten "das kostspieligste Element" der Produktionskosten. Bei mehr als 3/4 der in der RKW-Studie erfaßten Umstellungsfälle sanken sie um mehr als 25 % (vgl. Tabelle 1). In vielen Fällen "waren sie allein ausschlaggebend" für Kostensenkungen (31, S.120). Die RKW-Studie kommt weiter zu dem Schluß, daß in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle der prozentuale Anteil der Lohnkosten gegenüber den aus der Abnutzung des fixen Kapitals entspringenden Kosten (Kapitalkosten) an den Produktionskosten gesunken ist (siehe Tab. 2). Im Durchschnitt der untersuchten Fälle stellten die Lohnkosten mit 48 % die wichtigste Komponente der Verarbeitungskosten vor der Umstellung auf das neue Verfahren dar. Sie sanken auf 35 % nach der Umstellung, während die Kapitalkosten auf 43 % stiegen und damit den Hauptteil stellten (31, S.124). Wir können hieraus feststellen, daß die Umstellungen eine höhere organische Zusammensetzung des inder Produktion verbrauchten Kapitals zur Folge hatten, woraus wir die gleiche Tendenz für das in der Produktion angewandte Kapital folgern können. Zu dem gleichen Schluß kommt die IFO-Studie über wirtschaftliche Auswirkungen der Automation: "Die Substitution von Arbeit durch Realkapital (d.h. fixes Kapital) läßt tendenziell den Personalkostenanteil in den Stückkosten zurückgehen und den Kapitalkostenanteil anwachsen."(13, S.53) Mit zunehmender Automation wird die Bedeutung der Personalkosten-reduktion, die heute noch relativ hoch ist, abnehmen. In der RKW-Studie heißt es: "Im hochmechanisierten Zustand der Produktionsanlagen - gekennzeichnet durch eine flache Kostenfunktion mit hohem Fixkostensockel - ist eine weitere Verflachung der Funktion durch Personalkostensenkung nicht möglich. Die zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch typische Veränderung der Kostenfunktion verliert dann weitgehend an Bedeutung."(31, S.125) [7a] Die von Marx konstatierte Entwicklung des Kapitals zur höheren organischen Zusammensetzung hin ist also auch heute feststellbar. Er schreibt: "Gleichzeitig mit der Entwicklung der Produktivkraft entwickelt sich die höhere Zusammensetzung des Kapitals, die relative Abnahme des variablen Teils gegen den konstanten." (3, S. 259)

In den Jahren 1960 bis 1967 läßt sich für die verarbeitende Industrie der BRD ein leichtes Ansteigen der organischen Zusammensetzung von 5,05 auf 5,25 feststellen (siehe Tab.3). Dieser Anstieg kann allerdings auch auf eine erhöhte Umschlagsgeschwindigkeit des konstanten Teils des flüssigen Kapitals zurückführbar sein, denn in diesem Fall steigt das pro Jahr angewandte Kapital relativ zum pro Jahr vorgeschossenen.

Die RKW-Studie kommt wiederum zu dem Schluß, daß die organische Zusammensetzung des Kapitals in der BRD höher ist, als es den Kapitalisten lieb sein kann, und hier kommt die Profitrate ins Spiel: es "zeigt sich, daß die Produktivitätsfortschritte durch Kapitalintensivierung"(d.h. vermehrten Einsatzes von fixem Kapital) "einer 'Tendenz zum abnehmenden Ertragszuwachs' unterliegen. Da der techn. Fortschritt in der Industrie der BRD 'kapitalsparend' ist, erhöht er die Produktivität der Arbeit schneller als die des Kapitals. Somit ist aus der weiteren Kapitalintensivierung ein abnehmender Produktionsgewinn zu erwarten. Bei gegebenen Preisen für die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital wäre es unter rein ökonomischen Gesichtspunkten rationeller, nicht Arbeit durch Kapital zu ersetzen, sondern umgekehrt Kapital durch Arbeit zu substituieren bzw. einen gegebenen Kapitalbestand

Kostenvergleich zweier Fertigungsverfahren (nach Zahlenangaben der Daimler-Benz AG, Stuttgart-Untertürkheim).

Kostenvergleich

Werkstück = PKW-Kurbelwelle
Bearbeitung = Hubzapfen drehen — Stückzahl: 3000 Stück/Monat

Werkzeug - Maschine			Fertigung A 2 Vielstahlbänke		Fertigung B 1 Halbautomat
Anlagewert			60 000 DM		93 200 DM
Kostenart:	Wertmaß	Betrag	Kosten/ Stück	Betrag	Kosten/ Stück
1. *Fixe Kosten*					
Abschreibung	Jahre	10		10	
	DM/Jahr	6000		9320	
	DM/Stück		0,166		0,259
Verzinsung	%	5,5		5,5	
	DM/Jahr	3300		5126	
	DM/Stück		0,092		0,143
Raumkosten	DM/m²				
	u. Monat	5		5	
Platzbedarf	m²	25		15	
	DM/Monat	125		75	
	DM/Stück		0,042		0,024
Zusammen:	DM/Stück		0,300		0,426
2. *Variable Kosten*					
Stückzeit (bezahlt)	Min.	8,0		4,0	
Taktzeit	Min.				
Akkordgrundlohn	DM/Std.	1,94		1,94	
Akkordminutenwert	DM/Min.	0,032		0,032	
Lohnkosten	DM/Stück		0,256		0,128
Gemeinkostenzuschlag für soz. Aufwendungen u. Aufsicht (ca. 50% v. Fertigungslohn)	DM/Stück		0,128		0,064
Betriebsmittelkosten					
Werkzeuge (Ersatz und Instandhaltung)	DM/Stück		0,109		0,195
Stromkosten					
Anschlußleistung	kW	22,0		22,5	
entnommene Leistung	kW	17,6		17,0	
Stromkosten/Std.	DM/Std.	1,76		1,70	
Stromkosten/Stück	DM/Stück		0,117		0,113
Maschineninstandhaltung	DM/Stück		0,090		0,051
Öl und Putzmittel	DM/Stück		0,001		0,001
Zusammen:	DM/Stück		0,701		0,552
3. *Fertigungskosten/Stück*	DM/Stück		1,001		0,978

7a
Nebenstehend ein Beispiel fürs Ansteigen des Fixkostensockels und des Rückgangs der Lohnkosten von 38% auf 19% der Fertigungskosten pro Stück beim Übergang auf ein halbautomatisches Fertigungsverfahren. (Entnommen aus H. Ludwig: Die Größendegression der technischen Produktionsmittel, Köln, 1962).
Überhaupt wird im hochmechanisierten Zustand der Produktionsanlage, wo das variable Kapital verschwindend gering ist gegenüber dem kon stanten, der Profit die Form des Zinses aufs eingesetzte konstante Kapital annehmen (3, S. 273) und somit sinken. Der Profit stellt in diesem Falle eine Mehrwertübertragung aus fremden Sphären der Produktion dar, analog zum Zins aufs Geldkapital.

durch vermehrten Arbeitseinsatz besser auszunützen." (31,S.116) Was steht jedoch dem vermehrten Arbeitskräfteeinsatz entgegen? Der Mangel an Arbeitskräften: "Da aber in der Realität Arbeit im Vergleich zu Kapital immer teurer wird, substituieren die Unternehmen die knappen Arbeitskräfte durch Realkapital. Sie müssen dabei in Kauf nehmen, daß der Produktivitätseffekt dieser Substitution immer mehr abnimmt."(31, S.116f) Da der Mehrwert allein aus der Anwendung von Arbeitskraft entspringt, hat der verstärkte Ersatz der Arbeitskraft durch fixes Kapital in der BRD eine absinkende Profitrate zur Folge, wie auch schon die Terminologie der bürgerlichen Ökonomie in obigem Zitat verrät. In den Jahren 1960-67 sank die Profitrate in der verarbeitenden Industrie der BRD von 0,36 auf 0,20. (siehe Tab.3) Die bürgerliche Ökonomie klagt daher darüber, daß die sogenannte Kapitalproduktivität in den sechziger Jahren abgenommen habe (31,S.38). In den Jahren 1968 und 1969 wird als Folge der Krise 1967 die Profitrate wieder gestiegen sein. Die Abnahme der Profitrate in der BRD ist natürlich kein "Beweis" für das Marxsche Gesetz von ihrem tendenziellen Fall, sondern spiegelt erst einmal die besondere Situation der BRD wider, in der die Arbeitskräfte (bis 1980) knapp sind. Im übrigen sei auf Moszkowska, Zur Dynamik des Spätkapitalismus, Zürich 1943, verwiesen, wo sie die dem Profitratenfall entgegenwirkenden Kräfte, wenn auch zuweilen etwas oberflächlich, darstellt. Und natürlich Marx, Kapital Bd.III, Kapitel 4,5,14. 7b

Bei hohem Fixkostensockel und flacher Kostenfunktion sind kaum noch Einsparungen an den Lohnkosten möglich. Dem Kapitalisten bleibt daher nur noch der Weg, entweder sein konstantes Kapital ökonomischer zu nutzen, wie dies ihm insbesondere die datengesteuerte Produktion ermöglicht - doch dies unten -, oder fixes Kapital sparende Verfahren anzuwenden. Also alles das, was Marx mit Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals beschreibt, Kapital Bd.III, Kap.5. Die aus diesen beiden Möglichkeiten entspringenden temporären Kostenvorteile gegenüber der Konkurrenz und die damit verbundenen Extraprofite wirken dem Profitratenfall entgegen. Zur Ökonomie in der Anwendung von konstantem Kapital gehört der derzeit zu beobachtende Übergang von der spangebenden zur spanlosen Formgebung bei der Bearbeitung des Arbeitsgegenstands, was u.a. eine Einsparung an Rohstoffen bedeutet, etwa Pressen oder Walzen anstatt Fräsen. Die Stahlerzeugung bietet Beispiele für Einsparung an fixem Kapital. Zuerst das in Österreich entwickelte sogennante LD-Verfahren (Linz-Donawitz) aus dem Jahre 1952. Die Kosten fürs fixe Kapital sinken um die Hälfte oder stärker, je nach Kapazität, gegenüber dem Siemens-Martinverfahren gleicher Kapazität, die Operationszeit des Schmelzofens sinkt von 9h auf 1h (8,S.3098ff). Der zweite Schlag erfolgte aus England im Jahre 1957 ("spray steelmaking"). Das fixe Kapital sinkt noch einmal kräftig auf 15-25 % dessen, was fürs LD-Verfahren aufgewendet werden muß, wobei noch "die Kapitalausnutzung um 200 % besser" als beim LD-Verfahren sein soll. Das wesentliche jedoch an diesem Verfahren ist die Tatsache, daß es gegenüber den früheren, die diskontinuierlich ablaufen, Charge auf Charge, kontinuierlich abläuft und daher die Möglichkeit der automatischen Steuerung eröffnet mit Hilfe eines Prozeßrechners, der die optimale Ausnutzung des flüssigen Kapitals ermöglicht (28,S.3096ff). Weiteres Beispiel für kapitalsparende Verfahren ist das im Jahre 1959 erstmals in England benutzte "Float-Glass"-Verfahren zur Glaserzeugung, wovon Jewkes u.a. in ihrer Fallstudie berichten, daß es viel an flüssigem und fixem Kapital erspart (10,S.334f). Auch diese Produktionsweise läuft kontinuierlich ab, im Gegensatz zu den früheren. Die beiden westdeutschen Glashersteller Delog und Detag, die jetzt fusioniert haben, stellen sich gerade aufs Float-Glass-Verfahren um (Industriekurier 21.7.70.). Auch wenn diese neuen Verfahren fixes Kapital sparen, so können wir daraus noch nicht auf eine sinkende Zusammensetzung des Kapitals schließen, wohl aber auf zumindest temporäre Extraprofite, sodaß sich die Profitrate in allen solchen Fällen erhöht.

4. HAUPTTENDENZEN IN DER AUTOMATION

Unter Automation wollen wir einfach den Ersatz der Arbeitskraft durch Maschinenanwendung verstehen. Abgesehen von Einzelbeispielen, die zeigen, wie die Maschinen immer mehr vervollkommnet werden (besser, billiger, genauer, schneller usw), lassen sich einige Haupttendenzen erkennen, wenn wir den Produktionsprozeß in drei sich unterscheidende Typen zergliedern: Die kontinuierliche Produktionsweise, die Einzelstückbearbeitung und die Montage (Dies ist keine erschöpfende Zerlegung). Und

---

7b

Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate scheint von der bürgerlichen Ökonomie als gültig angesehen zu werden, wobei der techn.Fortschritt als eine der maßgebenden entgegenwirkenden Ursachen angesehen wird. Leider konnte die Literatur daraufhin nicht mehr geprüft werden. Als Anregung hier ein Zitat von Unterburg: "An dieser Stelle sei darauf ... hingewiesen, daß unter gesamtwirtschaftlichem Aspekt die produktivitätssteigernde Wirkung des techn.Fortschritts als der entscheidenste Bestimmungsgrund dafür anzusehen ist, daß trotz der mit dem Prozeß der industriellen Entwicklung einhergehenden stetigen Zunahme der Kapitalintensität" (fixes Kapital pro Arbeitsstunde) "immer wieder neu die Grenzproduktivität des Kapitals angehoben wurde und so ständig neue ... Investitionen vorgenommen wurden... Wächst die Wirtschaft in der Art, daß stetig der Kapitaleinsatz zu den beiden anderen Produktionsfaktoren Arbeit und Boden größer wird, so wird bei Vernachlässigung des techn. Fortschritts langfristig - nach zwischenzeitlichem Übergang zu immer kapitalintensiveren Produktionsweisen - der Grenzertrag des Kapitals bei Wirksamkeit des Gesetzes vom abnehmenden Grenzertrag abnehmen", so daß schließlich die Investitionslust erlischt. (30, S.43) Falls man überhaupt in dieser Allgemeinheit davon sprechen kann, daß der techn. Fortschritt die Profitrate stabilisiert, so wird dieser Effekt jedoch z.Z. in der BRD aus den genannten Gründen kompensiert.

in dieser Reihenfolge hat die Automation die Produktion erfaßt, die kontinuierliche Produktionsweise am stärksten, die Montage am wenigsten. Für den derzeitigen Automationsstand insgesamt ist der immer weiter umsichgreifende Computereinsatz kennzeichnend.
Die allenthalben forcierte Computeranwendung führt zu einer direkten Verbindung des Spitzenmanagements mit der Produktion, so daß das Kapital tendenziell auf alle mittleren und unteren Verwaltungskader verzichten kann. Die Entwicklung einfacher Programmsprachen lassen sogar Programmierer überflüssig werden.

1. Die kontinuierliche Produktionsweise
Sie wird angewendet in der Stromerzeugung, Chemie-, Öl-, Zement- und Papierindustrie. Wir schließen hier auch diejenigen Industrien ein, die, obwohl nicht kontinuierlich produzierend, die sogenannte Verfahrenstechnik benutzen, deren Kennzeichen ist, daß ihre "Ausgangs-, Zwischen- und Endprodukte"... "keine makro-geometrische Form besitzen. Im Produktionsprozeß herrscht das Fließgut und damit der Fließprozeß vor. Diese vom Stoff bedingte Verfahrenseigenschaft erfordert die Steuerung und Regelung nur weniger physikalischer Größen." (31, S.80) Wir schließen also die sogenannte Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie hier ein. Dieser Industriezweig eignet sich also besonders dafür, den Ablauf des Produktionsprozesses durch einen Computer überwachen zu lassen. Die Kosten für ein Computer-Kontrollsystem gibt eine amerikanische Studie mit 200-400 tausend Dollar an (29, S.270) Vorteile sind:
1. Einsparungen an flüssigem Kapital, da der Produktionsprozeß ständig auf seinem optimalen Punkt gehalten werden kann. Pollock berichtet, daß durch Anwenden eines Computers zur Prozeßsteuerung die "BASF im Jahre 1961 ihren Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Fremdleistungen und bezogene Waren um 12%, im Jahre 1962 erneut um 7,4% " hat senken können. (24, S.112). Die IFO-Studie nennt eine Senkung des Primärenergieverbrauchs eines Kraftwerks um 42%, die durch automatische Prozeßsteuerung eingetreten ist (13, S.49).
2. Konstanter Level der Produktqualität.
3. Schutz des fixen Kapitals vor zerstörerischen Einflüssen, die aus dem Produktionsprozeß selbst erwachsen. In den elektrischen Kraftwerken, in denen die Größe der Generatorblöcke auf 1000 MW zugeht, ist "das große Ausmaß der Einheiten tatsächlich ein Grund dafür, Prozeßrechner als eine Form der Versicherung gegen große Katastrophen zu installieren."(29,S.283)
4. Laufender Überblick über technische und ökonomische Daten.
5. Wachsende Einsicht in den Produktionsprozeß selbst, und wiederum deren sofortige Anwendung. "Ein Computer-Kontrollsystem stellt einen Fortschritt gegenüber den älteren Techniken dar, weil es die stetige Anwendung der fortgeschrittensten Erkenntnisse des Produktionsprozesses erlaubt."(29,S.269)

Die amerikanische Studie über die Verbreitung von Prozeßcomputern konnte keine wesentliche Einsparung an Arbeitskräften feststellen, die aus dem Computereinsatz resultieren würden. Eine Umfrage bei der Industrie ergab sogar ein Ansteigen von technischem und Pflegepersonal.(29, S.277) Jedenfalls ist die Lohnkostenersparnis als kein wesentlicher Grund für die Computereinführung in diesen Industrien anzusehen. (29, S.270)

Die Tabelle 4 zeigt die globale Verbreitung der Prozeßrechner im Jahre 1964. Die amerikanische Studie schätzt, daß im Jahre 1964 das Potential der Computeranwendung für die Prozeßsteuerung in den USA erst zu ca.10% ausgeschöpft sei und daß es etwa bis zum Jahre 1976 dauern würde, diese Technik auf dem 1964-Level ganz zu verbreiten. (29, S.288f) Nach Angaben der AEG werden 1970 in der BRD ca.500 und global ca.10000 Prozeßrechner installiert sein (FAZ 14.3.70). Die außerordentlich hohen Wachstumsraten in der Prozeßrechnerverbreitung zeugen von ebensohohen Extraprofiten, die aus deren Anwendung entspringen.

2. Die Bearbeitung einzelner Werkstücke
Wir betrachten zuerst die einzelne Werkzeugmaschine, sodann ihre Zusammenfassung zu einem System. Bei der Einzelmaschine ist die computergesteuerte Maschine für die Metallbearbeitung, die sogenannte NC-Maschine, von außerordentlicher Bedeutung für die z.Z. ablaufende Umwälzung in der Fertigungstechnik (NC= numerical control). Das führende US-Technologie-Institut, das Illinois Institute of Technology Research bezeichnet die NC-Maschine als "die hervorstechendste Entwicklung in der Produktionstechnik seit Ford's Fließband" (17, S.69). Technisch gesehen handelt es sich bei der NC-Maschine darum, daß der Steuerungsablauf, dem die Maschine bei der Bearbeitung eines Arbeitsgegenstands früher durch eine Arbeitskraft unterworfen worden ist, nun in Form von elektrischen Impulsen ihr von einem Computer zugeführt wird, der entsprechend vorprogrammiert ist. Die Daten, die zur Bearbeitung eines Werkstücks notwendig sind, werden also vom Computer gespeichert und im Zeitablauf freigegeben, während sie in der alten Technologie, auf einer technischen Zeichnung dem Arbeiter übergeben, von diesem etwa auf einer Drehbank in zweckmäßige Steuerung der Maschinenwerkzeuge umgesetzt werden mußten, was einen beträchtlichen Teil der Qualifikation seiner Arbeitskraft ausmachte. Die NC-Technik ist eine Kombination der Technologie herkömmlicher Werkzeugmaschinen, der Computer und der Servo mechanismen. Eine NC-Maschine ersetzt ca. 3-8 herkömmliche, denengegenüber sie annähernd doppelt so teuer ist, ihre Operationszeit liegt bei 2o %, ihre Werkzeugkosten bei 25%. Die Präzision in der Bearbeitung des Arbeitsgegenstands ist wesentlich höher, der Ausschuß sinkt auf die Hälfte. Das wesentliche an der NC-Maschine ist, daß sie automatisch arbeitet und lediglich Aufsichtspersonal benötigt, während früher die Maschinen einen direkten Operateur brauchten, um arbeiten zu können. Daher ist auch das treibende Moment beim Einsatz dieser neuen Technologie das Sparen der Löhne. Eine amerikanische Studie über NC-Technik kommt zu dem Ergebnis:"Weil einer der Hauptgründe für den Ersatz von konventionellen Maschinen durch NC-Maschinen im Sparen von Löhnen liegt und weil eine NC-Maschine mehrere konventionelle ersetzen kann, wird die Zahl der Arbeitskräfte an diesen Maschinen sinken. Weiter kann ein Arbeiter oft zwei oder mehr

NC-Maschinen beaufsichtigen."(29,S.335) Die NC-Technik führt zu einer direkten Integration von Designabteilung und Fertigung. Der Ingenieur konstruiert in ständiger Kommunikation mit einem Computer (computer-aided design), die wesentlichen Daten des Werkstücks werden im Computer gespeichert, der automatisch eine technische Zeichnung anfertigt, so daß technische Zeichner überflüssig werden, und der Computer führt seine Steuerimpulse direkt der NC-Maschine zu (siehe 29,S.309)

Eine Umstellung im Produktionsprogramm erfordert also im wesentlichen bloß ein neues Programm für den Computer. Deshalb bringt die NC-Technik auch die relativ größten Vorteile für die Kleinserienfertigung, in der Umstellungen nun leicht zu vollziehen sind. Die amerikanische Studie schreibt dazu:"Vom ökonomischen Gesichtspunkt aus werden NC-Maschinen mit größtem Vorteil in der Kleinserienfertigung benutzt. In dieser Hinsicht unterscheidet sich NC von den meisten automatischen Prozessen, die Massenproduktion erfordern, um ökonomisch zu sein."(29, S.321) Gerade im Werkzeugmaschinenbau und in der Investitionsgüterindustrie insgesamt herrscht Kleinserienfertigung vor, die durch den techn.Fortschritt sogar noch zunehmen wird, wie Opitz meint (Industriekurier v. 25.8.70). Katzenstein rechnet vor, daß die 110 000 Werkzeugmaschinen, die 1958 in der BRD produziert wurden, sich auf 400 Typen verteilen, also 270 Stück pro Type im Durchschnitt. (11,S.147) Daher ist die NC-Technik in diesem Industriezweig von großer Bedeutung. Der in der Konsumgüterindustrie vorherrschende und aus Absatzgründen forcierte Modellwechsel verursacht hohe Umstellungskosten bei der Produktionsanlage. Baran/Sweezy geben die Umstellungskosten der US-Autoindustrie mit 1Mrd. Dollar insgesamt pro Jahr an (5, S.364). Die NC-Technik läßt diese Kosten kräftig sinken, worauf die amerikanische Studie besonders hinweist (29, S.335), und kommt in dieser Hinsicht der in der kapitalistischen Produktionsweise begründet liegenden begrenzten Ausnutzung der in der Massenproduktion wirkenden Ökonomie entgegen. Die Werkzeugmaschine, einst Herzstück beim Übergang von der Manufaktur zur industriellen Produktionsweise (1, S.393), bildet heute einen Schwerpunkt der Automatisierungsbemühungen.

Die NC-Technik steht am Anfang ihrer Ausbreitung. Anfang 1968 hatten von 3150 befragten Betrieben der Investitionsgüterbranche der BRD nur 9% diese Technik eingeführt, mit insgesamt knapp 940 Maschinen.(21, S.66) Die Wachstumsrate ist mit ca.100% pro Jahr angegeben. Die amerikanische Studie nennt neben der Metallbearbeitung, wo der Schwerpunkt der NC-Technik liegt, noch Schweißen, Verdrahten, Zeichnen, Mikrofabrikation, Mikroanlagen und Optik als Anwendungsfeld.

Einladung zum kostenlosen Proberauchen!

Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Pröbchen gratis. Diesen Gutschein senden an:

EXCLUSIV-TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568 a

Das automatische System

Automatisch arbeitende Werkzeugmaschinen zu einem System zusammenzuschließen, erfordert einige Voraussetzungen. Erstmal muß die Betriebszuverlässigkeit der Einzelmaschinen wesentlich gesteigert werden, denn der Ausfall einer von ihnen läßt das ganze System stocken und führt fürs Kapital zu hohen Unkosten. Daher wurde z.B. die Ausfallrate von Festwiderständen um 2 Größenordnungen in den letzten Jahren gesenkt , wie die IFO-Studie berichtet (13,S.48). Von Verschleißproduktion, wie sie aus der Konsumgüterbranche bekannt ist, kann also in der Investitionsgüterindustrie keine Rede sein. Die Automation zwingt das Kapital, die Qualität seiner Produkte in dieser Industrie gewaltig zu steigern. Das in der Produktion konsumierte Rohmaterial wird einer strengen Auslese unterworfen, um die Maschinen möglichst homogenes Material verarbeiten zu lassen, wodurch die Störanfälligkeit wiederum sinkt.[8] Ein höherer Teil gesellschaftlicher Arbeit als früher wird also den Vorprodukten der Produktion zugeteilt. Diese erhöhte Qualität der Vorprodukte bewirkt, verbunden mit präziserer Fertigung - wie sie etwa die NC-Technik ohne weiteres erlaubt - und automatischer Endkontrolle eine ebenfalls erhöhte Qualität des Endprodukts, wie die IFO-Studie hervorhebt (13,S.128f). Im allgemeinen ist die automatische Anlage bei Umstellungen des Produktionsprogramms den nicht-automatischen gegenüber im Nachteil. Aus diesem Grund wird mit einer Standardisierung der Produktion die Zahl der nötigen Umstellungen gesenkt; dem sind in der Konsumgüterindustrie aus Marktgründen jedoch Grenzen gesetzt. Die NC-Technik wirkt ebenfalls der mangelhaften Umstellungsflexibilität entgegen. Eine weitere Möglichkeit in dieser Hinsicht bietet das sogenannte Baukastensystem, nach dem sich aus einigen Grundeinheiten die verschiedenen nötigen Werkzeugmaschinen zusammensetzen lassen. Nebenbei stellt das Baukastensystem einen Weg dar, in der von Typenvielfalt gekennzeichneten Werkzeugmaschinenproduktion die Massenproduktion durchzusetzen. Weitere generelle Aussagen über das automatische System sind nur schwer zu machen.

3. Die Montage

Montagearbeiten herrschen in vielen Industriezweigen vor, im Maschinen- und Fahrzeugbau, in der Elektroindustrie. Sie stellen einen beträchtlichen Teil der Produktionskosten dar. Eine Erhebung aus dem Jahre 1958 in den USA zeigt, daß dieser Teil bei ca.50% der gesamten in der verarbeitenden Industrie geleisteten Arbeitszeit liegt. (29,S.356) Eine amerikanische Studie über Automationstendenzen der Montagearbeit berichtet,

[8] Auf das Bestreben des Kapitals, mit Hilfe hochwertiger Rohstoffe die Störanfälligkeit der Produktionsanlage zu senken und so die Profitrate zu erhöhen, hat Marx schon hingewiesen (3,S.93).

daß in fünf Industriezweigen (Standard Industrial Classification Code Groups 35-39) das Verhältnis von Montagearbeitern zu Maschinenarbeitern in den Jahren 1950-1960 um 30% zunahm, nämlich von 34,2% auf 48,6% (29, S.356)[9] Der hohe Lohnkostenanteil der Montagearbeit an den Gesamtkosten und das zunehmende Gewicht dieser Arbeit reizt das Kapital zum Maschineneinsatz. Generell hat sich die automatische Montage jedoch noch nicht durchsetzen können; dem stehen noch technologische Schwierigkeiten entgegen. Allerdings gibt es schon vereinzelte Spezialmaschinen für diesen Zweck. Dies ist das Resultat der genannten Studie. Mit einem verstärkten Einsatz von Montagemaschinen ist nicht vor 1990 zu rechnen. Jedoch ist klar, daß die Benutzung solcher Maschinen die organische Zusammensetzung des Kapitals in der verarbeitenden Industrie ein großes Stück nach oben treiben wird.

5. ZUR TÄTIGKEIT DER INGENIEURE IN DER PRODUKTION

Hier soll kurz eine empirische Studie referiert werden, die den Ausbreitungsprozeß neuer Technologien in der Produktion untersucht hat. Diese Untersuchung (Piore, 23) ist im Auftrag des US-Arbeitsministeriums erstellt worden und soll Aufschluß über den Einfluß der Arbeitsmarktsituation auf die Wahl von Produktionstechniken geben. Sie basiert auf Interviews mit Ingenieuren und Personalleitern.

Die Schlüsselstellung im Auffinden von Verbesserungsmöglichkeiten nehmen die die Produktion überwachenden Ingenieure ein, und zwar deshalb, weil die Produktionstechnik in starkem Maße auf einer empirischen, durch Versuch und Irrtum bestimmten Basis steht und nicht so sehr auf einer theoretischen, wissenschaftlich begründeten. Diesen Punkt heben auch Jewkes u.a. hervor: "Die Produktionsweise ist vielfach primitiv, ganz im Gegensatz zur fortschrittlichen Technologie, die produziert wird."(10,S.121) In diesem Stadium der Produktionstechnik befinden sich (oder haben es gerade durchlaufen) die Ölindustrie, Flugzeugbau, Chemie, Elektrotechnik. Diese empirische Basis des Produktionsprozesses ist ein starker Antrieb, ihn zu verbessern und auch wissenschaftlich zu durchdringen. Krauss-Maffei hat aus folgendem Grund ein Labor für Kunststoffverarbeitung geschaffen: "Die rein empirische Entwicklungstätigkeit von Produktionsverfahren und Verarbeitungsmaschinen mußte einer systematischen Entwicklungsrichtung in einer speziell dafür vorgesehenen anwendungstechnischen Abteilung weichen." (VDI-Nachrichten, 29.7.70)
Sowohl neue als auch schon alte Maschinen widersetzen sich einem störungsfreien Ablauf, worauf Marx schon hinwies (2,S.175), und auch Eingabe- und Abnahmevorrichtungen für die die Maschinerie durchlaufenden Arbeitsgegenstände erfordern viele Verbesserungen, was einen Großteil der Ingenieurtätigkeit definiert.

Ein weiteres Moment der Ingenieurtätigkeit: Obwohl vom Spitzenmanagement ein Druck auf die Ingenieure ausgeübt wird, die Produktionskosten zu senken, führt dies nicht zu einer systematischen Analyse des Produktionsprozesses. Die Ingenieure werden vielmehr informell zu kostensparenden Ideen angeregt, einmal als Nebenprodukt ihrer alltäglichen Überwachungsarbeit, zum andern durch Technologien, die außerhalb ihrer speziellen Abteilung angewandt werden und mit denen sie durch Fachmessen, Fachzeitschriften, Besichtigungen innerhalb ihrer eigenen Firma, oder sogar Austausch zwischen verschiedenen Firmen (so in der Autoindustrie) bekannt werden. Hierbei leiten sie ihre Ideen vor allem von schon in der Produktion bewährten Technologien ab, so daß das Risiko eines Mißerfolgs klein ist. Die Arbeitsleistung, die den Arbeitern abverlangt werden soll, wird bei der Maschinenkonstruktion mit Normtabellen festgelegt und ist für den Durchschnittsarbeiter zu hoch angesetzt. "Wir formen die Arbeiter für die Jobs und nicht die Jobs für die Arbeiter", sagt ein Ingenieur (23,S.619). In allen untersuchten Firmen wurden die Löhne an Maschinen beschäftigter Arbeiter von den Ingenieuren mit einem festen, jeder Firma eigenen Standardlohnsatz angenommen und bei der Kostenkalkulation in Rechnung gestellt, unabhängig von der Qualifikation der Arbeitskraft und den tatsächlich gezahlten Löhnen. Dieser Standardlohnsatz, der über dem Durchschnitt der Löhne der Produktionsarbeiter steht, wird auch angewandt, um Reparaturkosten zu schätzen, die das Servicepersonal verursacht.

Das über den Daumen peilen der Lohnkosten wird damit begründet, daß bei der hohen Profitrate, die den Neukonstruktionen zugrunde liegt, eine genauere Rechnung nicht lohne und die Ingenieure ihre Zeit besser mit andern Tätigkeiten nutzen könnten.[9a] Mit dem Standartlohnsatz zu arbeiten, wird auch damit gerechtfertigt, daß sowohl die Anzahl als auch die Qualifikation (etwa gemessen nach Kriterien der analytischen Arbeitsplatzbewertung)der Arbeitskräfte erst dann genau festgestellt werden kann, wenn die neue Maschine wirklich aufgestellt ist und im Produktionsprozeß eingefügt ist. Die Anforderungen an den neuen Arbeitsplätzen werden dann variiert, und so werden experimentell die notwendige Zahl der Arbeitskräfte sowie die Arbeitsanforderungen festgelegt. Das leitende Motiv dabei ist, die Zahl der Arbeiter zu minimieren, wobei die Lohnhöhe und die Möglichkeit, Arbeitskräfte von der erforderlichen Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt zu bekommen, unberücksichtigt bleiben. Soweit Piore.

Die Ingenieure sehen also die Arbeitskraft als ein Element des Produktionsprozesses an, das ausgeschaltet werden muß; eine Auffassung, die häufig technologisch so begründet wird, daß eine Maschine genauer und

---

9 Diese Kategorien stellen die Maschinenbau-, Elektro-, Fahrzeugbau-, Instrumentenbau- und einige Konsumgüterindustrien dar.

9a Die Profitrate liegt bei den meisten Investitionen bei 30-50%, was einer Periode von 2-3 Jahren entspricht, in der die Investition wieder "verdient" worden ist (23, S.611).

gleichmäßiger arbeitet als der Mensch. Welchen Einfluß diese Auffassung der Ingenieure auf ihre Einstellung zur Arbeiterklasse nimmt - etwa ob sie ein die Solidarität unterbindendes Element darstellt -, bleibt zu untersuchen. Hier handelt es sich aber wohlgemerkt um die direkt mit dem Produktionsprozeß verbundenen Ingenieure.

II VERGLEICH VON GROSS- UND KLEINKAPITAL -- DER TECHNISCHE FORTTSCHRITT ALS BASIS DES KLEINKAPITALS

Nach aller verfügbarer Literatur geht u.a. auf Schumpeter und Galbraith die These von der generellen Überlegenheit des Großkapitals übers Kleinkapital zurück, etwa, das Großkapital könne die Vorteile der Massenproduktion besser nutzen, also die sogenannten economies of scale kämen ihm zugute. Und weiter, das Großkapital könne sowohl effektiver den techn. Fortschritt in seinen Labors vorantreiben als auch ihn besser nutzen. In dieser Allgemeinheit ist diese These falsch. Dies ist das Resultat der in den letzten Jahren vorm US-Kongress erfolgten Hearings über Kapitalkonzentration und neue Technologien. (8) Auf der Basis dieser Hearings erfolgten einige zusammenfassende Arbeiten über dies Thema, so von Lenel (14), dem Chef des Bundeskartellamts Günther (20) (er hat weite Teile von Lenel abgeschrieben) und Petry (22).

Es läßt sich tatsächlich in vielen Industriezweigen ein steigendes Kapitalminimum, nötig für eine konkurrenzfähige Produktion, beobachten. So stieg die Durchschnittsgröße von Generatorblöcken für die Stromerzeugung in den USA von 80MW im Jahre 1955 auf 200 MW im Jahre 1965. Ebenso kann man in der Stahlindustrie eine Tendenz zu größeren Einheiten feststellen, um die daraus entspringende Kostendegression auszunutzen. Jedoch gelten diese Beispiele alle nur unter der Annahme einer konstanten Technologie. Diese Annahme ist deswegen unrealistisch, weil stets mit dem Auftauchen neuer Technologien gerechnet werden muß und sie auch tatsächlich auftauchen. Neben den sogenannten magnetohydrodynamischen Generatoren, die sich schon in der Versuchsphase befinden, ist in den Hearings das EGD-Verfahren zur Stromerzeugung (electrogasdynamics) angekündigt, das die Investitionen für fixes Kapital von 152 Dollar pro installiertem KW für ein konventionelles Kraftwerk auf 91 Dollar/KW für ein EGD-Kraftwerk gleicher Kapazität absinken läßt (8, S.2895).[10] Mit dieser Technik ist zugleich ein Übergang zu kleineren Einheiten und zu einer dezentralen Stromversorgung verbunden (8, S.2899).

Neben den oben dargestellten neuen Verfahren zur Stahlerzeugung (LD, spray-steelmaking) lassen die Hearings ein neues Verfahren erwarten, den sogenannten Sherwood-Prozeß, der die Auslagen fürs fixe Kapital gegenüber den konventionellen Stahlwerken halbieren und die ökonomische Minimumskapazität von 500000 Tonnen pro Jahr auf 1oo ooo senken soll(8, S. 2671).

Die Beobachtung der Ausbreitung und allgemeinen Benutzung des 1952 in Österreich erstmals benutzten LD-Verfahrens zeigt, wie eine stark monopolisierte Industrie wie die Stahlindustrie eine neue Technologie solange unterdrücken kann, wie ihre Anwendung ihr nicht paßt. Lenin schreibt dazu in seiner Imperialismusstudie: "In dem Maße, wie Monopolpreise, sei es auch nur vorübergehend, eingeführt werden, verschwindet bis zu einem gewissen Grade der Antrieb zum technischen und folglich auch zu jedem anderen Fortschritt, zur Vorwärtsbewegung; und insofern besteht die ökonomische Möglichkeit, den technischen Fortschritt künstlich aufzuhalten." (Ausgew. Werke, Bd. I, S. 848) Lenins Charakterisierung ist korrekt, denn die Ansicht, daß die Monopole den techn. Fortschritt stets aufhalten, ist falsch. Sie haben jedoch in gewissen Fällen die Möglichkeit dazu. Die falsche Ansicht entspringt einer Überschätzung der den Monopolen zur Verfügung stehenden Macht, die auf einer falschen Ansicht über das Verhältnis von Konkurrenz und Monopol basiert.

Schon 1954 führte eine US-Firma das LD-Verfahren ein (McLouth, auf dem 12. Platz der US-Stahlfirmen), jedoch erst 1964 zogen die großen Firmen nach, wie Republic und Bethlehem (8, S.2692f). In ihrer scharfen Polemik gegen die US-Stahlindustrie - Big Steel, Invention and Innovation - rechnen Adams und Dirlam vor, daß nur 1,3 Mrd. Dollar oder 12% der Kapitalauslagen der Stahlindustrie im Jahre 1960 nötig gewesen wären, um die gesamte US-Stahlkapazität von 87 Mio Tonnen auf LD umzustellen. Allein im Jahre 1960 wären 432 Mio Dollar Einsparungen dadurch möglich gewesen (4, S.3110).[11]

Nun zum Effektivitätsvergleich zwischen Groß- und Kleinkapital, was die Entwicklung neuer Technologien anbetrifft. Bisher sind noch keine Kriterien gefunden worden, die Forschungseffektivität eines Unter-

---

10
Aus technologischen Gründen ist die EGD-Technik für die Kohleindustrie interessant, die als Energielieferant fungieren kann (8, S.2893), so daß sich die Kohle aus ihrer Substitutionskrise befreien kann, weswegen die westdeutsche Kohlenindustrie auch die EGD-Forschung im Kernforschungszentrum Jülich vorantreiben läßt.

11
Der Mannesmann-Chef Overbeck gibt fürs Jahr 1969 die LD-Kapazität der BRD mit 26 Konvertern von insgesamt 157 an, also knapp 17%. (Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, Köln, 1969, S.245). Genau wie in den USA hat hier die monopolistische Stahlindustrie die Ausbreitung der LD-Technik verhindert. Die großen Firmen warten überhaupt gerne, und lassen die neue Technik in manchen Fällen erst einmal von den kleinen Kapitalen entwickeln, um sie dann billig übernehmen zu können. "Dies geht soweit, daß die ersten Unternehmer meist Bankrott machen und erst die späteren, in deren Hand Gebäude, Maschinerie etc. wohlfeiler kommen, florieren. Es ist daher meist die wertloseste und miserabelste Sorte von Geldkapitalisten, die aus allen neuen Entwicklungen der allgemeinen Arbeit des menschlichen Geistes und ihrer gesellschaftlichen Anwendung durch kombinierte Arbeit den größten Profit zieht." (3, S.114)

nehmens zu messen. Folgendes läßt sich jedoch sagen: Generell sind nicht alle Neuentwicklungen so teuer, daß lediglich Großkapitale sie vorantreiben können, wie die Kunstfaserentwicklung über eine Mio Dollar, das Fernsehen 2,7 Mio Dollar, Float-Glass mit 5 Mio DM (10, S.214). Es gibt viele Erfindungen, die von Kleinkapital gemacht wurden, wie Xerox oder Polaroid. Jewkes u.a. führen eine Liste von wichtigen Erfindungen auf, die in diesem Jahrhundert von Einzelerfindern gemacht wurden (10,S.84), und Lenel zeigt, wie wenige Erfindungen in der Stahl- und Erdölbranche dem Großkapital zu verdanken sind (14,S.10). Obwohl die Untersuchungsmethoden recht vage sind, lassen einige Studien vermuten, daß das Kleinkapital seine Forschungs- und Entwicklungsgelder rationeller einsetzt. Dies wird u.a. damit erklärt, daß Großunternehmen zur Bürokratisierung neigen. Marx vertritt die Ansicht, daß "Wissenschaft und Technik eine von der gegebenen Größe des funktionierenden Kapitals unabhängige Potenz seiner Expansion sind (1,S.632). Genug, es läßt sich keine generelle Überlegenheit des Großkapitals bei der Erzeugung neuer Technologien feststellen. In diesem Zusammenhang ist Gillman zu kritisieren, der die Tatsache, daß die Profitrate des US-Kapitals nach dem 1. Weltkrieg nicht mehr kontinuierlich gefallen ist, mit den Argumenten Schumpeters und Galbraith's zu erklären versucht.[12] Das Großkapital würde die neuesten Maschinen installieren, um den Gesamtgewinn zu maximieren (S. 90f). Dies ist falsch, wie wir gesehen haben. Ebensofalsch ist in dieser Allgemeinheit die Annahme Gillman's, das Monopolkapital fördere die technologische Revolution (S. 83). Und ein weiteres Argument von ihm - " die neue Technologie hilft auf ihre Art, die Position des Monopokapitals als führende Form der Wirtschaftsorganisation in der USA zu festigen". (S. 83) - erweist sich als unhalbar, denn gerade die neuen Technologien stellen vielfach ein Bestätigungsfeld des kleinen Kapitals dar und erweisen sich als Bedingung, seine Konkurenzfähigkeit gegenüber dem Großkapital zu verbessern, sodaß von einer Festigung der Position des Großkapitals in dieser Allgemeinheit keine Rede sein kann. Dem wollen wir uns nun zuwenden.

In ihrer Polemik gegen Bernstein schreibt Rosa Luxemburg: "Sind die Kleinkapitale einmal die Vorkämpfer des techn. Fortschritts, und ist der techn. Fortschritt der Lebenspulsschlag der kapitalistischen Wirtschaft, so bilden offenbar die Kleinkapitale eine unzertrennliche Begleiterscheinung der kapitalistischen Entwicklung, die erst mit ihr zusammen verschwinden kann (15, S. 67)." Und sie zitiert in diesem Zusammenhang Marx, der schreibt: "Und sobald die Kapitalbildung ausschließlich in die Hände einiger wenigen, fertigen Großkapitale fiele, ...wäre überhaupt das belebende Feuer der Produktion erloschen. Sie würde einschlummern". (3, S. 269). Wie unzertrennlich das Kleinkapital mit der kapitalist. Entwicklung zusammenhängt und welche Rolle der techn. Forschritt dabei spielt, werden wir nun anhand einiger Beispiele studieren können.

Die Bedeutung der NC-Technik für die Kleinserienproduktion ist oben dargestellt worden. Folglich wird sie vom Kleinkapital auch verstärkt genutzt. Fielen noch 1968 ca. 20 % aller NC-Maschinen der BRD auf Betriebe mit 100 bis 400 Beschäftigten, so werden es 1970 ca. 40% sein(21, S.67). Einen teuren Computer dafür zu mieten ist nicht erforderlich. Es genügt, einen Terminal eines Rechnerzentrums zu mieten, was billig für 5000DM pro Monat zu haben ist (VDI- Nachrichten, 29.7.70).

Die kunststoffverarbeitende Industrie, eine der expansivsten Industriezweige z.Z., arbeitet kleinkapitalistisch. " Große Gesellschaften konnten bisher keinen Erfolg als Kunststoffverarbeiter aufweisen. Und es hat auch keinen Trend gegeben, daß die Inhaber der kleinen Firmen sie an größere verkaufen. Und in den Fällen, in denen größere Firmen Kunststoffverarbeiter aufgekauft haben, wurden sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder abgestoßen. Kunststoffverarbeitung bleibt im Grunde genommen ein small business ", wird in den Hearings berichtet (8, S.2630). Der Grund dafür ist, daß der Kapitalaufwand für Herstellung und Vertrieb gering ist(6,S.266). Weitere Gründe gibt die Hoffer Plastics Corporation in den Hearings an :" Die Gründe für unsere stetige und wachsende Position in der Kunststoffverarbeitung, sogar in Konkurenz zur Produktion des Großkapitals, liegen in diesen Tatsachen :(a) Das Spezialwissen, das eine kleine Firma Produktionsproblemen widmen kann...so etwa kleinen elektronischen Bauteilen, Geräten, Kugellagern usw.

(b) Das absolute Recht des Kunden, höchste Verarbeitungsqualität zu fordern und zu erhalten ('zero defects'), was eine Bedingung ist, die dem Kunden eine eigene Produktion häufig weniger attraktiv erscheinen läßt.

Sex aus Dänemark

Sie erhalten bei uns einfach alles!

Umfangreiche Prospekte über Schmalfilme, Fotos, Dias und Magazine sowie Bücher in deutscher Sprache. Die Katalogge-bühr wird beim Kauf angerechnet

Katalog A	**5,— DM**
Katalog B	**10,— DM**
Prachtkatalog	**20,— DM**

Bestellen Sie noch heute! Sie werden angenehm überrascht sein!

Vorkasse! Keine Nachnahme!

JEAN-PIERRE VILLENEUVE
Stockflethsvej 7
Kopenhagen F / Dänemark
Dept. FOAC

12
Gillman, Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, Ffm 1969.

(c) Die wachsende Erkenntnis, daß die Profitrate eine beherrschende Bedingung ist[13], bedeutet, daß eigene Produktion Gewinn abwerfen muß. Daher sind die Kosten der großen Firmen etwa denen gleich, die Zulieferer verursachen. Zulieferer in Anspruch zu nehmen heißt also, daß Geld frei wird für eine bessere Profitrate." (8, S. 2655). Die große Zahl von Zulieferbetrieben im Umkreis eines Großkapitals stellt also fürs Großkapital eine Umwandlung von fixem in flüssiges Kapital dar, was wegen der höheren Umschlagsgeschwindigkeit des flüssigen Kapitals gegenüber derjenigen des fixen die Profitrate fürs große Kapital steigen läßt. So sagt Daimler-Benz:" Groß-, Mittel- und Kleinunternehmen sind auf eine fruchtbare Zusammenarbeit angewiesen." (6,S.103). Auch wenn solche Aussagen im Munde des Großkapitals in dem Sinne vorgebracht werden, seine eigene Größe zu rechtfertigen und seine Zentralisationspotenz zu verschweigen, so hat diese Phrase doch ihre materielle Grundlage. In vielen Fällen ist sicher das kleine Kapital vom großen abhängig. Das Großkapital kann aber kaum aufs Kleinkapital in seiner Gesamtheit verzichten.

Für das Kleinkapital ist die Kombination eines Elektroschmelzofens mit einer kontinuierlichen Gießanlage (Strangguß), eine jüngst entwickelte Technik, ideal für die Stahlerzeugung und Verarbeitung. Die Investitionen dafür belaufen sich auf 4-8 Mio Dollar, die eine Kapazität von 60 000 Tonnen pro Jahr von billigem Stahl hoher Qualität ermöglichen, wie das Wall Street Journal schreibt.(27, S.3380) Den Rohstoff dafür, Schrott, gibt es in den USA fast umsonst, weil die dort umsichgreifende LD-Technik in der Stahlerzeugung aus technologischen Gründen nicht Schrott verarbeiten kann, so daß dessen Preis auf den Nullpunkt gesunken ist, siehe Hearrings (8,S.2698). Der Elektroschmelzofen mit einer Stranggußanlage "scheint ein vielversprechendes Feld für relativ kleine, lokale und spezialisierte Stahlproduzenten zu eröffnen."(8,S.2694) Die Badischen Stahlwerke AG in Kehl, die diese Technik anwenden, haben damit im Jahre 1968 auf dem Baustahlmarkt der Bundesrepublik einen Preiskrieg ausgelöst (22,S.279). Viele kleine Stahlverarbeiter gehen dazu über, anstatt Stahl einzukaufen, ihn mit dieser Technik selbst zu produzieren, wodurch sie ihre Gewinne gewaltig steigern können, wie das Wall Street Journal zu berichten weiß (27,S.3380). Elektronische Geräte zu produzieren, speziell für den Zweck, zur Automation der Produktion zu dienen, ist ein weites Betätigungsfeld für das Kleinkapital geworden. Jewkes schreibt: "Viele kleine Firmen nehmen in der Computertechnologie beschränkte Aufgaben wahr, so die Entwicklung spezieller Computer für die Laboratoriumsarbeit, oder von Bauteilen für Datenspeicher, von Schaltmechanismen oder von Terminals zur Datenaufnahme" (10,S.218). Die amerikanische Studie über die Automatisierung der Montagearbeit berichtet: "Die 10 oder 12 Firmen, die vollständige Montagesysteme produzieren, sind allgemein klein (die größte beschäftigt 150 Arbeiter)... Ungefähr 100 kleine Unternehmen, manche mit weniger als 20 Arbeitern, liefern Spezialteile für die automatische Montageanlage sowohl deren Produzenten als auch deren Benutzern"(29,S.340). In den USA existieren spezielle Beratungsbüros, die bei der Gründung von Kleinkapitalen, die neue Technologien ausnutzen wollen, helfen - siehe die Aussage von Doriot in den Hearings (8,S.2715ff).

Wir stellen fest, das kleine Kapital, wie überhaupt Kapital jeder Größe, zieht seinen Vorteil aus dem System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Die Entwicklung der Produktivkräfte in fremden Sphären der gesellschaftlichen Arbeit kann der Kleinkapitalist sich einverleiben, wie wir es am Beispiel Kunststoff - Kunststoffverarbeitung, Computer - NC-Maschine usw. gesehen haben. "Was der Kapitalist hier benutzt sind die Vorteile des gesamten Systems der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Es ist die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit in ihrer auswärtigen Abteilung, die ihm Produktionsmittel liefert, wodurch hier der Wert des vom Kapitalisten angewandten konstanten Kapitals relativ gesenkt, also die Profitrate erhöht wird", sagt Marx (3,S.92).

III DAS PATENTWESEN

Alle Resultate des kapitalistischen Produktionsprozesses sind Eigentum des Kapitalisten, nicht nur die produzierten Waren, sondern auch Resultate der "allgemeinen Arbeit", die "alle wissenschaftliche Arbeit, alle Entdeckung, alle Erfindung"ist, wie Marx schreibt (3,S.114), und im Produktionsprozeß verausgabt wurde. Nicht allein die Erfindungen und Neuerungen, die in den Forschungs-, Entwicklungs- und Designabteilungen gemacht werden, sondern alle Erfindungen eines jeden "Arbeitnehmers", die er während seiner Arbeitszeit oder auf Grund seiner im Produktionsprozeß gesammelten Erfahrungen gemacht hat, gehen ins Eigentum des Kapitalisten über. Dieses Aneignungsrecht des Kapitalisten ist im Gesetz über Arbeitnehmererfindungen vom 25.7.1957 verankert und stellt eine juristische Fixierung des auf der Basis der kapitalistischen Produktionsweise ex definitione gegebenen Rechts des Kapitalisten dar, sich Mehrarbeit anzueignen. Ihrem Charakter entsprechend kann die "allgemeine Arbeit" nur dann ins Eigentum des Kapitalisten übergehen, wenn ihr Gebrauch monopolisiert wird. Den Rechtstitel auf exklusive Benutzung verleiht ihm das Patentrecht. Diese exklusive Benutzung soll dem Kapitalisten die Möglichkeit geben, die Unkosten für die Erfindung wieder hereinzuholen und als "Belohnung" natürlich Gewinne zu machen.

Die Monopolisierung des Gebrauchs ist also notwendige Konsequenz einer auf isolierte Privatproduzenten ge-

---

13 Selbstverständlich fließt seit je dorthin das Kapital, wo die Profitrate am höchsten ist. Jedoch die Profitrate als betriebswirtschaftliches Entscheidungsinstrument für die Steuerung großer Konzerne ist erst seit wenigen Jahrzehnten in Gebrauch gekommen und von DuPont zum erstenmal angewendet worden. Wie umstritten dies Kriterium ist als Instrument für die Manager, zeigt der Aufsatz von John Dearden: "The case against ROI control", Harvard Business Review, May 1969.

gründeten Produktionsweise. Bis ins 15. Jahrhundert zurückreichend, erfuhr das Patentwesen folglich einen mit der Entwicklung des Kapitalismus parallel gehenden Aufschwung, und war zugleich Ausdruck und mächtiger Hebel für den Akkumulations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals.

Nach dem neuesten Patentgesetz für die BRD vom 2.1. 1968 werden neue Produkte und neue Produktionsverfahren patentiert (§ 6), während zuvor u.a.in der Chemie lediglich Verfahren, jedoch keine Produkte patentiert werden konnten. Um eine Monopolstellung zu erlangen, war es also erforderlich, alle denkbaren Produktionsprozesse patentieren zu lassen, was zu umfangreichen Parallelarbeiten führte, die westdeutsche Chemie gegenüber dem Ausland benachteiligte und sie etwa zu folgenden Klagen veranlaßte: "Während Wissenschaftler in den USA, Frankreich, Großbritannien und andern Ländern, die den Stoffschutz seit langem kennen, sich nach erfolgreicher Arbeit neuen Forschungsaufgaben zuwenden konnten, mußten die westdeutschen Forscher sich einer ebenso mühsamen, wie im Grunde genommen sinnlosen Arbeit widmen. Es galt, außer dem gefundenen und zweckmäßigen Herstellungsverfahren auch alle jene zu erkunden, mit denen möglicherweise ein Wettbewerber, wenn auch auf Umwegen, zum gleichen Ziel gelangen konnte"(19,S.24). Dieser Nachteil gegenüber der internationalen Konkurrenz ist nun also abgeschafft.

Der Patentschutz erstreckt sich auf 18 Jahre. Allerdings lassen die Patentinhaber ihre Rechte häufig schon früher verfallen. So verfielen in der BRD ca. 50% der an Inländer erteilten Patente bereits nach 6 Jahren, und ca.80% nach 9 Jahren(siehe 12,S.772).

Wie andere Rechtstitel (Aktien usw.) lassen sich Patente kaufen und verkaufen bzw.werden in Form von Lizenzen zeitlich und geographisch beschränkt gegen eine Gebühr abgetreten. "Um ein Ding zu verkaufen, dazu gehört nichts, als daß es monopolisierbar und veräußerlich ist", sagt Marx (3,S.646). Der Preis für ein Patent richtet sich wesentlich nach dem Profit, den seine Nutzung dem Anwender verspricht, bei neuen Produktionsverfahren also ein Extraprofit, der aus Kostenvorteilen gegenüber der Konkurrenz entspringt, bei neuen Waren ein Monopolprofit. "Der Wert eines Kapitalgutes in Form eines Patents ist gleich dem Barwert seiner potentiellen Renten", sagt Rudin (25,S.202). Mit Lizenzgebühren sichert sich der Lizenzgeber einen Anteil am Profit des Lizenznehmers. Die Lizenzgebühren haben die Form des Monopolpreises: Sie werden "nur durch die Kauflust und Zahlungsfähigkeit der Käufer" bestimmt, sagt Marx (3,S.783). So mußten sich zu Beginn dieses Jahrhunderts alle europäischen Glashersteller zu einem Kartell zusammenschließen, um die geforderten 600 000 engl.Pfund aufbringen zu können, die als Lizenzgebühr für die neue Owen'sche Flaschenmaschine festgesetzt waren (10 ,S.105).

Patente und Lizenzen werden also wie Waren gehandelt. Dies ist allerdings keine hinreichende Charakterisierung. Hinzuweisen ist vor allem auf die konzentrationsfördernde Tendenz des Patentwesens. Einerseits fördertes Monopol- und Kartellbildungen. Und ebenso werden Monopole und Kartelle durchs Patentwesen umso unangreifbarer. In seiner Untersuchung übers Patentwesen schreibt Unterburg: "So sind gerade die wenigen Pionierpatente in vielen Fällen Ausgangspunkt zu umfassenden Machtpositionen in Form von Kartellen und Konzernen geworden, die sich weit über den sachlichen und zeitlichen Geltungsbereich der Patente hinaus erstrecken"(30,S.81). Als Beispiel führt er das amerikanische Unternehmen Alcoa Co.an, das aufgrund eines Basispatents für die Aluminiumherstellung bis zum 2.Weltkrieg in der Aluminiumerzeugung beherrschend war (S.76). Jedoch sind die wenigsten Patente Pionierpatente und haben daher für sich genommen eine geringe Sperrwirkung. Zudem sind wegen der Breite der technischen Entwicklung selten alle Patente in einer Hand, die nötig sind, ein Produkt oder Verfahren zu monopolisieren. Diese Gründe können die einzelnen Patentinhaber dazu veranlassen, zur gemeinsamen Verwertung der Schutzrechte sich in einem Konzern zusammenzuschließen bzw. eine besondere Verwertungsgesellschaft zu gründen. Berühmtestes Beispiel dafür ist die Gründung der Radio Corporation of America(RCA), in die die Firmen American Telephone & Telegraph, General Electric und Westinghouse ihre Patente einbrachten, so daß in den 20iger Jahren RCA die unbestrittene Patentkontrolle der gesamten Elektroindustrie besaß (30,S.101).

In Deutschland hatten AEG und Siemens die Firma Telefunken zur gemeinsamen Verwertung ihrer Patente für die Radioapparatproduktion gegründet (3o,S.96). Üblich sind weiter gegenseitiger Lizenztausch, Lizenzpools, Absprachen in der Forschungspolitik und gegenseitige Respektierung der Schutzrechte, sogenannte Nichtangriffsverpflichtungen. Dies alles dient zur Vermeidung hoher Kosten in der Erlangung, Verwaltung und Verwertung von Schutzrechten und zur Unterbindung ruinöser Konkurrenzkämpfe und spielt sich vornehmlich zwischen den großen Konzernen ab. Über die Kooperation Siemens/ Westinghouse schreibt das Handelsblatt am 12.6.70: "Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Hause Siemens und der amerikanischen Westinghouse sind alt. Bereits 1924 wurde im Starkstrombereich der elektrotechnische Erfahrungsaustausch zwischen den damaligen Siemens-Schuckertwerken und Westinghouse vertraglich besiegelt. Beide Unternehmen machten sich fortan ihre Erfahrungen im gesamten elektrotechnischen Starkstromspektrum soweit wie nötig zugänglich." Neben der oben dargestellten Funktion des Patenttauschs, die wir unter dem Stichwort "Rationalisierung durch Konzentration" zusammenfassen können, tritt die Funktion der Kartellförderung zur absoluten Marktbeherrschung. Unterburg schreibt dazu: "Im allgemeinen kann man eine durch Patentkartelle angestrebte Rationalisierung der technischen Produktion ihrem Streben nach einer monopolistischen Beherrschung des Marktes nicht als gegensätzlich gegenüberstellen und die Frage aufwerfen, welche von diesen beiden Bestrebungen die wesentlichere sei, denn beide sind teleologisch miteinander verbunden. Letztes Ziel ist eine Steigerung oder Stabilisierung der Aussichten auf Gewinnerzielung. Zwei Eigenschaften sind es nun, die die Patente zur Marktbeherrschung durch Kartelle besonders geeignet erscheinen lassen. Auf der einen Seite vermögen die Patente dem Kartell eine besonders feste und sichere Markt-

stellung zu verleihen, da die Schließung des Marktes das Aufkommen von Konkurrenz sehr erschwert. Auf der anderen Seite sind die Patente ein besonders gut geeignetes Mittel des Organisations- und Kartellzwangs. Darin, daß ein Kartellmitglied bei seinem Ausscheiden aus dem Verband nicht nur die allgemeinen Nachteile des Verlusts der Kartellmitgliedschaft erleidet, sondern auch das Recht auf die Benutzung der ihm durch das Kartell gewährten Lizenzen, liegt ein vorzügliches Mittel des inneren Organisationszwanges"(30, S. 93f).

Mit einer entsprechenden vertraglichen Regelung kann der Lizenzgeber den Lizenznehmer in seine völlige Abhängigkeit bringen und enorme, über die Lizenzabgaben weit hinausgreifende Profitanteile des Lizenznehmers sich aneignen. Diese sogenannten Knebelungsverträge können dem Lizenznehmer, mit der Lizenzvergabe gekoppelt, Verpflichtungen und Beschränkungen auferlegen, soweit nur die Phantasie des Lizenzgebers reicht. Die amerikanische Anti-Trust-Gesetzgebung und das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 3.1.1966 in der BRD schränken u.a. allerdings die Wirksamkeit dieser Knebelungsverträge teilweise ein. Der § 20 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen gestattet Knebelungsverträge unter folgenden Umständen:

"1. für Beschränkungen des Erwerbers oder Lizenznehmers, soweit und solange sie durch ein Interesse des Veräußerers oder Lizenzgebers an einer technisch einwandfreien Ausnutzung des Gegenstands des Schutzrechtes gerechtfertigt sind,
2. für Bindungen des Erwerbers oder Lizenznehmers hinsichtlich der Preisstellung für den geschützten Gegenstand,
3. für Verpflichtungen des Erwerbers oder Lizenznehmers zum Erfahrungsaustausch oder Gewährung von Lizenzen auf Verbesserungs- oder Anwendungserfindungen, sofern diesen gleichartige Verpflichtungen des Patentinhabers oder Lizenzgebers entsprechen,
4. für Verpflichtungen des Erwerbers oder Lizenznehmers zum Nichtangriff auf das Schutzrecht,
5. für Verpflichtungen des Erwerbers oder Lizenznehmers, soweit sie sich auf die Regelung des Wettbewerbs auf Märkten außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes beziehen..." Das EWG-Kartellrecht nimmt ausdrücklich mit der Lizenzvergabe gekoppelte Knebelungsverträge vom Kartellierungsverbot aus [14]. Die Autoren der Konzentrationsenquete des Deutschen Bundestags, welche die Lizenzverträge der Industrie per Stichprobe durchgesehen hatten, konnten keine über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehenden Klauseln in den Lizenzverträgen feststellen, ihre Existenz jedoch auch nicht ausschließen: "Auf Grund der Untersuchungen ist nicht auszuschließen, daß neben einer ausdrücklich oder stillschweigend erteilten Lizenz weitere Vereinbarungen in anderer Vertragsform getroffen wurden"(12, S. 779).

Die Aufgaben der Patentabteilung eines Einzelkapitals liegen auf der Hand, so daß hier nicht näher darauf eingegangen wird: Umsetzung der Roherfindungen aus der Forschungs-, Entwicklungs- und Designabteilung in Patente, Registrierung der neuangemeldeten Patente und deren Bekanntgabe im Betrieb, Bekämpfung von fremden Schutzrechten usw.

Als Alternative zur Anmeldung von technischen Novitäten zum Patent bietet sich dem Kapitalisten das sogenannte Betriebsgeheimnis. Es bietet "praktisch den gleichen Schutz wie Patentrechte"(16, S. 46), nur mit dem Nachteil versehen, daß durch Parallelerfindung die Konkurrenz ohne weiteres Gebrauch von der Novität machen kann. Im bürgerlichen Recht stellt das Betriebsgeheimnis einen immateriellen Vermögenswert dar (genau wie das Patent), "der übertragbar und vererblich ist"(16, S. 46). Genau wie aufs Patent kann der Kapitalist auf das Betriebsgeheimnis gegen Gebühr eine Lizenz vergeben. Der oben zitierte § 20 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen findet analoge Anwendung. Der in der Tatsache liegende Nachteil des Patents, daß seine Anmeldung der Konkurrenz wichtige Erkenntnisse vermittelt, haftet dem Betriebsgeheimnis nicht an, so daß es dem Patent manchmal vorgezogen wird und wichtige Produktionsprozesse nur in einigen Bruchstücken patentiert werden. In seiner detaillierten Studie über die DuPont Kunstfaserfabriken schreibt Hollander: "Einen ganzen Produktionsprozeß zu schützen, erfordert sehr detaillierte und genaue Angaben"(in der Patentschrift). "Da es gewöhnlich eine große Zahl von Wegen gibt, ein gewisses Ziel zu erreichen, können solche detaillierten Informationen anderen Firmen Alternativen geben, das gewünschte Ziel zu erreichen. Paradoxerweise kann deshalb ein größerer Schutz erreicht werden, indem der Patentschutz nicht vollständig ist. Dies mag die Tatsache erklären, daß gewisse wichtige Neuerungen" (bei DuPont) "nicht vollständig geschützt sind"(9, S. 207).

Überhaupt bedeutet die Kenntnis einer Neuerung noch lange nicht, daß der Kapitalist sie in die Produktion umsetzen kann. So ist eine Lizenz nicht viel wert, falls ein sie begleitendes Know-How nicht mitgeliefert wird. Daraus ergibt sich schon eine starke Schutzwirkung für die Neuerung, sei sie in Form des Patents, sei sie in Form des Betriebsgeheimnisses. "Der Glaube, daß technische Geheimnisse leicht zu stehlen sind und daß Produktionsverfahren kopiert werden können ohne direkte Hilfe", ist falsch. "Diejenigen, deren Aufgabe es ist, herauszufinden, was die Wissenschaftler ihrer Firma gerade bearbeiten, wissen, wie schwierig es ist, von einer neuen Idee eine Vorstellung zu bekommen, sogar wenn der Erfinder sein bestes tut, sie zu erklären. Und noch dornigere Erfahrungen erwarten jene, die versuchen, neue Produktionsverfahren in Gang zu setzen, von denen sie lediglich schriftliche Unterlagen besitzen." Dies ist die Erfahrung von McLeod, der oben schon häufig zitiert wurde und der als Forschungsmanager ca. 6 000 wissenschaftliche Arbeitskräfte eines englischen Konzerns zu dirigieren hatte (18, S. 199). Die Konzentrationsenquete

---

[14] Siehe Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25.3.1957, Artikel 85 (abgedruckt in 33, S. 17f).
Verordnung Nr. 19/65 des Rates vom 2 3.1965 (Amtsblatt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1965, S. 533), (abgedruckt in 33, S. 21-24).
Bekanntmachung über Patentlizenzverträge vom 24.12. 1962 (a.a.O., 1962, 2922, abgedruckt in 33, S. 420).

stellt daher auch fest, daß Großunternehmen ihr Know-how, ihren "reichen Schatz technischer Erfahrungen", höher schätzen als die Patente an sich (12,S.780). Aus dieser Tatsache darf man allerdings nicht den Schluß ziehen, wie McLeod es tut, daß Patente im Kapitalismus überhaupt überflüssig sind und daher für ihre Abschaffung plädieren. Zunächst einmal bemerkt McLeod ganz richtig, daß das Patentwesen eine Fesslung der Produktivkräfte darstellt: Die Abschaffung der Patentgesetzgebung hätte viele Konsequenzen. "Eine große Zahl von hochqualifizierten Männern, die große Erfahrung besitzen und in den Patentabteilungen der großen Firmen, in Patentanwaltbüros und in der Patentbehörde selbst angestellt sind, würde frei sein für schöpferische Arbeit. Die großen Geldsummen, die jetzt in dieser Weise ausgegeben werden, würden für andere Zwecke verfügbar sein. Auf den Gebieten, auf denen die Firmen erfolgreich im Wettbewerb sind, würden sie zu größerer Effektivität angeregt. Sie müßten ihre Anstrenungen konzentrieren, ihre Methoden zu verbessern anstatt andere davon abzuhalten, diese zu übernehmen"(18,S.198f).

Das treibende Moment der kapitalistischen Produktion ist aber nun gerade nicht eine "effektive Produktion", sondern die Akkumulation von Kapital. Das Patent mit seinem ihm innewohnenden konzentrationsfördernden Moment ist folglich ein wichtiges Instrument in der Hand des Kapitalisten für den Akkumulations- und den mit ihm verbundenen Zentralisationsprozeß. Von Abschaffung des Patentrechts kann also keine Rede sein, und zur Zeit wird eifrig gearbeitet an einer Erneuerung des internationalen Patentrechts, um dem Traumziel vom Weltpatent ein Stück näher zu kommen. "Am 19.Juni1970 wurde in Washington nach dreijährigen intensiven Arbeiten der Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens unterzeichnet. Bevollmächtigte von 20 Staaten, darunter die USA, Großbritannien, die skandinavischen Länder und die BRD, gaben ihre Unterschrift... Von der Möglichkeit der nachträglichen Zeichnung werden mit Sicherheit noch die Sowjetunion, Frankreich und die Niederlande Gebrauch machen" (VDI-Nachrichten,15.7.70).

IV ANMERKUNGEN ZUR GRATISANEIGNUNG VON WISSENSCHAFT

Zu dem allgemeinen technischen Fortschritt, den sich der Kapitalist in der oben unter Abschnitt II beschriebenen Weise in die Produktion einverleibt, indem er "die Vorteile des gesamten Systems der gesellschaftlichen Arbeitsteilung benutzt", hat er zumeist nichts direkt beigetragen. Insofern kann Marx sagen, der Kapitalist erhalte diesen Fortschritt gratis, etwa beim Kauf einer neuen Maschine: "In seiner neuen Form einverleibt (das fixe Kapital) gratis den hinter dem Rücken seiner alten Form vollzogenen gesellschaftlichen Fortschritt."(1,S.632) Fachmessen und Fachzeitschriften sind wichtige Vermittler für den Vorgang des Einverleibens, wie schon oben bei der Darstellung der Ingenieurtätigkeit geschildert.

Was heißt nun genau Gratisaneignung? Wir können dann von Gratisaneignung von neuen Technologien sprechen, wenn der Kapitalist nicht die vollen Kapitalauslagen, die für die Erzeugung der neuen Technologien nötig sind, vorzustrecken braucht.

Läßt sich also der Kapitalist vom Hersteller seiner Produktionsmittel eine spezielle Maschine z.B. entwickeln, so erhält er den in dieser Maschine dargestellten techn. Fortschritt nicht gratis, wie wir bei der Analyse der sogenannten Applikationsstrategie im ersten Teil dieser Arbeit gesehen haben. Und auf der anderen Seite impliziert die Applikationsstrategie für den Hersteller der Produktionsmittel i. a. auch keine Gratisaneignung von neuen Technologien, denn dieser hat einen gewissen Kapitalvorschuß für die Entwicklung der neuen Technologie zu leisten. Wir haben weiter gesehen, daß der Kapitalist den aus seinen eigenen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen entspringenden techn. Fortschritt ebensowenig gratis erhält. Denn er hat auch einen Kapitalvorschuß zu leisten. Es ist natürlich klar, daß letztenendes sein gesamtes Kapital gratis angeeignete Mehrarbeit darstellt.

Wir können die Schlußfolgerung ziehen, daß in vielen bedeutsamen Fällen der Kapitalist neue Technologien sich nicht einfach gratis aneignen kann.

Es gehört zu den Dogmen der Technologiediskussion der Linken, daß dem Kapitalisten im vergangenen Jahrhundert der wissenschaftlich-techn. Fortschritt beinahe kostenlos, von Erfinderpersönlichkeiten und Privatgelehrten hervorgebracht, in den Schoß fiel und die eigenen Ausgaben für Neuentwicklungen minimal gewesen seien.[15]

Diese Ansicht ist nirgends einigermaßen ausgewiesen worden und beruht auf einer oberflächlichen Interpretation von Marx-Zitaten über die Gratisaneignung, verbunden mit einem Sich-Blenden-Lassen von den großen Summen, die der Kapitalist heutzutage in Forschung und Entwicklung steckt. Daß im 19. Jahrhundert der techn. Fortschritt den Kapitalisten durchaus etwas gekostet hat, geht aus Marx' Kapital selbst hervor, wo Marx einen Bericht des Ingenieurs James Nasmyth zitiert, der über die Fortschritte im Dampfmaschinenbau berichtet. (3,S.107ff) Wieso diese Fortschritte den damaligen Dampfmaschinenproduzenten gratis zugefallen sein sollen, bleibt unverständlich. Und dies gilt für die Weiterentwicklung des Maschinenwesens überhaupt. Jewkes u.a. berichten, daß die Vulkanisierung des Gummis lange Versuche und viel Geld (ca. 500 000 DM) erforderte, bis sie in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts glückte (10, S.154).

---

15 Diese Ansicht findet sich etwa jüngst in dem "Göttinger Technologie Paper" für die Aachner Technologiekonferenz des VdS am 17.-19.7.1970, Seite 7. Eine erste Kritik dieser falschen Ansicht ist im Aufsatz über produktive Arbeit von Bischoff u.a. in SOPO 6/7, Seite 71 geleistet worden.

Einen Spezialfall, einen wichtigen, der Gratisaneignung neuer Technologien stellt der Fall dar, daß staatliche Institutionen Aufträge für die Lösung technologischer Probleme dem Kapitalisten kostenlos bearbeiten, so zum Beispiel die "Schweißtechnische Versuchsanstalt Mannheim".

Bekanntlich ist das Verhältnis von Staat und Ökonomie im Kapitalismus einigermaßen verwickelt ([16]). Fassen wir den Staat mit Marx "als die Form der Organisation auf, welche sich die Bourgeoisie sowohl nach außen als nach innen zur gegenseitigen Garantie ihres Eigentums und ihrer Interessen notwendig gibt"([17]), so können wir vier Formen von staatlichen Einflüssen unterscheiden, die im Zusammenhang mit der Gratisaneignung neuer Technologien von Bedeutung sind.

1. Aus den allgemeinen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion entspringend, wie Materialprüfungsämter, Schulen, Universitäten. Die ersteren und letzteren sorgen für qualifiziertes konstantes Kapital, die letzteren für qualifizierte Arbeitskräfte. Der Staat sorgt für die Bereitstellung eines gewissen allgemeinen technologischen Levels. Die erwähnte Schweißtechnische Versuchsanstalt Mannheim gehört hierher.

2. Aus militärischen Bedürfnissen entspringend. Staatliche Entwicklungsaufträge an die Industrie, was auf ihrer Seite als Ausnutzen der Applikationsstrategie erscheint. Errichtung staatlicher Forschungsstätten für die Entwicklung von neuen Technologien, die dem Einzelkapital letzten Endes gratis zugute kommen, wenn auch nicht unbedingt dem Gesamtkapital. Die Anfangsentwicklungen des Transistors und des Computers fallen in diese Kategorie.

3. Aus der internationalen Konkurrenz entspringend. Der Staat finanziert Forschungstätigkeit in staatlichen Instituten oder der Industrie, um Rückstände auf technologischem Gebiet aufzuholen. In der BRD etwa die Kernreaktortechnik oder die Computertechnik.

4. Plünderung der Staatskasse durch die stärksten Kapitale unter dem Vorwand, neue Technologien zu entwickeln, so etwa die US-Raumfahrt.

Sicher lassen sich diese Einflüsse selten isoliert in reiner Form beobachten. Internationale Konkurrenz gehört im Zeitalter des Imperialismus genauso zusammen mit der Rüstung wie sie zusammengehört mit einem Reservoir hinreichend qualifizierter Arbeitskräfte.

Staatliche Entwicklungsaufträge an die Industrie, die für die Erfüllung staatlicher Aufgaben Voraussetzung sind - also insbesondere militärische Entwicklungsaufträge - stellen für das Einzelkapital eine Gratisaneignung dar, denn "der Staat trägt die vollen Kosten der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten" (26, S. 15). Falls das Einzelkapital auf den Resultaten dieser Arbeit basierend eine Produktion für Dritte anlaufen läßt, so behält sich der Staat einen Anteil am Profit vor, der aus dieser Produktion entspringt.

Und falls zudem die F&E-Kosten vom Bundesministerium für Verteidigung getragen worden sind, so hat das Einzelkapital diese im Falle einer Produktion für Dritte zurückzuzahlen (26, S. 28). Da diese an den Staat zurückfließenden Gelder jedoch vom Profit aus der laufenden Produktion bestritten werden, nehmen sie fürs Kapital nicht die Form eines Kapitalvorschusses an, sondern vermindern lediglich den Profit. Daher hat das Kapital sich die neue Technologie noch immer gratis einverleibt. Den gleichen Fall der Gratisaneignung stellen staaliche Kredite dar, die der Industrie zur Entwicklung neuer Technologien gewährt werden und die erst bei erfolgreicher Produktion zurückgezahlt werden müssen, wobei sich auch häufig der Staat weitere Anteile am Profit sichert (26, 30ff).

Eine weit verbreitete These ist die, daß erst der heutige Staat besonders technologiebewußt sei und entsprechende Unterstützungsmaßnahmen für die Industrie vornehme, im Gegensatz zu seinem Verhalten im vergangenen Jahrhundert, wo staatliche Wissenschaftspolitik nicht festzustellen sei. Obwohl diese These hier nicht endgültig beurteilt werden kann, wollen wir doch einige gegen sie sprechende Punkte uns ansehen.

Heranziehung qualifizierter Arbeitskräfte ist seit je eine Notwendigkeit fürs Kapital gewesen, siehe Marx' Kapital Bd. I, Kapitel 13, Punkt 9 "Fabrikgesetzgebung". Zur Gründung der technischen Beuth-Schule in Berlin im Jahre 1809 heißt es: "Die Gründer haben gerade in der Herausbildung technischer Kader und Facharbeiter jener Zeit ein wichtiges Mittel gesehen, um den Vorsprung Englands aufzuholen" (32, S. 7). Zwischen den Jahren 1821 und 1825 wurden die TH's Prag, Wien, Berlin und Karlsruhe gegründet, die "teils unmittelbar der Gewerbeförderung", teils aber auch "militärischen Zwecken dienen sollten."[18] Als Indiz fürs Innovationsbewußtsein des englischen Parlaments mag die Tatsache gelten, daß es Cartwright im Jahre 1810 die erstaunliche Summe von 10 000 Pfund Sterling gewährte, als sein Webstuhl in Gebrauch kam, nachdem sein Patent darauf abgelaufen war. (10, S. 47) Jewkes u.a. zitieren C. Babbage- "Decline of Science in England", 1830 -, der klagt, die nachlassende staatliche Förderung der Forschung behindere die industrielle Expansion (10, S. 36). Von Werner von Siemens angeregt, wurde 1887 die Physikalisch-technische Reichsanstalt gegründet, mit folgenden Aufgaben: "Ausführung solcher wissenschaftlicher Untersuchungen physikalischer Art, welche einen größeren Aufwand ... erfordern, als der Regel nach durch Privatpersonen ... beschafft werden können." Und: "Prüfung und Sicherung der Eigenschaften der Materialien, aus welchen Apparate der Messungsmittel jeder Art für Zwecke des Reichsdienstes, der Wissenschaft, der Präzisionstechnik und der Gewerbe hergestellt werden." (7, S. 19f) Die internationale Konkur-

16
Siehe hierzu den Aufsatz von Müller/Neusüß, Die Sozialstaatillusion, Abschnitt IV, in SOPO 6/7.

17
Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 62

18
K. Düwell: Rheinisch - Westphälische Technische Hochschule Aachen 1870 - 1970, in: Handelsblatt vom 16. 10. 70

renzfähigkeit der deutschen Industrie zu stärken war ein wesentliches Motiv bei der Gründung der Reichsanstalt, wie aus den Reichstagsprotokollen hervorgeht (7,S.22f). Als Preußen im Deutsch-französischen Krieg 1870 feststellen mußte, daß es über keine optische Industrie verfügte, welche die für die Kriegsführung notwendigen Instrumente herstellen konnte, wurde mit 65 000 M Staatsgeldern ihr Aufbau eingeleitet (Jenaer Glas) (7,S. 21).

In Harnacks Denkschrift, die er 1907 dem Kaiser vorlegte und darin die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der Vorläuferin der Max - Plank - Gesellschaft, anregte, heißt es:"Wahr aber ist, daß die deutsche Wissenschaft auf wichtigen Linien der Naturforschung hinter der anderer Länder zurückgeblieben und in ihrer Konkurrenzfähigkeit aufs stärkste bedroht ist"(7, S.26).

Wir können also schon im vergangenen Jahrhundert alle die Formen staatlichen Einflusses auf die technische Entwicklung bestimmen, die wir oben als für die derzeitige Situation maßgebend gefunden haben. Insofern war das technologische Bewußt sein der heutigen Administration schon zumindest keimhaft in derjenigen des vergangenen Jahrhunderts angelegt, natürlich zu verstehen als ein durch die Notwendigkeiten der Kapitalverwertung bestimmtes Bewußtsein.

Die Forschung war früher mit wenig Geld zu bestreiten. Zu untersuchen ist also, ob das wachsende Gewicht des Staats bei der Erzeugung neuer Technologien lediglich eine quantitative Veränderung gegenüber seinem Gewicht im vergangenen Jahrhundert darstellt, einfach weil wegen zunehmender Breite und Tiefe der Technologien mehr Geld erforderlich ist. Oder ob ein qualitativer Wandel festzustellen ist. Diese Frage ist z.B. wichtig bei der Beurteilung der Theorie vom "staatsmonopolistischen Kapitalismus".

Richard Vahrenkamp

TABELLENANHANG

TABELLE 1

Verteilung der Kostenveränderungen[1]) infolge technischer Umstellungen in den untersuchten Betriebsteilen – Anzahl der Fälle –

Art der Veränderung	Verarbeitungskosten ergänzt durch Gesamtkosten[2])	Personalkosten	Kapitalkosten
Kostensenkung	89	102	47
davon 1 bis 10 %	5	6	8
11 bis 25 %	21	11	17
26 bis 50 %	39	27	15
über 50 %	24	58	7
Kostensteigerung	14	7	48
davon 1 bis 10 %	3	1	9
11 bis 25 %	6	2	5
26 bis 50 %	3	3	6
über 50 %	2	1	28
Kostenkonstanz	1	0	1
Insgesamt	104	109	96

[1]) Kosten je Outputeinheit.
[2]) In diesen Angaben sind zusätzlich zu den vorliegenden Werten der Verarbeitungskosten die Fälle enthalten, in denen zwar keine Verarbeitungskosten, aber die Gesamtkosten angegeben sind.

(Entnommen aus 31,S.119)

TABELLE 2

Veränderung der Anteile der Kostenkomponenten an den Verarbeitungskosten infolge technischer Umstellungen in den untersuchten Betriebsteilen

Kostenart und Art der Veränderung		Anzahl der Fälle
Personalkosten:	Anteilssteigerung	9
	Anteilssenkung	82
	Anteilskonstanz	8
	insgesamt	99
Kapitalkosten:	Anteilssteigerung	88
	Anteilssenkung	6
	Anteilskonstanz	5
	insgesamt	99
Energiekosten:	Anteilssteigerung	13
	Anteilssenkung	15
	Anteilskonstanz	4
	insgesamt	32
sonstige Kosten:	Anteilssteigerung	13
	Anteilssenkung	28
	Anteilskonstanz	7
	insgesamt	48

(Entnommen aus 31,S.124)

TABELLE 3

Die verarbeitende Industrie der BRD 1960 - 1967

Jahr	Profitrate $\frac{P}{V+C}$	Organische Zusammensetzung $\frac{C}{V}$	Mehrwertrate $\frac{P}{V}$
1960	0,36	5,05	1,82
61	0,33	5,05	1,67
62	0,28	5,05	1,39
63	0,26	5,10	1,31
64	0,25	5,15	1,27
65	0,23	5,10	1,15
66	0,21	5,10	1,04
67	0,20	5,25	1,04

Anmerkungen zu Tabelle 3

Die Zahlen basieren im Wesentlichen auf Angaben der statistischen Jahrbücher der BRD (imfolgenden kurz mit SJ abgekürzt!). Alle Zahlen beziehen sich auf die verarbeitende Industrie nach der Klassifikation des Statistischen Bundesamtes. Wir führen folgende Abkürzungen ein:

A = Nettoproduktionswert, SJ 69, S. 210 u. SJ 66, S. 266

B= Umsatz, SJ 68, S. 208; SJ 66, S. 237; SJ 64, S. 240; SJ 62, S. 233 und S. 235

V = Löhne und Gehälter. SJ 69, S. 206; SJ 68, S. 206; SJ 66, S. 236; SJ 64, S. 238; SJ 62, S. 233; alles versehen mit 10%tigem Aufschlag für den sog. Arbeitgeberanteil der Sozialversicherung

D = Verbrauchtes fixes Kapital, entnommen aus W. Kirner, Zeitreihen für das Anlagevermögen der Wirtschaftsbereiche in der BRD, die DIW-Beiträge zur Strukturforschung , Heft 5, Berlin 1968, S. 126, auf laufende Preise umgerechnet.

E = Angelegtes fixes Kapital, entnommen aus Kirner, aaO. S. 116 und S. 118, mit Preisindizes für Industriebauten und Investitionsgüter auf laufende Preise umgerechnet.

P = Profit, berechnet als P = A - V - D

F = In der Produktion verwendetes konstantes flüssiges Kapital, berechnet als F = B - A

C = In der Produktion verwendetes konstantes Kapital, berechnet als C = E + F

Sicherlich stellen die in der Tabelle 3 enthaltenen Zahlen keine absolut richtigen Größen dar. Denn die zugrunde liegenden Daten sind häufig auch nur geschätzte Werte. Die Tabelle 3 enthält also eher Indexzahlen, die eine gewisse Tendenz anzeigen, etwa den Profitratenfall in den 6o er Jahren. Die methodisch schwächste Stelle bei diesen Berechnungen ist die Annahme, daß die Umschlagszeit des gesamten flüssigen Kapitals (F + V) über die betrachteten 8 Jahre hinweg als für ein Jahr konstant angenommen werden mußte, da keine Zahlen über die Umschlagszeit zur Verfügung stehen. Und gerade der technische Fortschritt vermag die Umschlagszeit zu verkürzen, sodaß der Profitratenfall sicher nicht so kraß ist, wie dargestellt.
Einer genaueren Profitratendiskussion muß also noch viel Arbeit zugewendet werden. Wie die RKW-Studie (31) zeigt, bestehen große Unterschiede der sogenannten Kapitalproduktivität der einzelnen Industriezweige der verarbeitenden Industrie. Da die Kapitalproduktivität eng mit der Profitrate korreliert, bestehen vermutlich ebensogroße Unterschiede in der Profitrate der einzelnen Industriezweige. Die alle Differenzierungen auslöschende allgemeine Profitrate der verarbeitenden Industrie muß also noch entsprechend zergliedert werden.

TABELLE 4

PROCESS CONTROL COMPUTERS IN THE UNITED STATES

Industry	Year							Total
	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	
Power	1	1	9	9	18	33	30	101
Steel	------	------	4	12	8	8	29	61
Chemical	------	2	7	7	11	7	24	58
Petroleum	------	2	------	6	7	3	9	27
Pulp and paper	------	------	------	1	3	7	5	16
Cement	------	1	------	1	------	4	8	14
Pipelines	------	1	------	1	3	2	5	12
Nonferrous metals	------	------	------	------	------	1	4	5
Glass	------	------	1	------	------	------	2	3
Foods	------	------	------	------	------	1	2	3
Textiles	------	------	------	------	------	------	3	3
Total, all process control installations	1	7	21	37	50	66	121	303
Miscellaneous applications	1	3	3	14	3	9	22	55
								358

PROCESS CONTROL COMPUTER INSTALLATIONS AROUND THE WORLD THROUGH 1964

United States	303
United Kingdom	46
Japan	38
France	32
Italy	14
Germany	10
Canada	6
USSR	6
Holland	3
Belgium	2
Sweden	2
Austria	1
Australia	1
Spain	1
South Africa	1
	466

(Entnommen aus 29,S.272)

1, Marx, Kapital Bd.I, MEW 23

2, Marx, Kapital Bd.II, MEW 24

3, Marx, Kapital Bd.III, MEW 25

4, Adams/Dirlam, Big Steel, Invention and Innovation, The Quarterly Journal of Economics, May 1966; abgedruckt in und zitiert nach den Hearings (8)

5, Baran/Sweezy, Monopolkapital, Ffm 1967

6, Böddeker, Mut zur Größe, Oldenburg 1966

7, Cartellieri, Die Großforschung und der Staat, Teil I, München 1967

8, Hearings before the subcommittee on antitrust and monopoly of the committee of the judiciary, US Senate, Part 6, New Technologies and Concentration, Wash.1968

9, Hollander, The Sources of Increased Efficiency, A study of DuPont Rayon Plants, Cambrdge, Mass.1965

10, Jewkes/Sawers/Stillerman, The Sources of Invention, London 1969

11, Katzenstein, Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1967

12, Konzentrationsenquete des Deutschen Bundestags, Anlage-Bd. I, zu Drucksache IV/2320

13, Kruse/Kunz/Uhlmann, Wirtschaftliche Auswirkungen der Automation, Berlin 1968

14, Lenel, Die Bedeutung der großen Unternehmen für den techn.Fortschritt, Tübingen 1968

15, Luxemburg, Politische Schriften, Teil I, Ffm 1967

16, Magen, Lizenzverträge und Kartellrecht, Heidelbg.63

17, Mansfield, Industrial Research and Development: Characteristics, Costs, And Diffusion, The American Economic Review, May 1969

18, McLeod, Management or Research, Development, and Design in Industry , London 1969

19, Chemische Industrie, Düsseldorf Nr.8/67, S.489, zitiert nach: Monopolisierung der westdeutschen Chemieindustrie, DWI-Forschungsheft 2/70

20, Günthers Aufsatz ist zufindenin : Notwendigkeit und Gefahr der wirtschaftlichen Konzentration, Tübingen 69

21, Numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen in der BRD, in:Rationalisierung, München, Heft 3/68, S.66

22, Petry, Technischer Fortschritt, Integration, internationale Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmensgröße, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1969

23, Piore, The Impact of the Labor Market upon the Design and Selection of productive techniques within the manufacturing Plant, Quarterly Journal of Economics, 1968

24, Pollock, Automation, Ffm 1964

25, Rudin, Kapitalentwertung und Kapitalverluste als Folge technischer Fortschritte und wirtschaftlicher Integration, Winterthur 1958

26, Coenen/Edelhoff, Die Bedeutung von Beschaffungs- und Forschungs- und Entwicklungsaufträgen für die industrielle FE in der BRD, Studiengruppe für Systemforschung, Heidelberg, 1968

27, Steel Midgets, Wall Street Journal 5.10.67, abgedruckt und zitiert nach den Hearings (8)

28, Stone, Stellmaking - short cut, Atlas, June 1967, abgedruckt in und zitiert nach den Hearings (8)

29, Technology and the American Economy, Studies prepared for the National Commission on Technology, Automation, and Economic Progress. Appendix Volume I, The Outlook for Technological Change and Employment, Washington 1966

30, Unterburg, Die Bedeutung der Patente für die industrielle Entwicklung, Berlin 1970

31, Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der BRD, Forschungsprojekt des RKW, Band I, Ffm 1970

32, Zur Klassenlage der technisch-wissenschaftlichen Arbeiter im Kapitalismus, Rote Presse Korrespondenz Berlin, Nr.78/1970

33, Gleiß/Hirsch, EWG-Kartellrecht, Heidelberg 1965

Do 5.11.
The New Modern Jazz Group, Wiesbaden

Do 12.11.
Peter Nell Group, pop jazz

CAVE 54

Do 19.11.
„Man" London, underground

Do 26.11.
P. Brötzmann Trio
Han Bennink, drums
Fred van Hove, piano

Konzertbeginn jeweils 20.30

Verein zur Pflege studentischer Geselligkeit e.V.
HD, Krämergasse 2, Tel. 27840

DIE FRONT

AL DJABHA

Nr. 9 erscheint Ende November

Aus dem Inhalt:

Zur Lage in Jordanien nach dem Bürgerkrieg
Interview mit Nayef Hawatmeh
Interview mit Nedal, Mitglied des Politbüros der FPDLP
Zur Ägyptischen Politik
Matzpen zum Rogers-Plan

Herausgeber:
Sozialistisches
Palästinakomitee
Heidelberg

erhältlich:
Politische Buchhandlung
Jörg Burkhard
Schiffgasse 3
und am Büchertisch an der Mensa

GESCHICHTE DER KOMMUNISTISCHEN JUGEND-INTERNATIONALE

Band I
Von den Anfängen der proletarischen Jugendbewegung bis zur Gründung der KJI

Band II
Gründung und Aufbau der KJI

Band III
Der Kampf um die Massen
Vom II. zum V. Weltkongreß

pro Band ca. DM 7.-

trikont verlagskooperative

8 München 80
Josephsburgstraße 16
Tel. 433874
BAG-Nr. 16515

SOZIALISTISCHE CORRESPONDENZ

6 000 Frankfurt 1, Postfach o. Nr.

Ich bestelle ab ..... die unregelmäßig (alle 2 bis 4 Wochen) von den fünf frankfurter Gruppen: Betriebsprojektgruppe, Kommunistische Gruppe, Pädagogen-Gruppe, Sozialistische Arbeitergruppen und Stadtteilgruppe Roter Gallus herausgegebene SOZIALISTISCHE CORRESPONDENZ zum Einzelpreis von DM 1.-. Den Abonnementspreis von DM 10.- für 10 Nummern habe ich im Voraus auf das Postscheckkonto Frankfurt 313145 (Kontobezeichnung "Thomas Schmid Sonderkonto Sozialistische Correspondenz") überwiesen.

Name .....

Wohnort .....

Straße .....

(deutlich schreiben)